

2012

DEUTSCHE POSTBANK AG, BONN
JAHRESABSCHLUSS (HGB) ZUM 31. DEZEMBER 2012

The logo consists of a stylized graphic of three curved lines in blue, red, and yellow, followed by the word "Postbank" in a blue sans-serif font.

Postbank

DEUTSCHE POSTBANK AG, BONN
JAHRESABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2012
UND LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2012

LAGEBERICHT	02
JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2012	40
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2012 BIS 31. DEZEMBER 2012	42
ANHANG	44
BESTÄTIGUNGSVERMERK	83

LAGEBERICHT DER POSTBANK

GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN

Organisation und Steuerung

Geschäftstätigkeit, wichtige Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsprozesse

Die Deutsche Postbank AG (Postbank) bietet Finanzdienstleistungen für Privat- und Firmenkunden sowie für andere Finanzdienstleister überwiegend in Deutschland an. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt im Privatkundengeschäft (Retail Banking). Das Firmenkundengeschäft (Zahlungsverkehr und Finanzierungen), Abwicklungsdienstleistungen (Transaction Banking) sowie Geld- und Kapitalmarktaktivitäten runden die Geschäftstätigkeit ab. Seit dem 3. Dezember 2010 ist die Postbank Gruppe Teil des Konsolidierungskreises der Deutschen Bank AG, die indirekt mehr als 90 % der Aktien der Postbank hält.

Mit ihrer Geschäftstätigkeit kommt der Postbank innerhalb des Geschäftsbereichs Private und Business Clients (PBC) der Deutschen Bank hohe Bedeutung zu. Sie stellt eine tragende Säule des Geschäfts mit Privat- und Firmenkunden dar und trägt maßgeblich zur Verwirklichung der Strategie der Deutschen Bank bei, ihre Aktivitäten im Heimatmarkt zu stärken. Die Postbank bildet den wesentlichen Teil des Consumer Bankings Deutschland im Geschäftsbereich Private und Business Clients. Das Consumer Banking versteht sich dabei als Anbieter von Finanzdienstleistungen, der mit einfachen, standardisierten Produkten auf die Bedürfnisse einer breiten Kundenbasis ausgerichtet ist. Ferner realisiert die Postbank mit ihren IT- und Operationseinheiten einen Großteil der gemeinsamen Retail Target Platform (RTP) für Postbank und Deutsche Bank.

Wesentliche Standorte

Die Zentrale der Postbank befindet sich in Bonn. Darüber hinaus betreibt die Postbank ein flächendeckendes Filialnetz mit – per Jahresende 2012 – 1.092 Filialen in Deutschland. Der Sitz der Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft befindet sich in Hameln.

Darüber hinaus hat die Postbank eine Tochtergesellschaft in Luxemburg und eine Niederlassung in London. Die PB (USA) Holdings, Inc. und ihre Tochtergesellschaften, zu denen auch die PB Capital Corporation, New York, gehört, wurden mit Ablauf des 31. Dezember 2012 innerhalb des Deutsche Bank Konzerns veräußert.

Wesentliche Absatzmärkte und Wettbewerbsposition

Im Retail Banking ist die Postbank fast ausschließlich in Deutschland aktiv und ist, gemessen an der Kundenzahl, das größte Einzelinstitut. Wesentliche Produktfelder sind das Spargeschäft, das Angebot von Girokonten und privaten Baufinanzierungen sowie das Bauspargeschäft. In allen diesen Feldern gehört die Postbank, mit Blick auf das bilanzielle Volumen, zu den führenden Anbietern in Deutschland. Lösungen zur privaten Altersvorsorge, das Privatdarlehensgeschäft und das Wertpapiergeschäft runden das Angebotspektrum für Privatkunden ab. In diesen Feldern vermittelt die Postbank zum Teil Produkte und Dienstleistungen im Rahmen der Zusammenarbeit mit anderen Banken und Versicherungen. Wesentlich ist hierbei die enge Kooperation mit der Deutschen Bank AG, die kontinuierlich intensiviert wird. Bedeutende Wettbewerber der Postbank im Privatkundengeschäft in Deutschland sind Anbieter aus dem Sektor der Sparkassen und der genossenschaftlichen Institute sowie einige Großbanken.

Über das Privatkundengeschäft hinaus ist die Postbank im Firmenkundengeschäft tätig. Hier ist sie als mittelgroßer Marktteilnehmer insbesondere im deutschen Mittelstandsgeschäft engagiert. Mit ihrer Tochtergesellschaft Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main, (BCB AG) ist die Postbank derzeit einer der größten Anbieter für die Abwicklung von Zahlungsverkehrsdienstleistungen auf dem deutschen Markt. Für die Postbank und drei weitere Mandanten, darunter die Deutsche Bank AG, wickelte die BCB AG im Berichtsjahr rund 7,5 Milliarden Transaktionen ab.

Unternehmenssteuerung bei der Postbank

Die Unternehmenssteuerung des Teilkonzerns Postbank erfolgt konzernweit durch die Postbank.

Die Steuerung innerhalb der Postbank basiert auf einem integrierten, konsistenten, konzerneinheitlichen Kennzahlensystem. Es verbindet Zielsetzung, Planung, operative Steuerung, Erfolgsmessung und Vergütung miteinander. Ziel dieses Steuerungsansatzes ist die Optimierung von Rentabilität und Effizienz.

Zentrales Rentabilitätsziel für die kapitalmarktorientierte Steuerung der Postbank ist der Renditeanspruch auf das Eigenkapital nach IFRS, gemessen am Return on Equity (RoE) vor bzw. nach Steuern.

Die Effizienz wird anhand der Cost Income Ratio (CIR) – des zentralen Maßstabs für die Ertrags- und Produktivitätssteuerung – gemessen. Diese stellt das Verhältnis von Verwaltungsaufwand zu den Gesamterträgen (ohne die Sonstigen Erträge) vor Risikoversorge dar.

Die Gesamterträge beinhalten als wichtigste Größe zur Beurteilung und Steuerung der Ertragskraft insbesondere den Zinsüberschuss als zentrale Ertragsgröße im Kundengeschäft.

Auf Segmentebene steuert die Postbank ihre Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Informationensystems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Steuerung erfolgt dadurch grundsätzlich analog zur Konzernebene, wobei sich der Renditeanspruch am RoE vor Steuern bemisst. Die Allokation des Eigenkapitals auf die Segmente richtet sich dabei nach deren Risikokapitalbedarf.

Als operative Steuerungskennzahlen auf Segmentebene dienen die oben genannten Indikatoren. Im Kerngeschäft werden zusätzlich die Ertragsstreiber Volumen, Margen und Risiko sowie Deckungsbeiträge in der Steuerung berücksichtigt.

Die strategischen und die operativen Ziele werden für die operative Steuerung in Key Performance Indicators (KPIs) auf Basis von Balanced Scorecards weiter konkretisiert und in regelmäßigen Reviews nachgehalten. Dadurch wird sichergestellt, dass alle Geschäftsaktivitäten auf die Erreichung der Unternehmensziele ausgerichtet sind.

Derzeit wird der Prozess dieser regelmäßigen Reviews überarbeitet. Hintergrund sind die geänderte Geschäftsverteilung im Vorstand sowie die im Zuge der Integration in den Deutsche Bank Konzern erweiterte Gremien-/Komiteestruktur für die Postbank.

Ergänzend zu den genannten, etablierten Steuerungskennzahlen ermittelt die Postbank Risiko-Rendite-Kennzahlen für die interne Steuerung. In Anlehnung an den RoE wird dabei die Rendite auf das regulatorische Kapital berechnet (RoReC), die auf Einzelgeschäfts- und auf aggregierter Ebene bereits eine wesentliche Entscheidungsgrundlage bildet. Zudem erfolgt eine Steuerung der Rendite auf den Ebenen Gesamtbank, Segmente sowie Steuerungsportfolios auf Basis des ökonomischen Kapitals (RoRaC). Der ökonomische Kapitalbedarf wird determiniert durch die relevanten Risikoarten je Steuerungsebene (z. B. Kreditrisiko, Marktpreisrisiko, Operationelles Risiko). Beide Ressourcen – regulatorisches Eigenkapital und ökonomisches Eigenkapital – werden mit Verzinsungsansprüchen in Form von Hurdle Rates belegt, die von den Renditeerwartungen des Kapitalmarkts abgeleitet werden und von der Postbank insgesamt ebenso wie von den einzelnen Geschäftseinheiten zu erwirtschaften sind.

Die variable Vergütung des Vorstands, der Führungskräfte und der Mitarbeiter der Postbank ist mit diesem Steuerungssystem eng verknüpft. Sie orientiert sich an den individuellen Zielen, den Ressortzielen und den Konzernzielen der Postbank Gruppe, die am Ergebnis vor Steuern und an der CIR gemessen werden. Den aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie dem Unternehmensziel des nachhaltigen Erfolgs entsprechend, fließt bei unseren Führungskräften, den Risk Takern und dem Vorstand ein Nachhaltigkeitsfaktor in die Berechnung des langfristigen Teils der variablen Vergütung (Langfristkomponente) ein.

Der Nachhaltigkeitsfaktor orientiert sich am Konzept des Economic Value Added und verankert damit die wertorientierte, nachhaltige Perspektive im Anreizsystem der Postbank.

Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag

Nach entsprechender Beschlussfassung in Vorstand und Aufsichtsrat der Postbank hat der Vorstand der Postbank den Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der Postbank als abhängigem Unternehmen und der DB Finanz-Holding GmbH, Frankfurt am Main (einer 100 %igen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG), als herrschendem Unternehmen unterzeichnet.

Die ordentliche Hauptversammlung der Postbank hat am 5. Juni 2012 dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der DB Finanz-Holding GmbH und der Postbank zugestimmt. Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag wurde mit Eintragung im Handelsregister am 20. Juni 2012 wirksam. Mit Beschluss des Oberlandesgerichts Köln vom 11. September 2012 im Freigabeverfahren wurde der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag bestandskräftig. Eine Anfechtungsklage gegen den vorgenannten Zustimmungsbeschluss wurde aufgrund eines außergerichtlichen Vergleichs in der Folge zurückgenommen.

ANGABEN NACH § 289 ABS. 4 HGB UND ERLÄUTERNDER BERICHT

Grundkapital, Stimmrechte und Übertragung von Aktien
Am 31. Dezember 2012 betrug das Grundkapital 547.000.000 €, eingeteilt in 218.800.000 auf den Namen lautende Stückaktien. Jede Aktie vermittelt die gleichen gesetzlich vorgesehenen Rechte und Pflichten und gewährt in der Hauptversammlung je eine Stimme. Keinem Aktionär und keiner Aktionärsgruppe stehen derzeit Sonderrechte, insbesondere solche, die Kontrollbefugnisse verleihen, zu.

Die Ausübung der Stimmrechte und die Übertragung der Aktien richten sich nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen und der Satzung der Gesellschaft, die beides nicht beschränkt. § 17 der Satzung bestimmt, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um als Aktionär an der Hauptversammlung teilzunehmen und sein Stimmrecht auszuüben. Gegenüber der Gesellschaft gilt als Aktionär nur, wer als solcher im Aktienregister eingetragen ist. Dem Vorstand sind keine Vereinbarungen zwischen Aktionären bekannt, die das Stimmrecht oder die Aktienübertragung beschränken.

Kapitalbeteiligungen über 10 %

Die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, hielt mittelbar über die DB Finanz-Holding GmbH und die DB Valoren S.à r.l. bzw. die DB Equity S.à r.l. am 31. Dezember 2012 ca. 94,1 % der Aktien der Postbank.

Der an den Börsen gehandelte Streubesitz der Postbank beträgt somit rund 5,9 %.

Befugnisse des Vorstands zur Möglichkeit der Ausgabe oder des Rückkaufs von Aktien

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22. April 2009 der Postbank ist der Vorstand ermächtigt worden, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 21. April 2014 durch Ausgabe neuer auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 273,5 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital).

Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand ist ermächtigt worden, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Die Hauptversammlung hat am 29. April 2010 die satzungsmäßige Voraussetzung für eine bedingte Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 273,5 Mio € durch Ausgabe von bis zu 109,4 Millionen neuen auf den Namen lautenden Stückaktien geschaffen (Bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von auf den Namen lautenden Stückaktien an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und/oder Genussrechten (bzw. Kombinationen dieser Instrumente), die aufgrund der von der Hauptversammlung vom 29. April 2010 beschlossenen Ermächtigung von der Gesellschaft oder von ihr abhängigen oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehenden Unternehmen bis zum 28. April 2015 begeben oder garantiert werden und ein Wandlungs- bzw. Optionsrecht auf neue auf den Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft gewähren bzw. eine Wandlungspflicht begründen.

Des Weiteren ist in der Hauptversammlung der Postbank vom 29. April 2010 der Vorstand ermächtigt worden, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zu 5 % des jeweiligen Grundkapitals bzw. für andere Zwecke nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zu insgesamt 10 % des Grundkapitals zu erwerben. Entsprechend der gesetzlichen Regelung dürfen die insgesamt gehaltenen eigenen Aktien nicht mehr als 10 % des Grundkapitals betragen. Die Ermächtigungen sind mit Ablauf der erwähnten Hauptversammlung wirksam geworden und gelten bis zum 28. April 2015.

Die Bank hat im Berichtsjahr von der Ermächtigung, eigene Aktien zu erwerben, keinen Gebrauch gemacht. Zum Bilanzstichtag waren keine Bestände an eigenen Aktien zu verzeichnen.

Ernennung von Vorstandsmitgliedern

Die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft werden gemäß §§ 84 AktG, 31 MitbestG vom Aufsichtsrat auf höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist entsprechend den gesetzlichen Regelungen möglich. Nach § 5 der Satzung der Gesellschaft besteht der Vorstand aus mindestens zwei Mitgliedern. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Mitglieder des Vorstands und kann zudem einen Vorsitzenden des Vorstands sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands ernennen sowie stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen.

Gemäß §§ 24 Abs. 1 Nr. 1, 33 Abs. 2 Kreditwesengesetz muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank vor der beabsichtigten Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass sie in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben.

Satzungsänderungen

Die Satzung der Postbank kann nach den Regelungen der §§ 119 Abs. 1 Nr. 5, 179 AktG geändert werden. Hiernach bedürfen Satzungsänderungen eines Beschlusses der Hauptversammlung. Darüber hinaus ist der Aufsichtsrat gemäß § 19 Abs. 3 der Satzung zu Änderungen der Satzung ermächtigt, die lediglich die Fassung betreffen. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß § 19 Abs. 2 der Satzung der Gesellschaft, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

Entschädigungsvereinbarung bei Übernahmeangeboten

Eine Entschädigungsvereinbarung für den Fall eines Übernahmeangebots besteht mit keinem amtierenden Vorstandsmitglied der Postbank.

§ 289a HGB Erklärung zur Unternehmensführung

Die Erklärung zur Unternehmensführung ist im Internet auf unserer Homepage unter https://www.postbank.de/postbank/wu_corporate_governance_unternehmensfuehrung.html abrufbar.

VORSTANDS- UND AUFSICHTSRATSVERGÜTUNG

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2012

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Elemente der Vorstandsverträge werden vom Aufsichtsrat der Postbank festgelegt und regelmäßig überprüft.

Das Vorstandsvergütungssystem wurde im Berichtsjahr in folgenden Punkten angepasst: Mit Beschluss des Aufsichtsrats vom 19. März 2012 wurde für die aktienbasierten Vergütungskomponenten der Stichtagsaktienkurs auf einen Durchschnittsaktienkurs der letzten zehn Handelstage, die vor dem Tag liegen, an dem der Aufsichtsrat endgültig und ohne Vorbehalt die Zielerreichung bzw. die Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums feststellt, bzw. der letzten zehn Handelstage der einjährigen Sperrfrist umgestellt. Mit Beschluss des Aufsichtsrats vom 20. Dezember 2012 wurden für gesperrte sowie zukünftige Komponenten die virtuellen Aktien (Phantom Shares) der Postbank durch solche der Deutschen Bank AG ersetzt.

Auf Vorschlag des Präsidialausschusses beschließt der Aufsichtsrat über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Postbank unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten.

Maßgebliches Kriterium für die Ausgestaltung der Struktur der Vorstandsvergütung ist neben den Aspekten Angemessenheit und Nachhaltigkeit auch das Ziel, Anreize für das Eingehen unverhältnismäßig hoher Risiken zu vermeiden. Daher ist eine Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung festgelegt. Ferner orientiert sich die Festlegung der Vergütungshöhe für die Mitglieder des Vorstands an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und im internationalen Vergleich angemessen und wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert und so ausgestaltet, dass die Vorstandsmitglieder motiviert sind, die in den Strategien der Bank niedergelegten Ziele zu erreichen und somit zur nachhaltigen Unternehmensentwicklung beizutragen.

Die Gesamtvergütung besteht aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Fixum), Nebenleistungen und Pensionszusagen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt bar gezahlt.

Erfolgsabhängige Komponente ist die variable Vergütung. Die variable Vergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Zielsetzungen ermittelt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahr) zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe der variablen Vergütung richtet sich nach dem Erreichen darin festgelegter Zielwerte. Die maximale variable Vergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt.

Die variable Vergütung ist aufgeteilt in eine Kurzfristkomponente (Anteil 40 %) und eine Langfristkomponente (Anteil 60 %). Sie wird, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht vollständig bar ausgezahlt.

Die Kurzfristkomponente wird zur Hälfte in bar unmittelbar im Folgejahr – nach Feststellung der Zielerreichung – ausgezahlt (Kurzfristkomponente I). Die zweite Hälfte der Kurzfristkomponente (Kurzfristkomponente II) wird in virtuelle Aktien (Phantom Shares) der Deutschen Bank AG umgewandelt. Hierfür wird der Eurobetrag der Kurzfristkomponente II durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG der letzten zehn Handelstage dividiert, die vor dem Tag liegen, an dem der Aufsichtsrat die Zielerreichung festgestellt hat, bzw. der letzten zehn Handelstage der Sperrfrist. Nach Ablauf einer einjährigen Sperrfrist werden die Phantom Shares auf aktueller Kursbasis zurückgewandelt und ausgezahlt. Den Phantom Shares werden während der Sperrfrist Dividendenäquivalente, die der tatsächlich ausgeschütteten Dividende entsprechen, gutgeschrieben.

Die Langfristkomponente steht insgesamt unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Erfolgs der Postbank Gruppe, der nach Maßgabe des Erreichens eines Nachhaltigkeitskriteriums während des sich anschließenden dreijährigen Bemessungszeitraums (drei Kalenderjahre nach dem Basisjahr) festgestellt wird. Im unmittelbar auf das zu vergütende Geschäftsjahr folgenden Jahr wird das Erreichen der für das zu vergütende Jahr festgelegten Ziele vom Aufsichtsrat überprüft und festgestellt sowie das Nachhaltigkeitskriterium für den Bemessungszeitraum festgesetzt. Dieses ist definiert als das sogenannte adjustierte Ergebnis nach Kapitalkosten (AEK). Der nachhaltige Konzernerfolg und das Nachhaltigkeitskriterium sind erreicht, wenn der Wert des AEK gleich oder besser oder – am Ende der Nachhaltigkeitsphase – durchschnittlich kumuliert besser als der Wert des AEK im Basisjahr ist.

Die Langfristkomponente wird – der dreijährigen Nachhaltigkeitsphase entsprechend – in drei jeweils gleiche Tranchen aufgeteilt, die wiederum jeweils zur Hälfte zur Barauszahlung vorgesehen (Langfristkomponente I) bzw. in Phantom Shares (Langfristkomponente II) umgewandelt werden. Die Umwandlungen und Wertermittlungen der Phantom Shares erfolgen nach den oben beschriebenen Verfahren.

Wird zum Ablauf eines jeden Jahres des dreijährigen Bemessungszeitraums die Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums durch den Aufsichtsrat festgestellt, erfolgt unmittelbar anschließend die Auszahlung der anteiligen Barkomponente (Langfristkomponente I) sowie die Umwandlung des anteiligen Betrags in Phantom Shares (Langfristkomponente II).

Wird in einem Jahr des Bemessungszeitraums das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt, wird die Auszahlung der entsprechenden Tranchen der Langfristkomponente in das folgende Jahr zur erneuten Überprüfung anhand des Nachhaltigkeitskriteriums aufgeschoben. Ist das Nachhaltigkeitskriterium am Ende des Bemessungszeitraums nicht erreicht, entfällt die Auszahlung auch aller aufgeschobenen Langfristkomponenten ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (sogenanntes Malus-System). In Form eines zusätzlichen Malus-Systems

kann die Auszahlung von noch nicht ausgezahlten Komponenten auf Basis der Gesamtleistung des einzelnen Vorstandsmitglieds während des Bemessungszeitraums rückwirkend gesenkt oder ganz aufgehoben werden. Den Vorstandsmitgliedern ist es nicht gestattet, die Risikoorientierung von aufgeschobenen Vergütungskomponenten mit Absicherungsgeschäften oder anderen Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Der Aufsichtsrat kann bei außerordentlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen. Deren Höhe ist implizit begrenzt durch die vom Aufsichtsrat festgelegte Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung.

Entsprechend der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex, wird bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, die Postbank nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergüten und die Zahlung auf maximal zwei Grundvergütungen zuzüglich maximal 40 % des zweifachen Wertes der maximalen variablen Vergütung (Abfindungs-Cap) begrenzen.

Bei vorzeitiger Beendigung von Vorstandsverträgen durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird die Vergütung pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt.

Vergütung des Aufsichtsrats im Jahr 2012

Die Hauptversammlung der Postbank hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmals im Jahr 2004 geändert und an die Vorgaben des Corporate Governance Kodex angepasst. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Postbank festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer jährlichen erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Postbank Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds ohne Ausschussmitgliedschaft setzt sich wie folgt zusammen: Die feste jährliche Vergütung (Fixum) beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte jährliche Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht in Höhe von 300 € für jeweils 1%, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt.

Die erfolgsorientierte Vergütungskomponente, die sich am Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr bemisst, ist nach Ansicht des Vorstands und des Aufsichtsrats – isoliert betrachtet – nicht, den Vorgaben der Ziffer 5.4.6 Abs. 2 des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) entsprechend, auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet. Daher haben Vorstand und Aufsichtsrat der Postbank entschieden, rein vorsorglich eine Abweichung von Ziffer 5.4.6 Abs. 2 DCGK zu erklären.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsizes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und im Nominierungsausschuss.

Weitere Angaben und Erläuterungen zu den Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen entnehmen Sie bitte dem Corporate Governance Bericht oder dem Anhang.

MITARBEITER

Die Postbank beschäftigte am Jahresende 2012, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, 4.092 Mitarbeiter, das waren 196 weniger als am 31. Dezember 2011. In der Gesamtzahl und im Vorjahresvergleich wurden integrationsbedingte Anpassungen der Berechnungsbasis für Mitarbeiterzahlen berücksichtigt. In der Gesamtzahl enthalten ist ein Anteil von etwa 33 % aktiver Beamter. 16,4 % unserer Mitarbeiter befinden sich in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis.

Unsere externe Fluktuation im Jahr 2012 belief sich auf rund 8,3 %. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit aller Mitarbeiter liegt bei etwa 21,4 Jahren. Die Postbank entlohnt nahezu alle Mitarbeiter nach leistungs- sowie erfolgsabhängigen Kriterien, die in einen variablen Entgeltbestandteil einfließen.

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN IM JAHR 2012

Schwaches Wachstum der Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft hat im Jahr 2012 deutlich an Schwung verloren. Belastet wurde die globale Konjunktur vor allem durch die EWU-Staatsschuldenkrise, die ein erneutes Abgleiten des Euroraums in die Rezession zur Folge hatte. Zugleich entwickelte sich die Wirtschaft in den meisten anderen Industrieländern verhalten. In den aufstrebenden Märkten setzte sich das Wachstum zwar fort, dessen Dynamik wurde jedoch spürbar durch die schwache Nachfrage aus den Industrieländern gebremst. Insgesamt stieg die globale Wirtschaftsleistung 2012 laut Internationalem Währungsfonds (IWF) um 3,2 % nach 3,9 % im vorangegangenen Jahr.

In den Vereinigten Staaten belebte sich die Konjunktur 2012 leicht. Positive Impulse gingen vor allem von den Bruttoanlageinvestitionen aus. Zwar schwächte sich der Aufwärtstrend bei den Ausrüstungsinvestitionen ab, doch die Bauinvestitionen verstärkten sich deutlich. Dies war nicht zuletzt den Wohnungsbauinvestitionen zu verdanken, die ihr Tief überwandten und einen zweistelligen prozentualen Zuwachs erzielten. Das Wachstum des privaten Verbrauchs fiel hingegen verhalten aus, und auch vom Außenhandel gingen bei moderat gestiegenen Exporten und Importen per saldo keine nennenswerten Impulse aus. Zudem wurde die Konjunktur weiterhin durch den erneut rückläufigen Staatsverbrauch belastet. Insgesamt jedoch erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2012 um 2,2 % und damit etwas stärker als im Vorjahr.

Die asiatischen Schwellenländer wiesen 2012 zwar weiterhin die höchste wirtschaftliche Dynamik aller Regionen auf, das Tempo des Aufschwungs verringerte sich jedoch markant. In China schwächte sich das BIP-Wachstum auf 7,8 % ab. Dies ist die geringste Zuwachsrate seit der Jahrtausendwende. Nach einer kräftigen Belebung zu Jahresbeginn erlitt die japanische Wirtschaft im weiteren Verlauf des Jahres einen Rückschlag. Insbesondere die Exporte gingen in der zweiten Jahreshälfte massiv zurück. In der Folge waren die Ausfuhren 2012 auch insgesamt leicht rückläufig. Dagegen waren beim privaten Verbrauch und bei den Investitionen vergleichsweise hohe Zuwachsraten zu verzeichnen. Insgesamt erhöhte sich das BIP in Japan 2012 solide um 1,9 %.

Der Euroraum glitt im Berichtsjahr erneut in eine Rezession ab. Das EWU-BIP reduzierte sich in jedem Quartal. Insgesamt ergab sich ein Rückgang um 0,5 % gegenüber dem Vorjahr. Verantwortlich für die negative Entwicklung waren die EWU-Staatsschuldenkrise und der dadurch erzwungene harte finanzpolitische Konsolidierungskurs in einigen Mitgliedsländern. Zwar wurde der reale Staatsverbrauch im EWU-Durchschnitt nur leicht gesenkt, jedoch führten Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen zu starken Rückgängen beim privaten Verbrauch, bei den Bruttoanlageinvestitionen sowie den Lagerinvestitionen der Unternehmen. In der Summe ließ dies die Binnennachfrage deutlich um rund 2 % sinken. Abgefedert wurde die rezessive Entwicklung noch durch den Außenhandel, der einen positiven Wachstumsbeitrag in Höhe von 1,5 Prozentpunkten lieferte. Bei einer deutlich schwächeren wirtschaftlichen Basis als im Vorjahr blieben die Wachstumsunterschiede innerhalb des Euroraums sehr groß. Während die südlichen Mitgliedsländer nahezu ausnahmslos starke Rückgänge des BIP erlitten und die Wirtschaftsleistung in Frankreich stagnierte, konnten Deutschland und Österreich zumindest noch moderat positive Wachstumsraten erzielen.

Deutliche konjunkturelle Abkühlung in Deutschland

Die deutsche Konjunktur hat sich im Verlauf des Jahres 2012 deutlich abgeschwächt. Nachdem im ersten Halbjahr noch ein solides Wachstum erzielt worden war, stagnierte die deutsche Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte weitgehend. In der Folge erhöhte sich das BIP 2012 nur noch um 0,7 %. Positive Impulse resultierten dabei aus dem Außenhandel. Ein deutlicher Rückgang war insbesondere bei den Ausrüstungsinvestitionen zu verzeichnen; angesichts des von der EWU-Staatsschuldenkrise geprägten unsicheren Umfelds agierten die Unternehmen vorsichtiger und stellten Investitionen zurück. Auch die Bauinvestitionen reduzierten sich leicht gegenüber dem Vorjahreswert. Begründet ist dies durch einen außerordentlich kräftigen Rückgang bei den öffentlichen Bauinvestitionen, eine moderate Abschwächung der gewerblichen Bauinvestitionen sowie – diesem Trend entgegen – eine weitere spürbare Steigerung der Wohnungsbauinvestitionen.

Der private Verbrauch wurde nur leicht ausgeweitet. Trotz erneut deutlich gestiegener Löhne und Gehälter erhöhten sich die verfügbaren Einkommen insgesamt merklich schwächer als im Vorjahr. Da zugleich die Inflationsrate nur leicht von 2,3 % im Jahr 2011 auf 2,0 % nachgab, blieb der Spielraum für eine reale Konsumsteigerung gering. Aufgrund der konjunkturellen Abschwächung kam auch der Aufschwung am Arbeitsmarkt im Jahresverlauf weitgehend zum Erliegen. Im Jahresdurchschnitt reduzierte sich die Zahl der Arbeitslosen dennoch um 79.000 auf 2.897.000, die Arbeitslosenquote

ging von 7,1 % auf 6,8 % zurück. Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich jahresdurchschnittlich um rund 450.000 auf 41,61 Millionen.

Zusammenfassend betrachtet, verlief die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2012 ungünstiger, als wir zum Zeitpunkt des letzten Lageberichts erwartet hatten.

Entwicklung an den Märkten

Die anhaltende Staatsschuldenkrise im Euroraum belastete die globalen Märkte im Jahresverlauf. Verstärkt wurde diese negative Prägung durch die spürbare Abschwächung der Weltkonjunktur. In der zweiten Jahreshälfte führten jedoch umfangreiche Maßnahmen der Notenbanken zur Stützung der Finanzmärkte in Verbindung mit wieder positiveren Konjunkturerwartungen zu einer deutlichen Aufhellung der Stimmung an den Märkten, die sich in kräftigen Kursanstiegen spiegelte.

Nach hoher Volatilität in der ersten Jahreshälfte stiegen die Notierungen am deutschen Aktienmarkt ab der Jahresmitte stark an. Die Maßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) zur Eindämmung der EWU-Staatsschuldenkrise sorgten gemeinsam mit der Aussicht auf längerfristig niedrige Zinsen einerseits sowie auf eine allmähliche konjunkturelle Belebung andererseits für einen markanten Kursaufschwung. Der DAX legte im Jahresverlauf 2012 um 29,1 % zu. Nicht in ganz so hohem Maße wie der DAX, aber dennoch positiv entwickelte sich auch der EURO STOXX 50 mit einem Plus von 13,8 %. Vergleichbare Kursgewinne waren in den USA zu verzeichnen. Der S&P 500 stieg 2012 um 13,4 %. Von den unterjährigen Entwicklungen profitierten auch Unternehmensanleihen: Die Risikoaufschläge sowohl für Anleihen mit hoher Bonität als auch für Anleihen mit schwachen Ratings gingen in der zweiten Jahreshälfte 2012 deutlich zurück.

Die Verwerfungen am Markt für Staatsanleihen der Euro-Länder hielten im Jahr 2012 an, zeitweise verstärkten sie sich sogar nochmals. Im Februar einigten sich EWU-Staaten und IWF auf ein neues Hilfspaket für Griechenland, das neben neuen Krediten und einer Senkung der Zinssätze für bereits ausgezahlte Darlehen u. a. einen Forderungsverzicht privater Investoren über gut 100 Mrd € vorsah. Aufgrund der weiterhin angespannten Finanzlage im öffentlichen Sektor wurden bereits im November 2012 weitere Hilfen für Griechenland auf den Weg gebracht. Danach wurden die Zinssätze für bereits ausgezahlte Hilfskredite nochmals gesenkt und die Laufzeit der Kredite deutlich verlängert. Im Gegenzug musste Griechenland Staatsanleihen zu stark reduzierten Kursen zurückkaufen, um so die ausstehenden Schulden zu reduzieren. Auch die zunächst noch unsichere politische Situation in Griechenland sorgte für Unruhe an den Märkten. Bei Neuwahlen im Juni konnten die Befürworter des Sparkurses jedoch einen klaren Sieg erringen. Damit wurde die Gefahr eines Reformstillstands und eines möglichen Austritts Griechenlands aus der Eurozone zunächst gebannt.

Neben Griechenland standen 2012 erneut Italien und Spanien im Fokus der Märkte. Zu deren wachsender Verunsicherung trugen neben den immer noch unzureichenden Fortschritten bei der Konsolidierung der Staatshaushalte insbesondere die anhaltend schlechten konjunkturellen Perspektiven in der Eurozone bei. Hinzu kamen als Komplikation die problembehafteten Immobilienkredite in Spanien und die damit verbundenen Belastungen für den dortigen Bankensektor.

Eine Einigung der EU-Staaten auf Hilfen für den spanischen Finanzsektor, nach der betroffenen Banken bis zu 100 Mrd € zur Verfügung gestellt wurden, konnte nur kurzzeitig für eine Beruhigung der Märkte sorgen. Eine signifikante und länger anhaltende Erholung bei den Anleihen der hoch verschuldeten Euro-Staaten setzte erst ein, als die EZB im Sommer ein neues Ankaufprogramm für Staatsanleihen ankündigte. Das sogenannte „Outright Monetary Transactions (OMT)“-Programm sieht einen theoretisch unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen vor. Die Käufe sollen sich auf Anleihen mit einer Laufzeit zwischen einem Jahr und drei Jahren konzentrieren. Die betreffenden Staaten müssen an einem angemessenen Programm der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) oder des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) teilnehmen, einen bevorzugten Gläubigerstatus der EZB wird es nicht geben. Bereits die Ankündigung des – bisher nicht in Anspruch genommenen – OMT-Programms sorgte für einen deutlichen Rückgang der Risikoprämien am Anleihemarkt.

Als weiterer Meilenstein in der Bekämpfung der Staatsschuldenkrise fand auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum ESM Mitte September 2012 positive Resonanz an den Märkten. Danach kann sich Deutschland unter Beachtung moderater Auflagen im Hinblick auf eine stärkere Beteiligung des deutschen Parlaments wie vorgesehen am permanenten Hilfsfonds der EU beteiligen. Damit konnte der ESM Anfang Oktober formal in Kraft treten und steht seither bereit, in Not geratene Mitgliedstaaten durch Garantien, Kredite oder Ankäufe von Staatsanleihen zu unterstützen. Nach Schaffung einer einheitlichen Bankenaufsicht für systemrelevante Banken in der Eurozone soll der ESM zudem die Möglichkeit erhalten, direkte Hilfen an notleidende Banken zu gewähren.

In der Summe führten die Maßnahmen und Beschlüsse zu einer deutlichen Entspannung in der EWU-Staatsschuldenkrise. Die Rendite 10-jähriger spanischer Staatsanleihen fiel von rund 7,6 % Ende Juli 2012 auf 5,3 % zum Jahresresultimo. Italienische Staatsanleihen gleicher Laufzeit rentierten Ende 2012 nur noch bei 4,5 %, dies bedeutet einen Rückgang um über 200 Basispunkte, verglichen mit dem im Sommer verzeichneten Renditehoch.

Die Geldpolitik im Euroraum war auch im Jahr 2012 sehr expansiv ausgerichtet. Im Februar begab die EZB ihren zweiten 3-Jahres-Tender. Zusammen mit dem ersten – Ende 2011 durchgeführten – langfristigen Refinanzierungsgeschäft dieser Art stellte sie dem europäischen Bankensektor brutto rund 1 Billion € zur Verfügung. Diese Maßnahme zielte darauf ab, sowohl einer möglichen Liquiditätskrise bzw. Kreditklemme als auch der EWU-Staatsschuldenkrise entgegenzuwirken. Zur Jahresmitte ließ die EZB eine Senkung des Leitzinses um 0,25 Prozentpunkte auf das Rekordtief von 0,75 % folgen. In ihrer Gesamtheit führten die Beschlüsse der EZB zu einem nochmals wesentlich expansiveren geldpolitischen Kurs. Dies schlug sich auch in den Geldmarktzinsen nieder, die im Verlauf des Jahres 2012 massiv fielen. Der 3-Monats-Euribor lag Ende 2012 nur noch bei 0,19 % und damit um 1,17 Prozentpunkte niedriger als zum Vorjahresresultimo.

Auch die US-Notenbank hielt an ihrer sehr expansiven Geldpolitik fest. Die Zielgröße für die Fed Funds Rate lag im gesamten Jahr bei 0 % bis 0,25 %. Zudem stellte die Fed in Aussicht, dass sich dies für geraume Zeit nicht ändern wird: Der geldpolitische Kurs soll fortgesetzt werden, solange die Arbeitslosenquote über 6,5 % und die erwartete Inflationsrate unter 2,5 % liegen. Darüber hinaus beschloss die Fed, ab Anfang 2013 langfristige US-Staatsanleihen im Volumen von monatlich 45 Mrd US \$ anzukaufen. Auch das Programm zum Ankauf hypothekenbesicherter Agency-Anleihen soll über das Jahresende 2012 hinaus fortgeführt werden. Mit den verkündeten Interventionsmaßnahmen am Anleihemarkt verstärkte die US-Notenbank die expansive Ausrichtung ihrer Geldpolitik.

Die schwache Konjunktur im Euroraum, die geldpolitischen Maßnahmen der EZB sowie die Flucht in Qualitätspapiere als Reaktion auf die EWU-Staatsschuldenkrise führten zu einem nochmaligen deutlichen Rückgang der Renditen deutscher Bundesanleihen. Im Juli 2012 erreichte die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen mit 1,17 % ein neues historisches Tief. Infolge der leichten Entspannung in der europäischen Krise stieg sie im weiteren Jahresverlauf wieder moderat an. Zum Jahresende lag die Rendite bei 1,32 % (Vorjahr: 1,83 %). Der noch stärkere Rückgang der Geldmarktzinsen sorgte dafür, dass die Zinskurve in Deutschland im Verlauf des Jahres 2012 dennoch deutlich steiler wurde. Die Rendite 10-jähriger US-Staatsanleihen, die zwischenzeitlich ebenfalls auf einen historischen Tiefstand gefallen war, gab dagegen bis Ende 2012 im Vergleich zum Vorjahresresultimo lediglich um 0,12 Prozentpunkte auf 1,76 % nach. Die Steigung der US-Zinskurve hat sich im Verlauf des Berichtsjahres nicht wesentlich verändert.

Die Kursentwicklung des Euro war 2012 vor allem von den Entwicklungen in der europäischen Staatsschuldenkrise geprägt. Die Maßnahmen der EZB zur Vermeidung einer Kreditklemme und zur Eindämmung der EWU-Staatsschuldenkrise ließen den Kurs des Euro im Februar zunächst auf das Jahreshoch von knapp 1,35 US \$ steigen. Zu Beginn der zweiten Jahreshälfte fiel er jedoch als Folge der neuerlichen Verschärfung der europäischen Krise und der EZB-Zinssenkung auf das Jahrestief von knapp 1,21 US \$. Im weiteren Jahresverlauf wirkten sich dann jedoch die Maßnahmen der EZB zur Beruhigung der Märkte auch positiv auf den Außenwert des Euro aus: Bis zum Jahresende stieg dieser auf knapp 1,32 US \$, dies bedeutet ein Plus gegenüber dem Vorjahr von 1,8 %.

Die Entwicklung an den Märkten wich in Teilen deutlich von unseren Erwartungen zum Zeitpunkt des letzten Lageberichts ab. Wir waren für 2012 von einer moderaten Erhöhung der Kapitalmarktzinsen in Deutschland ausgegangen. Hinsichtlich des EZB-Leitzinses und der EWU-Geldmarktzinsen hatten wir mit einer Seitwärtsbewegung gerechnet. Die Versteilerung der Zinskurve hatten wir dagegen in der eingetretenen Größenordnung erwartet.

Branchensituation

Für den europäischen Bankensektor war die Schuldenkrise in den sogenannten Peripheriestaaten des Euroraums im Jahr 2012 erneut das dominierende Thema. Insbesondere spanische Banken, die nach dem Immobilienboom der Vergangenheit mit einem enormen Volumen an problembehafteten Krediten zu kämpfen hatten, standen im Fokus der Märkte. Mit der Beantragung von Hilfgeldern aus dem

Rettungsfonds und der Gründung einer Auslagerungsgesellschaft für die betroffenen Kredite hat die spanische Regierung wichtige Schritte zur Restrukturierung des Finanzsektors eingeleitet. Insgesamt waren die Banken in den Peripheriestaaten der Eurozone auch 2012 auf eine Liquiditätsversorgung durch die EZB angewiesen. Eine Liquiditätsbeschaffung über den Geldmarkt blieb den meisten Finanzinstituten wegen der anhaltenden Vertrauenskrise weiterhin verwehrt.

Mitte Dezember 2012 einigten sich die Finanzminister der EU-Länder auf die Schaffung einer einheitlichen Aufsicht für systemrelevante Banken. Danach sollen Kreditinstitute mit einer Bilanzsumme von mehr als 30 Mrd € respektive von mehr als 20 % des BIP ihres Heimatlandes künftig durch die EZB beaufsichtigt werden. Dies soll auch für Institute gelten, die bereits öffentliche Hilfen erhalten haben. Die neue Bankenaufsicht wird für die 17 Euro-Länder gelten, andere EU-Staaten können sich freiwillig anschließen. Sie ist eine Voraussetzung dafür, dass angeschlagene Banken direkt Finanzspritzen aus dem Euro-Rettungsfonds ESM erhalten können. Dies wird voraussichtlich nicht vor März 2014 möglich sein, denn frühestens zu diesem Zeitpunkt soll die neue Aufsicht voll arbeitsfähig sein.

Per Bilanzstichtag 30. Juni 2012 wurden die Bilanzen der im Stresstest der European Banking Authority im Jahr 2011 geprüften Kreditinstitute erneut bewertet. Am 3. Oktober 2012 veröffentlichten Deutsche Bundesbank und BaFin die Ergebnisse der Überprüfung. Alle zwölf deutschen Banken erfüllten die Stresstestauflagen. Die fünf Geldhäuser, die per 30. September 2011 Kapitallücken aufgewiesen hatten, haben diese inzwischen geschlossen.

Der Bundestag hat am 23. November 2012 eine Verlängerung der Laufzeit des staatlichen Bankenrettungsfonds SoFFin beschlossen. Er kann nun bis Ende 2014 angeschlagenen Geldhäusern beistehen. Allerdings sollen die Banken nun selbst für die Kosten der Hilfen aufkommen. Für etwaige Verluste aus künftigen SoFFin-Hilfen soll auf Mittel des – bereits bestehenden – Fonds zurückgegriffen werden, der durch die Bankenabgabe finanziert wird.

Anfang Oktober präsentierte eine EU-Expertengruppe unter der Leitung des finnischen Notenbankchefs Liikanen einen Vorschlag zur Einführung eines Trennbankensystems. Kernpunkt des sogenannten Liikanen-Berichts ist die Anregung, dass Banken ab einer gewissen Größe oder mit einem hohen Anteil an Handelsaktiva ihre risikobehafteten Handelsaktivitäten in eigenständige Tochtergesellschaften ausgliedern, die nicht auf das Kapital aus der Einlagenbank zurückgreifen können. Frankreich und Deutschland haben bereits erste Gesetzentwürfe präsentiert, die sich an den im Liikanen-Bericht enthaltenen Vorschlägen orientieren.

Die kurzfristige Liquiditätsquote für Banken (Liquidity Coverage Ratio, LCR), die ab 2015 greifen sollte, wird nun ab 2015 nur schrittweise eingeführt werden. Anfang Januar 2013 beschloss der Baseler Ausschuss, dass Banken von 2015 an zunächst eine Mindest-LCR von 60 % erfüllen müssen, die dann jährlich in 10 %-Schritten angehoben wird, sodass die LCR schließlich ab 2019 in vollem Umfang einzuhalten wäre.

Bei insgesamt moderatem Wachstum verlief das Kreditgeschäft in Deutschland 2012 in den einzelnen Teilsegmenten uneinheitlich. Das Volumen der an inländische Unternehmen und Privatpersonen in Deutschland ausgereichten Kredite

stieg 2012 um 0,8 % auf 2.436 Mrd €, nachdem es sich im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres etwas stärker erhöht hatte. Dabei wurden die Kredite an Unternehmen um 0,4 % auf 989 Mrd € ausgeweitet, die Ausleihungen an wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen kletterten um 1,4 % auf 388 Mrd €. Die Kredite an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen erhöhten sich um 1,0 % auf 1.045 Mrd €, womit der Zuwachs etwas schwächer ausfiel als im Vorjahr. Hierunter wiederum wurden die Wohnungsbaukredite um 1,8 % auf 820 Mrd € gesteigert. Ein klarer, direkter Einfluss der europäischen Staatsschuldenkrise auf das Kreditgeschäft mit Unternehmen und Privatpersonen in Deutschland ist nicht erkennbar. Die hiervon ausgehende konjunkturelle Dämpfung dürfte die Zuwächse aber gebremst haben.

Die Zahl der Insolvenzen in Deutschland sank zwischen Januar und November des Jahres 2012 im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum deutlich um 4,2 %. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gab dabei um 4,3 % nach. Der hier bereits in den beiden Vorjahren zu registrierende positive Trend setzte sich damit fort. Die Abschwächung der Konjunktur hat sich somit noch nicht negativ bemerkbar gemacht, wozu auch das sehr niedrige Zinsniveau beigetragen haben dürfte. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen (einschließlich der Insolvenzen ehemals Selbstständiger sowie sonstiger Insolvenzen) fiel um 4,1 %, nachdem es hier im Vorjahr zu einem noch etwas kräftigeren Rückgang gekommen war. Die weitere Zunahme der Erwerbstätigkeit und vergleichsweise kräftige Lohn- und Gehaltssteigerungen dürften sich erneut positiv ausgewirkt haben. Die Staatsschuldenkrise hatte im Jahr 2012 auf die Insolvenzentwicklung in Deutschland keinen erkennbaren Einfluss.

Auch 2012 blieb die Drei-Säulen-Struktur des deutschen Bankenmarktes, bestehend aus privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten, unverändert. Als nennenswertes Ereignis im Bankenmarkt sticht lediglich die Abwicklung der WestLB hervor.

Bei der Analyse der Geschäftsentwicklung deutscher Banken haben wir wie gewohnt die drei im Prime Standard Banken der Deutschen Börse gelisteten Banken und die Postbank berücksichtigt. Wir haben die Geschäftszahlen der Institute für den Zeitraum Januar bis September 2012 mit den entsprechenden Vorjahreswerten verglichen. Alle vier Kreditinstitute erwirtschafteten sowohl vor als auch nach Steuern Überschüsse. Während dabei zwei Institute ihren Gewinn vor und nach Steuern steigern konnten, verzeichneten zwei Häuser Rückgänge in diesen Kennzahlen. Die Aufwand-Ertrags-Quote konnten drei der vier Institute verbessern. Die Eigenkapitalrendite nach Steuern wurde nur von drei Banken veröffentlicht, in zwei Fällen wurde dabei eine Verschlechterung gemeldet. Alle Kreditinstitute sahen sich mit einem gesunkenen Zinsergebnis konfrontiert. Bei drei Banken verringerten sich Provisions- und Handelsergebnis, eine ebenso große Zahl von Häusern konnte den Verwaltungsaufwand reduzieren.

Im Gesamtjahr 2012 legte der DAX um knapp 30 % zu. Die Dividendenpapiere der vier Kreditinstitute verzeichneten im genannten Zeitraum ebenfalls eine positive Performance. Die Aktien der vier Banken notieren allerdings weiterhin unter ihren jeweiligen Kursniveaus vor Ausbruch der Finanzkrise Mitte 2007.

Wichtige Ereignisse bei der Postbank im Jahr 2012

10. Januar 2012: Postbank und Deutsche Bank starten Verhandlungen über den Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags.

31. Januar 2012: Postbank und norisbank GmbH, Berlin, schließen eine Kooperationsvereinbarung, durch die beide Häuser die Möglichkeit erhalten, die Zusammenarbeit künftig auszubauen.

19. März 2012: Der Aufsichtsrat der Postbank wählt Frank Strauß mit Wirkung zum 1. Juli 2012 zum Vorsitzenden des Vorstands.

28. März 2012: Die Filialkunden der norisbank erhalten das Angebot, mit ihren Bankprodukten zur Postbank zu wechseln, und den Filialmitarbeitern wird von der Postbank ein Anstellungsangebot unterbreitet.

30. März 2012: Nach entsprechender Beschlussfassung in Vorstand und Aufsichtsrat der Postbank unterzeichnet der Vorstand der Postbank den Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der Postbank als abhängigem Unternehmen und der DB Finanz-Holding GmbH, Frankfurt am Main (einer 100%igen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG), als herrschendem Unternehmen.

5. Juni 2012: Die Hauptversammlung der Postbank stimmt sämtlichen Beschlussvorschlägen mit großer Mehrheit zu. Insbesondere genehmigt sie den Abschluss des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags mit der DB Finanz-Holding GmbH.

14. Juni 2012: Die Postbank, als übernehmender Rechtsträger, hat mit der Deutschen Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main, als übertragendem Rechtsträger, einen Verschmelzungsvertrag abgeschlossen. Die Verschmelzung wurde durch Eintragung in das Handelsregister der Postbank am 28. September 2012 vollzogen und ist rückwirkend zum 1. Januar 2012 erfolgt.

20. Juni 2012: Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der Postbank und der DB Finanz-Holding GmbH wird im Handelsregister eingetragen.

15. August 2012: Die Postbank verkauft alle Geschäftsanteile der PB Vermögens-Management S.A. an die DWS S.A. sowie das Portfoliomanagement der Postbank Financial Services GmbH an die DWS Investment GmbH.

15. August 2012: Zwischen der Postbank und der BHW Holding AG, Hameln, wurde ein Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen.

17. August 2012: Die Postbank führt ihre Dienstleistungen zur Abwicklung des kartengestützten Zahlungsverkehrs in der „VÖB-ZVD Processing GmbH“ in Frankfurt am Main zusammen.

11. September 2012: Mit Beschluss des OLG Köln im Freigabeverfahren wird der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der Postbank und der DB Finanz-Holding GmbH bestandskräftig.

1. Oktober 2012: Die von einer Aktionärin bei dem Landgericht Köln anhängig gemachte Anfechtungsklage gegen die Beschlussfassung der ordentlichen Hauptversammlung der Postbank vom 5. Juni 2012 zu Tagesordnungspunkt 7 (Zustimmung zum Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags) ist durch außergerichtlichen Vergleich und anschließende Rücknahme der Klage beendet worden.

7. November 2012: Dr. Mario Daberkow (IT/Operations), Horst Küpker (Financial Markets) sowie Dr. Michael Meyer (Retail) legen ihre Mandate im Vorstand der Postbank zum 31. Dezember 2012 nieder.

Der Vorstand der Postbank bestellt zum 1. Dezember 2012 Susanne Klöß und Dr. Ralph Müller zu Generalbevollmächtigten der Bank. Susanne Klöß ist für die Produkte der Postbank über alle Zielgruppen hinweg verantwortlich. Als neuer COO (Chief Operating Officer) verantwortet Dr. Ralph Müller insbesondere das Kosten-/Ressourcenmanagement der gesamten Bank. Daneben ist er u. a. für die IT und die Back-Office-Prozesse zuständig.

Investitionsschwerpunkte der Postbank im Jahr 2012

Die Investitionen der Postbank werden nach den Kategorien „Geschäftsentwicklung“, „Gesetzlich“, „Lifecycle“ und – mit Blick auf die Integration in den Deutsche Bank Konzern – „Retail Target Plattform (RTP)“ gegliedert.

Wie bereits 2011 konzentrierten sich die Investitionen im Bereich „Geschäftsentwicklung“ im Berichtsjahr vor allem auf Projekte zur Optimierung der Vertriebskanäle und zur Schaffung innovativer Techniken für den Ausbau einer flexiblen Bargeldversorgung, u. a. durch die Kooperation mit Geschäftspartnern. Weiterhin im Vordergrund standen zudem Maßnahmen zur Optimierung des Kapitalbedarfs im Kreditgeschäft und der Risikostruktur.

Schwerpunkte der gesetzlich bedingten Investitionen bildeten die Herstellung der SEPA-Fähigkeit (Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum), die Erfüllung regulatorischer Anforderungen aus Basel III und die Umsetzung diverser Verbraucherschutzthemen, wie z. B. der standardisierten Erfassung der Werbeerlaubnis und der Schaffung kostenloser Warteschleifen.

Die Lifecycle-Investitionen des Jahres 2012 betrafen in erster Linie Maßnahmen zur Optimierung und Vereinheitlichung der bestehenden Systemlandschaft und der damit verbundenen technischen Prozesse in allen Vertriebskanälen der Postbank.

Das Programm RTP dient der Schaffung einer gemeinsamen Retail-Plattform für Postbank und Deutsche Bank und ist darauf ausgelegt, durch die Vereinheitlichung von Systemen Synergien zu erreichen. Ihm wird auch in den nächsten Jahren größtes Gewicht im Investitionsportfolio der Postbank zukommen.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Die Postbank konnte das Ergebnis vor Steuern im Geschäftsjahr 2012 deutlich auf 446 Mio Euro steigern. Das Ergebnis vor Steuern im Vorjahr hatte bei 102 Mio € gelegen.

Der Anstieg um 344 Mio € resultierte zum einen aus höheren Erträgen und zum anderen aus weiter verringerten Verwaltungsaufwendungen.

Zu einer positiven Entwicklung des Zinsüberschusses und zu einem Anstieg im Vergleich zum Vorjahr führten verschiedene Sondereffekte. Der um Sondereffekte bereinigte Zinsüberschuss ist, wie von uns erwartet rückläufig. Ursächlich hierfür sind u. a. das niedrige Zinsniveau und der strategiekonforme Abbau unserer Finanzanlagebestände.

Nachdem im Vorjahr deutliche Belastungen aus unseren Beständen an griechischen Staatsanleihen angefallen sind, sind die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens im Berichtsjahr stark rückläufig.

Gegenläufig entwickelte sich das Bewertungsergebnis bei Wertpapieren der Liquiditätsreserve. Die Erhöhung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ist auf pauschalierte Einzelwertberichtigungen im Bereich Giro und Ratenkredite zurückzuführen.

Dem Kostenmanagement der Postbank wurde hohe Aufmerksamkeit gewidmet. So konnte weiterhin ein Rückgang der Verwaltungskosten erreicht werden.

Mit Wirksamwerden des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags zwischen DB Finanz-Holding GmbH und Deutscher Postbank AG im Geschäftsjahr 2012 besteht eine steuerliche Organschaft zur Deutschen Bank. Die bislang aktivierten latenten Steuerforderungen in Höhe von 409 Mio € wurden infolgedessen erfolgswirksam ausgebucht.

Dies ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass die Postbank im Geschäftsjahr 2012 nach Steuern nur ein ausgeglichenes Jahresergebnis ausweist (Vorjahr: Jahresüberschuss 119 Mio €).

Erfolgsrechnung

Die Positionen im Einzelnen

Zinsüberschuss

Für das Geschäftsjahr 2012 ist mit 2.943 Mio € ein um 16,2 % höherer Zinsüberschuss gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Sondereffekte trugen zu dieser deutlichen Verbesserung des Zinsüberschusses bei.

Insbesondere aus dem Closing von Derivaten wurden Zinserträge in Höhe von 279 Mio € (Vorjahr: –160 Mio €) verinnahmt.

Der um Sondereffekte bereinigte Zinsüberschuss ist rückläufig.

Der Zinsüberschuss aus Handelsgeschäften ist im Berichtsjahr um 53 Mio € auf 65 Mio € gesunken.

Aus dem planmäßigen Abbau unserer Finanzanlagebestände resultierte ein Rückgang des Zinsüberschusses in Höhe von –337 Mio €.

Die laufenden Erträge in Höhe von 546 Mio € (Vorjahr: 406 Mio €) ergeben sich im Wesentlichen aus der Ausschüttung der Spezialfonds (450 Mio €) im Zuge des De-Risking der Positionen sowie den Erträgen der Tochtergesellschaft Deutsche Postbank International S.A. (60 Mio €) und der Betriebs-Center für Banken AG (30 Mio €).

Provisionsüberschuss

Im Geschäftsjahr 2012 betrug der Provisionsüberschuss 421 Mio € (Vorjahr: 419 Mio €).

Der Provisionsüberschuss aus dem Zahlungsverkehr und dem Kreditgeschäft konnte im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden und kompensierte nahezu den Rückgang der Provisionserträge aus dem Wertpapiergeschäft.

Nettoertrag des Handelsbestands

Für das Geschäftsjahr 2012 weist die Postbank ein positives Ergebnis aus Handelsbeständen in Höhe von 28 Mio € (Vorjahr: Aufwand –11 Mio €) aus.

Dieses Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus dem Auslandszahlungsverkehr in Höhe von 18 Mio €. Aus der Aussteuerung der Fremdwährungspositionen in den Spezialfonds wurde ein positiver Ergebnisbeitrag in Höhe von 4 Mio € (Vorjahr: –36 Mio €) erzielt.

Zur Absicherung der sonstigen Fremdwährungspositionen abgeschlossene Devisenwaps leisteten einen Zinsbeitrag in Höhe von 8 Mio €.

Aus der Realisation der im Geschäftsjahr bestandenen Geldhandelspositionen ergab sich ein negatives Ergebnis von 5 Mio €. Dieses wurde durch die Bewertung zurückgekaufter eigener Wertpapiere (+2 Mio €) zum Teil kompensiert.

Im Rahmen der risikoadjustierten Marktbewertung per 31. Dezember 2012 hat sich der Risikoabschlag auf den Handelsbestand insgesamt um 7 Mio € reduziert.

Im Geschäftsjahr 2012 wurde eine Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e Abs. 4 HGB in Höhe von 3 Mio € vorgenommen, die sich ertragsmindernd im Nettoergebnis ausgewirkt hat.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen (inklusive Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte) reduzierten sich im Berichtsjahr um 94 Mio € auf 2.469 Mio € (Vorjahr: 2.563 Mio €).

Dabei sank der Personalaufwand um 112 Mio € auf 700 Mio €. Im Vorjahr waren in dieser Position Einmalaufwendungen für personalbezogene Rückstellungen in Höhe von 98 Mio € und Rückstellungen für Beamte in Altersteilzeit in Höhe von 74 Mio € enthalten. Im Berichtsjahr wurden personalbezogene Rückstellungen in Höhe von 52 Mio € gebildet.

Der Sachaufwand ist um 17 Mio € auf 1.768 Mio € gestiegen. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die Aufwendungen für Beratungsleistungen sowie für Vertriebsleistungen für die Vermittlung von Baufinanzierungen zurückzuführen.

Bewertungsergebnis

Die Risikovorsorge für Wertpapiere der Liquiditätsreserve betrug im Berichtsjahr –324 Mio € (Vorjahr: 42 Mio €). Das gute Ergebnis aus dem Vorjahr konnte trotz des anhaltenden niedrigen Zinsniveaus nicht wieder erreicht werden. Durch die Veräußerung von Wertpapieren wurden Kursgewinne in Höhe von 152 Mio € und Kursverluste in Höhe von –57 Mio € realisiert. Die Zuschreibungen auf Rentenpapiere betragen 167 Mio € und die Abschreibungen –591 Mio €.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft betrug im Berichtsjahr –303 Mio € (Vorjahr: –198 Mio €). Der Anstieg ist im Wesentlichen im Bereich der pauschalierten Einzelwertberichtigung für nicht signifikante Forderungen im Bereich Giro und Ratenkredite entstanden.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere

Im Rahmen des Umtausches griechischer Staatsanleihen wurden im Berichtsjahr Verluste in Höhe von –36 Mio € realisiert. Darüber hinaus wurden Kursverluste aus der Veräußerung von belgischen und ungarischen Staatsanleihen von –19 Mio € realisiert. Des Weiteren wurden im Berichtsjahr Abschreibungen auf den Beteiligungsbuchwert der Postbank Finanzberatung AG (–28 Mio €) sowie auf geschlossene Immobilienfonds (–5 Mio €) vorgenommen.

Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren

Im Berichtsjahr wurden Kursgewinne aus der Veräußerung von französischen, italienischen sowie spanischen Staatsanleihen in Höhe von 39 Mio € vereinnahmt. Aus der Veräußerung von Schuldscheindarlehen wurden 14 Mio € realisiert. Darüber hinaus sind Zuschreibungen auf Spezialfonds in Höhe von 15 Mio € und Beteiligungen in Höhe von 7 Mio € enthalten.

Sonstiges Ergebnis

Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen (inklusive sonstiger Steuern) betrug im Berichtsjahr 311 Mio € (Vorjahr: 320 Mio €).

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen die Kostenerstattungen für Personal- und Sachaufwendungen in Höhe von 239 Mio € (Vorjahr: 249 Mio €) und Mieterträge in Höhe von 58 Mio € (Vorjahr: 61 Mio €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Effekte aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen in Höhe von 35 Mio € (Vorjahr: 34 Mio €) sowie Gerichts- und Prozesskosten von 42 Mio € (Vorjahr: 22 Mio €).

Aufwendungen aus Verlustübernahme

Im Geschäftsjahr 2012 wurde zwischen der Postbank und der BHW Holding AG ein Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen. Aus der Verlustübernahme resultiert ein Aufwand in Höhe von 99 Mio €.

Außerordentliches Ergebnis

Der nach den Vorschriften des BilMoG resultierende Unterschiedsbetrag bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen wird mit mindestens 1/15 bis spätestens 31. Dezember 2024 zugeführt. Im Geschäftsjahr 2012 betrug die als außerordentlicher Aufwand erfasste Zuführung 28 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €).

Ergebnis vor Steuern

Das Ergebnis vor Steuern lag im Geschäftsjahr 2012 bei 446 Mio € nach einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von 102 Mio € im Vorjahr.

Ertragsteuern

Die Aufwendungen aus Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betragen 446 Mio € (Vorjahr: Ertrag –17 Mio €). Hiervon entfielen 5 Mio € auf Steuern aus Vorjahren und 32 Mio € auf die laufenden Ertragsteuern. Darüber hinaus entfielen 409 Mio € auf Aufwendungen aus latenten Steuern, die aufgrund der steuerlichen Organschaft zur Deutschen Bank nicht mehr aktiviert werden konnten.

Jahresüberschuss

Die Postbank weist ein ausgeglichenes Ergebnis aus (Vorjahr: Jahresüberschuss 119 Mio €).

BILANZENTWICKLUNG

Bilanzsumme

Die Bilanzsumme der Postbank lag am Jahresende 2012 mit 154,8 Mrd € leicht über dem Vorjahreswert von 152,3 Mrd €. Die Entwicklung der Aktivseite der Bilanz war hauptsächlich durch den Abbau des Wertpapierbestands geprägt. Die frei gewordenen Mittel wurden größtenteils in besicherte Anlagen bei Kreditinstituten investiert. Die Struktur der Passivseite blieb weitestgehend unverändert.

Forderungen an Kunden

Im Geschäftsjahr 2012 beliefen sich die Forderungen an Kunden auf 67,4 Mrd € und waren damit um 2,8 Mrd € geringer als im Vorjahr. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf ausgelassene Geldmarktforderungen zurückzuführen.

Geld- und Kapitalmarktanlagen

Die Geld- und Kapitalmarktanlagen, die aus Forderungen an Kreditinstitute, Anlagen im Handelsbestand und Schuldverschreibungen bestehen, beliefen sich auf 72,9 Mrd €.

Entsprechend dem Programm zur Verbesserung der Risikostruktur und der Ergebnisqualität, wurde der Abbau der Wertpapiere weiter fortgeführt und der Bestand um 2,8 Mrd € auf 26,4 Mrd € verringert.

Die Forderungen an Kreditinstitute sind um 14,1 Mrd € auf 32,0 Mrd € angestiegen. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf Wertpapierpensionsgeschäfte zurückzuführen.

Der Handelsbestand betrug am Bilanzstichtag 14,5 Mrd € und beinhaltete im Wesentlichen positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten in Höhe von 7,8 Mrd € (Vorjahr: 5,4 Mrd €) und Wertpapierpensionsgeschäfte in Höhe von 6,7 Mrd € (Vorjahr: 12,8 Mrd €). Der Rückgang resultierte aus endfälligen Wertpapierpensionsgeschäften. Neue Wertpapierpensionsgeschäfte wurden im Bankbuch abgeschlossen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Im Geschäftsjahr 2012 beliefen sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden auf 109,7 Mrd € und lagen damit nahezu auf dem Vorjahresniveau. Der Bestand der Spareinlagen lag fast unverändert gegenüber dem Vorjahr bei 47,9 Mrd €.

Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten

Die Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten, bestehend aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbrieften Verbindlichkeiten und dem Handelsbestand, beliefen sich auf 32,5 Mrd € (Vorjahr: 29,0 Mrd €).

Der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 2,6 Mrd € auf 12,7 Mrd € resultierte im Wesentlichen aus Wertpapierpensionsgeschäften.

Der Bestand der verbrieften Verbindlichkeiten hat sich um 2,0 Mrd € auf 9,3 Mrd € vermindert. Der Rückgang ist auf endfällige Schuldverschreibungen und kurzfristige Geldmarktpapiere zurückzuführen, denen keine Neuemissionen gegenüberstanden.

Der Handelsbestand betrug 10,5 Mrd € (Vorjahr: 7,6 Mrd €) und beinhaltete im Wesentlichen negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten in Höhe von 7,9 Mrd € sowie Geldhandelspositionen in Höhe von 2,5 Mrd €.

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten mit einem negativen Marktwert ist im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 Mrd € angestiegen. Der Anstieg korrespondiert mit dem aktivi-schen Handelsbestand in derivativen Finanzinstrumenten und ist auf das gesunkene Zinsniveau zurückzuführen.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Im Berichtsjahr wurden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB 5 Mio € zugeführt. Zudem erfolgte die Zuführung gemäß der Vorgabe des § 340e Abs. 4 HGB in Höhe von 3 Mio €. Danach wies der Fonds für allgemeine Bankrisiken zum Jahresende einen Betrag von 1.773 Mio € aus.

Eigenkapital

Das Eigenkapital betrug am 31. Dezember 2012 unverändert 2.740 Mio €.

Der Bilanzgewinn des Vorjahres von 119 Mio € wurde nach dem Beschluss zur Gewinnverwendung den Gewinnrücklagen zugeführt.

Gesamtaussage Geschäftslage 2012

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank ist deutlich gestärkt. Dieser positive Ergebnistrend ist maßgeblich auf die Entwicklung unseres – nachhaltig stabilen – Geschäfts mit Privat- und Firmenkunden zurückzuführen. Die Vermögenslage ist unverändert geprägt durch das Kreditgeschäft. Das Kundengeschäft blieb trotz anhaltend schwieriger Rahmenbedingungen weiterhin stabil. Entsprechend unserer De-Risking-Strategie, wurde der Bestand an Wertpapieren weiter reduziert.

Das RoE vor Steuern beträgt 9,9 % (Vorjahr: 2,3 %). Die Cost Income Ratio lag bei 80,4 % nach 85,9 % im Vorjahr. Die Liquiditätskennziffer beträgt 2,17 % (Vorjahr: 1,67 %).

Zur Finanzlage verweisen wir auf die Ausführungen im Risikobericht „Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken“.

KWG-GRUNDSÄTZE

Die Postbank erstellt die entsprechenden Einzelinstituts-meldungen und erfüllt ihre darüber hinausgehenden Melde-pflichten gemäß KWG.

Zum 31. Dezember 2012 betragen die regulatorische Tier-I-Quote 8,3 % und die Gesamtkennziffer 14,3 %.

NACHTRAGSBERICHT

Am 21. Dezember 2012 wurden ein Vertrag zur Veräußerung der PB (USA) Holdings, Inc.-Gruppe und ein Vertrag zur Veräußerung des Stammkapitals der amerikanischen Tochtergesellschaften Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA, Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA, Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA, Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA und Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA, Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA, Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA, Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA, zwischen der Postbank und der Deutschen Bank AG mit Wirkung zum 1. Januar 2013 geschlossen. Die Veräußerung erfolgte wie geplant mit Ablauf des 31. Dezember 2012.

RISIKOBERICHT

Zusammenfassender Überblick über die Risikolage

Externe Einflüsse auf das Risikoprofil

Die Wirtschaft befindet sich zur Jahreswende 2012/13 in einer ausgeprägten Schwächephase. Der Konjunkturabschwung, der sich im zweiten Halbjahr 2012 verstärkt hat, nahm sowohl in Deutschland als auch im Euroraum insgesamt größere Ausmaße an, als zu Jahresbeginn erwartet. Nach einem schwachen Jahresauftakt 2013 dürfte die Konjunktur in Deutschland jedoch im weiteren Verlauf des Jahres, gestützt durch ein solides Konsumwachstum und steigende Exporte in Länder außerhalb der Eurozone, wieder Fahrt aufnehmen. Dämpfende Effekte für die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland gehen unverändert von den hoch verschuldeten Euro-Staaten aus, die immer noch in einer Rezession stecken. Die Postbank geht davon aus, dass das deutsche Wirtschaftswachstum 2013 insgesamt wegen des schwachen Jahresauftakts etwas geringer ausfallen wird als 2012. Die Arbeitsmarktsituation dürfte sich dabei nur leicht verschlechtern. Die Liquiditätssituation der Banken im Euroraum bleibt angespannt. Der Zugang zum Interbankenmarkt ist für viele Institute, insbesondere aus den Euro-Peripheriestaaten, weiterhin versperrt. Zuletzt waren allerdings erste Anzeichen für eine Verbesserung der Refinanzierungssituation von Banken in den Euro-Peripheriestaaten erkennbar. Die umfangreichen Maßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) zur Sicherstellung der Liquiditätsversorgung haben in Verbindung mit Maßnahmen zur Restrukturierung des Finanzsektors in den betroffenen Staaten das Risiko einer erneuten Verschärfung der Krise im Finanzsektor verringert. Dies hat sich in einem Rückgang der Risikoaufschläge sowohl für Bank- als auch für Staatsanleihen niedergeschlagen. Gleichwohl ist das Risiko von Rückschlägen nach wie vor hoch, da die fundamentalen Ursachen der Krise – wie beispielsweise zu hohe Staats- und Außenhandelsdefizite sowie Ineffizienzen am Arbeitsmarkt, im öffentlichen Sektor und in der Wirtschaftsstruktur – in einigen Euro-Staaten fortbestehen. Folglich kann auch die Volatilität in den Asset-Märkten jederzeit wieder ansteigen. Für 2014 gehen wir von einer leichten Verbesserung der Wirtschaftsentwicklung in Deutschland mit einer entsprechenden positiven Auswirkung auf die Risikosituation der Euro-Staaten aus.

Die zahlreichen Verschärfungen der bankaufsichtlichen Regelungen stellen weiterhin eine große Umsetzungslast für die Banken dar. Das Jahr 2012 stand auch bei der Postbank im Zeichen der Vorbereitungen zur Umsetzung des Basel-III-Regelwerks, der im Dezember 2012 veröffentlichten Novelle der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (Ma-Risk) sowie weiterer neuer aufsichtsrechtlicher Vorgaben. Daneben wurden im Risikomanagement der Postbank weitere Anpassungen zur Umsetzung der Risikomanagementstandards der Deutschen Bank sowie zur gruppenweiten Integration der Risikosteuerungsprozesse vorgenommen.

Im Verlauf des Jahres 2012 wurde die Integration des Risikomanagements in die Deutsche Bank Gruppe im Rahmen des Projekts „Powerhouse“ entscheidend vorangetrieben, u. a. mit dem Ziel, die Voraussetzungen für die Nutzung des sogenannten „Waiver“ nach § 2a KWG zu schaffen. Ein wirksamer Waiver geht mit Erleichterungen einher im Hinblick auf die Einhaltung der Eigenmittelvorschriften, die Liquiditätssteuerung, die Überwachung der Großkreditobergrenze sowie andere Bereiche. Die Inanspruchnahme des Waivers wurde der

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mit Schreiben vom 19. Dezember 2012 angezeigt. Die BaFin hat noch Vorbehalte bezüglich der Anwendbarkeit. Diesbezüglich steht die Postbank derzeit im Gespräch mit der BaFin.

Im Rahmen der Einbeziehung der Postbank in das Risikomanagement der Deutschen Bank wurden die Anpassung der Gremienstruktur, eine Vernetzung der Gremien sowie die Aufsetzung funktionaler Berichtslinien zwischen der Postbank und der Deutschen Bank konkretisiert bzw. eingeführt. Zusätzlich erfolgt eine regelmäßige Risikoberichterstattung an die Deutsche Bank zur übergreifenden Erfassung und Steuerung von Risiken. Die wesentlichen Managementreports sowie Kernkennzahlen wurden definiert, analysiert und gemeinsam berichtet.

Gesamtbankrisiko

Die Risikonahme zur Ergebniserzielung stellt für die Postbank eine Kernfunktion der unternehmerischen Tätigkeit dar. Die eingegangenen Risiken werden regelmäßig identifiziert, gemessen, überwacht und limitiert sowie im Kontext der Risikotragfähigkeitsrechnung in die Gesamtbanksteuerung einbezogen. Im Jahr 2012 sind die für Markt-, Kredit- und Operationelle Risiken festgesetzten Limite auf Gruppenebene stets eingehalten worden. Die Berechnung der Risikotragfähigkeit erfolgt auf Ebene der Postbank Gruppe und umfasst folglich die Deutsche Postbank AG (im Folgenden Postbank). Die Risikotragfähigkeit der Postbank war jederzeit gegeben. Durch den fortgeführten Abbau von Risikopositionen konnte die Postbank das zur Abdeckung ihrer Risiken genehmigte Risikokapital im Verlauf des Berichtsjahres 2012 senken.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Risikoprofil der Postbank nur marginal verändert. Die ausgewiesenen Marktrisiken lagen zum Jahresultimo 2012 aufgrund der insbesondere in der zweiten Jahreshälfte rückläufigen Zins- und Spread-Volatilitäten an den europäischen Anleihemärkten deutlich unter dem Niveau des Vorjahresendes. Das Kreditgeschäft mit privaten und gewerblichen Kunden wurde im Berichtsjahr von einem gegenüber den Vorjahren positiveren konjunkturellen Umfeld in Deutschland begünstigt, vor allem gestützt durch die nach wie vor sehr gute Situation am Arbeitsmarkt sowie die solide Entwicklung der deutschen Industrie. Dies schlug sich – neben den nachhaltigen risikoreduzierenden Maßnahmen der Bank – positiv in der Risikoversorge nieder.

Die Postbank hat im Rahmen der Segmentsteuerung den neuen Geschäftsbereich Non Core Operating Unit (NCOU) zur Steigerung von Transparenz und Managementfokus in die Risikosteuerung aufgenommen. Die jeweiligen Risikosteuerungsimpulse zu den Non-Core-Portfolios werden weiterhin zentral durch die Risikokomitees sowie durch die jeweiligen Einheiten im Risikomanagement betreut.

Entwicklungsbeeinträchtigende oder gar bestandsgefährdende Risiken sind aktuell nicht erkennbar. Eine von unseren derzeitigen Annahmen deutlich abweichende, negativere Entwicklung der europäischen Staatsschuldenkrise, verbunden mit einer spürbaren Eintrübung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, könnte jedoch die Entwicklung des Bankensektors insgesamt und so auch der Postbank beeinträchtigen.

Kreditrisiken

Die Risikovorsorge ist 2012, im Wesentlichen bedingt durch signifikante Erhöhungen der pauschalisierten Einzelwertberichtigungen für Giro- und Ratenkredite, gegenüber dem Vorjahr angestiegen.

Mit Blick auf die aktuelle Verschuldungssituation der sogenannten GIIPS-Staaten (Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien) wird das entsprechende Exposure bei der Postbank sehr eng überwacht.

Für das Jahr 2013 erwarten wir eine auf dem Niveau des Berichtsjahres liegende Risikoentwicklung, einhergehend mit einer insgesamt positiven makroökonomischen Entwicklung.

Marktrisiken

Das Marktrisiko der Postbank war wie im Vorjahr auch 2012 insbesondere von der Zins- und der Credit-Spread-Entwicklung an den europäischen Anleihemärkten geprägt. Wenngleich die Postbank im Berichtsjahr den Abbau von Finanzanlagen weiter fortgeführt hat, sieht sie ihre Kapitalmarktbestände weiterhin den Marktwertschwankungen ausgesetzt, die zu entsprechenden Barwertveränderungen und einem erhöhten Risikoausweis führen können. Nach einem – durch die deutlichen Spread-Schwankungen bei europäischen Staats- und Bankenanleihen verursachten – spürbaren Anstieg des Value-at-Risk (VaR) im zweiten Quartal 2012 ging das ausgewiesene Marktrisiko aufgrund einer Beruhigung der Anleihemärkte im Verlauf des zweiten Halbjahres kontinuierlich zurück und lag zum Jahresultimo deutlich unter dem Vergleichswert des Vorjahresultimos.

Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätssituation der Postbank ist aufgrund der stabilen Refinanzierungsbasis aus den Kundeneinlagen und dank des umfangreichen Bestands an hochliquiden Wertpapieren weiterhin solide.

Die Risikosituation und das Risikomanagement der Postbank sowie die von der Bank ergriffenen Maßnahmen werden im Folgenden detailliert beschrieben.

Entwicklungen im Risikomanagement

Die in diesem Bericht dargelegten Methoden, Systeme, Prozesse und das darauf aufbauende Berichtswesen unterliegen kontinuierlichen Überprüfungen und Verbesserungen, um den marktbedingten, betriebswirtschaftlichen und regulatorischen Anforderungen gerecht zu werden.

Um den gestiegenen Anforderungen an das Risikomanagement Rechnung zu tragen, wurde die Organisationsstruktur des Chief-Risk-Office (CRO)-Bereichs mit Wirkung zum 1. Januar 2012 angepasst. Im Detail sind die Veränderungen im Kapitel „Organisation des Risikomanagements“ beschrieben.

Im Zusammenhang mit dem Projekt „A-IRBA“ strebt die Bank die Zulassung zum fortgeschrittenen Ansatz zur Kreditrisikomessung unter Verwendung eigener Verlustschätzungen im Falle des Ausfalls an. Diesbezüglich hat die Aufsicht die Eignung der internen Verfahren geprüft. Der Bericht zu den Prüfungsergebnissen liegt noch nicht vor.

Im Laufe des Berichtsjahres 2012 wurde das Marktrisiko-modell turnusmäßig validiert und u. a. dahingehend überarbeitet, dass nun auch wesentliche spezifische Credit-Spread-Risiken im Marktrisiko-VaR berücksichtigt werden.

Mit Blick auf das Liquiditätsrisikomanagement hat die Postbank bereits im Jahr 2011 ein Projekt zur Erfüllung neuer bzw. konkretisierter regulatorischer Anforderungen aufgesetzt und 2012 weiter vorangetrieben. Dabei liegt der Fokus auf dem Aufbau bzw. der Vervollständigung der notwendigen IT- und Prozessinfrastruktur sowie der künftigen Meldung der neuen Basel-III-Liquiditätskennziffern. Die wesentlichen Projektmeilensteine konnten bislang erreicht werden. Da sich einige regulatorische Vorgaben (Basel III, CRD IV, EBA Technical Standards) verzögert haben und noch nicht final vorliegen, werden sich die notwendigen Umsetzungsarbeiten in das Jahr 2013 sowie in Teilen auch auf 2014 erstrecken.

Im Berichtsjahr 2012 wurde das Liquiditätssteuerungskonzept der Postbank um eine stressbasierte Steuerung erweitert und mit entsprechenden Limitierungs- und Eskalationsmechanismen ausgestattet. Außerdem hat die Postbank ein Benchmark-Konzept zur Ermittlung der Liquiditätspufferkosten eingeführt.

Die Anforderungen aus der Neufassung der MaRisk vom 14. Dezember 2012 werden – entsprechend den regulatorisch vorgegebenen Umsetzungs- und Übergangsfristen – schrittweise im Rahmen eines 2012 aufgesetzten Projekts umgesetzt. Geplante Schwerpunkte der Umsetzung im Jahr 2013 sind insbesondere die neuen Anforderungen zur Compliance-Funktion und zur Risk Governance sowie Aspekte der Kapitalplanung und des Liquiditätsrisikomanagements.

Im Berichtsjahr 2012 hat die Postbank konsequent die erforderlichen Maßnahmen vorangetrieben, um die ab 2013 stufenweise steigenden Anforderungen aus Basel III zu erfüllen. Diese betreffen die Eigenkapitalausstattung, die Minimalanforderungen zur Liquiditätsausstattung sowie die Neuregelungen zur Unterlegung von Adressenausfallrisiken, zum Reporting, zur Steuerung der Leverage Ratio und zur Vermeidung von prozyklischen Wirkungen. Weitere Details hierzu finden sich im Abschnitt „Aufsichtsrechtliche Anforderungen“. Die rechtliche Umsetzung des Basel-III-Regelwerks in der Europäischen Union hat sich verzögert; die finalen Regelwerke werden erst im Laufe des Jahres 2013 vorliegen.

Integration in das Risikomanagement der Deutschen Bank
 Aufgrund der Übernahme der Mehrheit der Aktien der Postbank durch die Deutsche Bank hat die Bank unter Beachtung der maßgeblichen bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben die Voraussetzungen für ein integriertes Risikomanagement geschaffen. Unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen richtet sich das Hauptaugenmerk dabei auf die Umsetzung eines gemeinsamen, angemessenen und wirksamen Risikomanagements. Dazu wurden bestehende Regelungen angemessen angepasst, anhand derer sich die finanzielle Lage des Instituts jederzeit mit hinreichender Genauigkeit auf Bankenebene bestimmen lässt. Ebenso wurde ein geeignetes System zur Überwachung und Einstufung der Risiken aufgebaut, das einen vollständigen Überblick über die Risikosituation sowie das institutsbezogene Sicherungssystem insgesamt liefert und der Bank die entsprechende Einflussnahme ermöglicht. Hierzu gehören auch die Harmonisierung der Prozesse zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation der Risiken, die Strategien und Verfahren zur Ermittlung und Sicherstellung der Risikotragfähigkeit sowie entsprechende interne Kontrollverfahren. Durch eine gemeinsame, einheitliche Risk-Governance-Struktur wird die gemeinsame Risikokultur weiterentwickelt.

Arten von Risiken

Die bei der Postbank betrachteten Risikoarten werden im Rahmen einer bankweiten Risikoinventur ermittelt. Die Materialität dieser Risikoarten sowie die Existenz weiterer bisher nicht betrachteter Risiken werden im Rahmen der jährlichen Risikoinventur überprüft. Die Postbank greift im Rahmen der Risikoinventur auf Instrumente zurück, die in ihrer Gesamtheit alle wesentlichen organisatorischen Bereiche und Risikobereiche der Bank abdecken.

Die Postbank unterscheidet folgende Risikoarten:

- **Marktrisiken**
 Mögliche finanzielle Verluste aufgrund der Änderung von Marktpreisen (z. B. Aktienkursen, Wechselkursen, Rohwarenpreisen) oder marktpreisbestimmenden Faktoren (z. B. Zinssätzen, Spreads oder Volatilitäten). Die Wertveränderungen werden dabei unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet.
- **Kreditrisiken**
 Mögliche Wertverluste infolge von Bonitätsverschlechterungen oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners (z. B. durch Insolvenz eines Emittenten, Kontrahenten bzw. Landes oder durch Wertverlust bei der Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen). Die Postbank unterscheidet vier Arten von Kreditrisiken: Bonitäts- und Ausfallrisiken, Abwicklungsrisiken, Kontrahentenrisiken und Länderrisiken.
- **Liquiditätsrisiken**
 Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Volumenrisiko, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können.

 Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko) als Kostenrisiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der Fristentransformation aufgrund einer Erhöhung der eigenen Refinanzierungsaufschläge auf den Swapsatz.

- **Operationelle Risiken**
 Mögliche Verluste, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten können. Die Definition umfasst auch Rechtsrisiken; Reputations- und strategische Risiken bleiben hierbei unberücksichtigt. Rechtsrisiken beinhalten u. a. die potenzielle Verpflichtung zur Zahlung von Bußgeldern, Schadenersatzleistungen, Geldstrafen oder sonstigen Strafzahlungen aus aufsichtsrechtlichen Maßnahmen oder privatrechtlichen Vereinbarungen. Sie ergeben sich auch durch eine geänderte Rechtslage aufgrund neuer Rechtsprechung bzw. durch Gesetzesänderungen, die Auswirkungen auf bereits abgeschlossene Geschäfte haben, umfassen aber nicht die Kosten für die Prozessänderung zur Umsetzung der geänderten Rahmenbedingungen.
- **Beteiligungsrisiken**
 Potenzielle Verluste aus Marktwertschwankungen des strategischen Beteiligungsbesitzes, sofern diese nicht bereits in den anderen Risikoarten erfasst werden. Als Beteiligungen werden dabei sämtliche Gesellschaftsanteile definiert, die im Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG unter den Positionen „Beteiligungen“ sowie „Anteile an verbundenen Unternehmen“ bilanziert werden, sowie Anteile an Unternehmen gemäß § 16 Abs. 2 und 4 AktG.
- **Immobilienrisiken**
 Mietausfallrisiken, Teilwertabschreibungsrisiken sowie Veräußerungsverlustrisiken, bezogen auf den Immobilienbesitz der Postbank.
- **Geschäftsrisiken**
 Gefahr eines Ergebnisrückgangs aufgrund unerwarteter Änderungen von Geschäftsvolumen und/oder Margen und korrespondierenden Kosten. Der Begriff umfasst Spar- und Girorisiken (ehemals: Modellrisiken) sowie residuale Geschäftsrisiken (strategische Risiken und Reputationsrisiken):
 - a) Spar- und Girorisiken: Mögliche Verluste, die, ausgelöst durch unerwartete Verhaltensweisen von Spar- und Girokunden, als Folge von Volumen- oder Margenänderungen auftreten können.
 - b) Residuale Geschäftsrisiken: Risiken eines Ergebnisrückgangs aufgrund unerwarteter Abweichungen der Ertragszahlen und der korrespondierenden Kosten von der ursprünglichen Planung, die nicht auf Spar- und Girorisiken der Bank zurückzuführen sind. Sie umfassen auch nicht separat quantifizierbare strategische Risiken und Reputationsrisiken:
 - **Strategische Risiken:** Gefährdung der Ergebnisreichung infolge einer unzureichenden Ausrichtung der Bank auf das jeweilige – möglicherweise kurzfristig veränderte – Geschäftsumfeld.
 - **Reputationsrisiken:** Gefahr von Ereignissen, die das Ansehen der Postbank bei ihren Anspruchsgruppen (Stakeholdern) derart beschädigen, dass daraus ein mittelbarer oder unmittelbarer finanzieller Schaden für die Postbank entstehen kann.

Organisation des Risikomanagements

Die Postbank verfügt über eine Risikomanagementorganisation, die durch die Identifikation aller wesentlichen Risiken und Risikotreiber sowie die unabhängige Messung und Bewertung dieser Risiken die Grundlage für eine risiko- und ertragsorientierte Gesamtbanksteuerung bildet. Risiken werden unter strikter Beachtung von Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten zur Erzielung des Risk>Returns und zur Nutzung von Marktopportunitäten limitiert und gesteuert.

Das Risikomanagement wird bankweit durch die zentralen und die angebundenen dezentralen Einheiten wahrgenommen.

Verantwortlichkeiten und Risikostrategie

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für das Risiko- und das Kapitalprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung.

Die Kontrolle erfolgt durch den Aufsichtsrat bzw. im Kreditausschuss des Aufsichtsrats. Diese werden regelmäßig

durch den Vorstand über das Risiko- und das Kapitalprofil der Postbank unterrichtet.

Die Risikostrategie der Bank ist, wie in den Vorgaben der MaRisk gefordert, konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten.

Art und Umfang der Risikonahe sowie der Umgang mit den Risiken ergeben sich aus den Strategien der einzelnen Geschäftsfelder im Abgleich mit dem Risikoappetit, dem Risikoprofil und den Renditezielen der Postbank. Sie werden im Rahmen der jährlich verabschiedeten Risikostrategie, die auf den Geschäftsfeldstrategien basiert, definiert und dokumentiert.

Risikokomitees

Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben wird der Vorstand durch das Bankrisikokomitee (BRK) als das zentrale Risikokomitee unterstützt. Als Steuerungs- und Überwachungsausschuss des Vorstands verfügt das BRK über wesentliche Entscheidungsbefugnisse. Das Risikomanagement wurde vom Vorstand für die einzelnen Risikoarten an weitere nachgeordnete Risikokomitees delegiert. Die Aufgaben der Komitees veranschaulicht folgende Grafik:

Aufgaben der Risikokomitees						
	Bankrisiko- komitee (BRK)	Kreditrisiko- komitee (KRK)	Marktrisiko- komitee (MRK)	OpRisk- Komitee (ORK)	Deckungs- geschäfts- komitee (DGK)	Modell- und Validierungs- komitee (MVK)
Tagungs- frequenz	monatlich	vierteljährlich	monatlich	halbjährlich	monatlich	vierteljährlich
Aufgaben	Beratung des Vorstands hinsichtlich: <ul style="list-style-type: none"> • Risikoappetit (ökonomisch, regulatorisch) • Risikostrategien und Risikoprofil • Allokation von Risikokapital • Maßnahmen zur Begrenzung und Steuerung der Gesamtbank-Risikopositionen 	Limitallokation der Kreditrisiken Definition des Limitsystems Analyse und Bewertung der Kreditrisiken Vorgabe von Leitlinien zur Steuerung der Kreditrisiken	Limitallokation der Marktrisiken Steuerung der strategischen Ausrichtung des Bankbuchs Erörterung der Ergebnis- und Risikosituation	Definition der Mindestanforderungen für Geschäftseinheiten Definition der Rahmenbedingungen für OpRisk Allokation der Risikokapitalbeträge auf die Geschäftsfelder	Regelung von Deckungsgeschäftsregisterthemen Umsetzung regulatorischer Anforderungen bezüglich des Pfandbriefgeschäfts Sicherung der Zielkonformität bezüglich der strategischen Ausrichtung und hinsichtlich der Emissionsfähigkeit	Überwachung und Validierung aller Rating-systeme und Risikoklassifizierungsverfahren jährliche Validierung sämtlicher Modelle Änderungen von Ratingsystemen, Risikoklassifizierungsverfahren und internen Modellen

Das Bankrisikokomitee agiert als übergreifendes Risikokomitee mit Vorstandsbesetzung. Es trägt alle Risikothemen aggregiert an den Gesamtvorstand heran. Vom Senior Management geleitet werden das Kreditrisikokomitee, das Marktrisikokomitee, das OpRisk-Komitee (Komitee für Operationelle Risiken), das im vierten Quartal 2012 implementierte Deckungsgeschäftskomitee sowie das Modell- und Validierungskomitee. Das Deckungsgeschäftskomitee entwickelt Steuerungsimpulse für das Deckungsgeschäft der Postbank. Das Modell- und Validierungskomitee ist für Änderungen und Erweiterungen von Risikomodellen und Risikoklassifizierungsverfahren sowie für die Abnahme der Validierungsberichte zuständig.

Innerhalb der Postbank besteht ein Risikomanagementsystem, das die Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der mit den einzelnen Geschäftssegmenten verbundenen Risiken sicherstellt. Die entsprechenden Prozesse haben eine permanente Verbesserung der Ertrags-, Kapital- und Risikosteuerung zum Ziel, wobei die stetige Steigerung der Qualität als ressortübergreifende Aufgabe verstanden wird. In diesem Kontext werden die Portfolios im Rahmen der Gesamtbanksteuerung auch Analysen aus Risk/Return-Perspektive unterworfen.

Zentrale Risikoüberwachung und -steuerung

Der Chief Risk Officer (CRO) ist bankweit für die risikoüberwachenden und -steuernden Funktionen zuständig. Er berichtet regelmäßig dem Gesamtvorstand und dem Aufsichtsrat über die Gesamtrisikolage der Postbank.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2012 wurde die Organisationsstruktur des CRO-Bereichs auf Basis von im Jahr 2011 angestoßenen Veränderungen angepasst. Die neue Organisationsstruktur des CRO-Bereichs dient der aktiven risikofunktionstypischen Portfoliosteuerung sowie der Bündelung sämtlicher Kreditentscheidungen. Damit werden in einem „Chief Operating Office“ die Einhaltung der Standards für die Kreditbearbeitung sichergestellt und die zentrale Projekt- und Ressourcensteuerung für den CRO-Bereich umgesetzt. Über die Bereiche „Risikosteuerung“ und „Kreditrisikokontrolling“ wird die Steuerung sämtlicher Risikoarten sichergestellt. Das „Credit Office“ mit den Bereichen „Kreditanalyse“ und „Kreditservice Workout & Collections“ bündelt alle Kreditentscheidungen und gestaltet in enger Zusammenarbeit mit den Vertriebsseinheiten die Umsetzung der Geschäfts- und der Risikostrategie. Nachstehende Übersicht veranschaulicht die Aufgaben der einzelnen Bereiche des CRO.

Bereiche des Risikomanagements und deren Aufgaben	
Bereich	Aufgaben
Chief Operating Office	Management und Reporting Kreditfachliche Regelwerke/Kreditrichtlinien Sicherheitenmanagement
Risiko-steuerung	Gesamtbankrisikosteuerung und -reporting inklusive Risikotragfähigkeit und integrierter Stresstests Definition der Risikostrategie und des Risikoprofils Management und Reporting der Markt-, Liquiditäts-, Geschäfts-, Beteiligungs- und Immobilienrisiken sowie Operationeller Risiken Qualitätssicherung von Marktdaten und Fair Values für Risikosteuerung und Bilanzierung
Kreditrisiko-controlling	Verantwortung für sämtliche Rating- und Scoringverfahren Portfoliomanagement Kreditrisikoreporting Koordination des Risikoversorgeprozesses und der Watchlist Methoden- und Modellhoheit zur Risikoquantifizierung, bezogen auf alle Risikoarten
Kreditanalyse	Kreditgenehmigung, Betreuung und Kreditüberwachung für Banken, Staaten, Unternehmen und Immobilienfinanzierungen
Kreditservice Workout & Collections	Problemkreditbearbeitung Abwicklung der Kreditbeziehung Beitreibung Sicherheitenverwertung Erhöhung der Recovery Rate

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems der Postbank. Sie ist organisatorisch dem Vorstand Ressourcen unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Die Qualifikation der Mitarbeiter im Risikomanagement wird durch fortlaufende Schulungsmaßnahmen sichergestellt. Im Rahmen des zentralen Qualifizierungsangebots der Postbank werden daher auch Veranstaltungen durchgeführt, die sich ausschließlich mit Aspekten des Risikomanagements (insbesondere mit dem Kreditrisiko) befassen.

Operative Risikosteuerung

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist bei der Postbank auf mehrere zentrale Einheiten verteilt. Dazu gehören in erster Linie das Ressort Financial Markets, die Kreditbereiche Unternehmensfinanzierungen, Gewerbliche Immobilien und Banken & Kapitalmärkte sowie die Kreditfunktionen des Privatkundengeschäfts.

Das Ressort Financial Markets ist aufgliedert in den Bereich Treasury und das Chief Operating Office Financial Markets. Im Bereich Treasury erfolgt die operative Steuerung der Marktrisiken. Darüber hinaus steuert Treasury operativ das Liquiditätsrisiko mit dem Fokus auf Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit im Sinne des „Lender of Last Resort“. Das Chief Operating Office Financial Markets ist für das Management des Portfolios der strukturierten Kredite (SCP) der Bank verantwortlich.

Die Entwicklung, Validierung und Kalibrierung der Ratingmodelle erfolgt in der Abteilung Risikomodelle, während die Limitüberwachungs-, die Reporting- und die Steuerungsfunktion der Kreditrisiken in der Abteilung Kreditrisikomanagement wahrgenommen werden. Die Abteilung Risikostandards erlässt die grundlegenden Regelungen für den Umgang mit Adressrisikopositionen.

Für die operative Steuerung der Operationellen Risiken existiert je Bereich eine zweistufige Organisationsstruktur mit dezentralen OpRisk-Managern. Die zentrale Koordinations- und Reportingfunktion wird durch das OpRisk-Controlling wahrgenommen. Die Verantwortung für die Identifizierung und Steuerung der Rechtsrisiken trägt vorrangig der Bereich Recht der Postbank.

Das Beteiligungsrisiko wird operativ durch die Einbindung in die Risikosteuerungs- und die dazugehörigen Komiteestrukturen sowie durch das Beteiligungsmanagement u. a. im Rahmen der Organbetreuung im Sinne der Beteiligungsstrategie gesteuert. Auf die Geschäfts- und die Risikopolitik der Beteiligungsunternehmen nimmt die Bank insbesondere durch die Vertretung in den Eigentümer- und Aufsichtsgremien, in der Regel durch Vorstandsmitglieder, Einfluss.

Die laufende Überwachung und Steuerung der Risiken aus Immobilienbesitz wird bei der Postbank einheitlich durch die im Bereich „Immobilien, Support, Sicherheit“ des Ressorts Ressourcen der Postbank angesiedelte Abteilung Immobilienmanagement wahrgenommen.

Die zentrale Analyse- und Reportingfunktion für Spar- und Girorisiken sowie residuale Geschäftsrisiken nimmt die Abteilung Marktrisikomanagement wahr, die Verantwortung dieser Geschäftsrisiken verbleibt in den Marktbereichen.

Jedes Ressort ist operativ dafür verantwortlich, seine im Rahmen der Geschäftsstrategie definierten Ziele zu erreichen bzw. die definierten Rahmenbedingungen einzuhalten, und trägt somit zur operativen Steuerung des Geschäftsrisikos bei.

Übergreifendes Risikomanagement

Risikotragfähigkeit

Die Postbank ist in das Risikotragfähigkeitskonzept der Postbank Gruppe sowohl aus einer Liquidationsperspektive (ökonomischer Gläubigerschutz) als auch aus einer Going-Concern-Perspektive (regulatorischer Going-Concern-Ansatz) einbezogen. Die Bank sieht ihre Risikotragfähigkeit als gegeben an, wenn die Risikodeckungsmasse größer als das zugewiesene Risikokapital und größer als das momentane Gesamtrisiko (VaR) ist.

Unter dem Blickwinkel des ökonomischen Gläubigerschutzes wird das Risikopotenzial zu einem Konfidenzniveau von 99,93 % berechnet. Die Risikodeckungsmasse stellt hierbei den sogenannten ökonomischen Substanzwert dar und dient vor allem dem Schutz erstrangiger Verbindlichkeiten in einem Liquidationsszenario.

Bei der Betrachtung unter dem Aspekt des regulatorischen Going-Concern-Ansatzes wird die Differenz zwischen dem regulatorischen Kernkapital und einem dem Risikoappetit der Postbank Gruppe entsprechenden mindestens erforderlichen Kernkapital berechnet. Das so ermittelte freie Kernkapital und die geplanten Erträge stellen die Risiko-

deckungsmasse dar. Das Risikopotenzial in dieser Perspektive wird dabei zu einem Konfidenzniveau von 95 % ermittelt.

Risikokapital und Limitierung

Das aus der Risikodeckungsmasse auf die jeweiligen Einheiten und Risikoarten allokierte Kapital wird als Risikokapital bezeichnet. Die Risikokapitalallokation wird mindestens quartalsweise vom Gesamtvorstand bzw. vom BRK überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die weitere Verteilung des den einzelnen Risikoarten zugeordneten Risikokapitals sowie, falls erforderlich, eine Adjustierung der Einzellimite der Risikoarten erfolgen durch die Risikokomitees.

Für die im Kapitel „Arten von Risiken“ aufgeführten Risikoarten wird mit Ausnahme des Liquiditätsrisikos ökonomisches Kapital bereitgestellt. Zur Absicherung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos hält die Postbank einen Liquiditätspuffer aus hochliquiden und liquiden Vermögensgegenständen für eine zweimonatige Survival Period im Stressszenario gemäß MaRisk vor. Das Immobilien- und das Beteiligungsrisiko werden als nicht wesentlich betrachtet.

Bei der Risikokapitalallokation werden mögliche Schwankungen der Risikodeckungsmasse durch den Einfluss der Ertragslage und sonstiger Effekte auf die Eigenkapitalbestandteile sowie risikoartenübergreifende Stressszenarien berücksichtigt. Hierfür wird ein Puffer gebildet, indem nur ein Teil der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse tatsächlich als Limite für die einzelnen Risikoarten allokiert wird. Für die Ermittlung des Gesamtrisikokapitalbedarfs werden Diversifikationseffekte auf Basis von Korrelationen zwischen den Risikoarten auf Basis von Postbank spezifischen Daten konservativ ermittelt, die das bereitgestellte Risikokapital entsprechend reduzieren. Geschäftsmodell-spezifische Risiken (Operationelle Risiken, Spar- und Girorisiken sowie residuale Geschäftsrisiken) tragen hierbei in besonderem Maße zum Diversifikationseffekt bei. Markt-, Kredit-, Immobilien- und Beteiligungsrisiken weisen in der Regel mittlere Diversifikationseffekte auf.

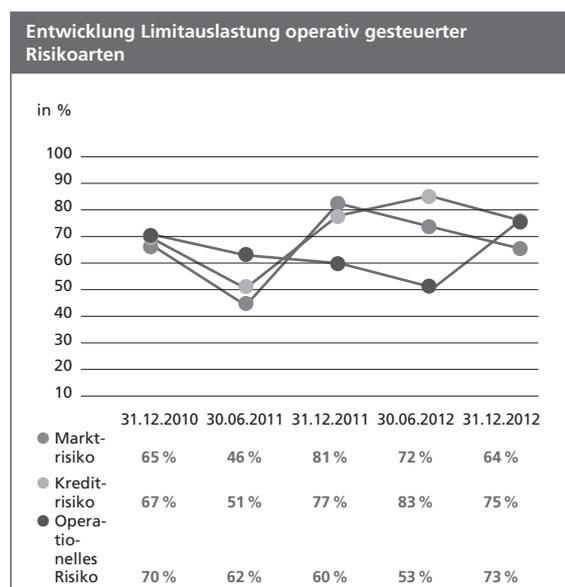
Neben der Limitierung der Risikopositionen für die einzelnen Risikoarten auf Basis des allokierten Risikokapitals kommen Produkt-, Volumen- und Sensitivitätslimite zum Einsatz, um über die eigentlichen Risikopositionen hinaus auch Risikokonzentrationen in Einzelpositionen oder Risikoarten zu beschränken.

Bei den Marktrisiken erfolgt die Steuerung über die Zuteilung von VaR- und Verlustlimiten für die jeweiligen Portfolios. Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt für Forderungen gegenüber Banken, Unternehmen und Staaten (Zentral-, Regionalregierungen und Kommunen) im Wesentlichen durch Limitierung auf Portfolioebene sowie durch Vorgabe eines Zielportfolios. Das Volumen des Mengengeschäfts wird durch Soll-Ist-Vergleiche mit den Planvorgaben gesteuert. Für Operationelle Risiken werden Limite und Warnschwellen je Segment festgelegt. Die weiteren Risikoarten werden nicht durch operative Limite gesteuert. Das allokierte Risikokapital stellt den konservativ ermittelten zukünftigen Kapitalbedarf dar.

Die Postbank verfolgt das Ziel, durch ein aktiveres Limitmanagement die Steuerungswirkung auf die Risiken zu verbessern, weshalb generell mit höheren Auslastungen der Limite zu rechnen ist. Im Rahmen des fortgeführten Abbaus von Risikopositionen hat die Postbank 2012 begonnen, ihr genehmigtes Risikokapital zu reduzieren. Gesenkt werden konnte das genehmigte Risikokapital insbesondere für die Risikoarten Kreditrisiko, Marktrisiko und in kleinerem Umfang auch für das Operationelle Risiko.

Die Risikotragfähigkeit wird auf Ebene der Postbank Gruppe berechnet. Die Risikotragfähigkeit der Postbank Gruppe war jederzeit gegeben. Die für die operativ limitierten Risikoarten zugeteilten Limite wurden sowohl auf Ebene der Postbank Gruppe als auch für die Deutsche Postbank AG jederzeit eingehalten.

Nachstehende Grafik veranschaulicht für die Postbank Gruppe die Entwicklung der Limitauslastung operativ gesteuerter Risikoarten im Zeitablauf:



Risikokonzentrationen und Stresstesting
Konzentrationen bei Kredit-, Liquiditäts-, Markt- und sonstigen Risiken werden u. a. über Sensitivitätsanalysen und Stresstests identifiziert und überwacht und über Risikofaktor- oder Gap-Limite (im Bereich Zins- und Spread-Risiken) begrenzt. Sensitivitätsanalysen und Stressszenarien beschreiben hierbei hypothetische zukünftige Entwicklungen der jeweiligen Portfolios, Wert- und Risikotreiber. Über alle Risikoarten hinweg werden daher makroökonomische Szenarien hinsichtlich Inflation, Stagflation, Rezession sowie weitere hypothetische oder historische Szenarien berechnet.

Das Management der Konzentrationsrisiken erfolgt im Rahmen der Steuerung (z. B. über Hedging-Maßnahmen). Hinsichtlich ihres Spread-Risikos sind hierbei insbesondere die Bestände in europäischen Staats-, Länder- und Bankenanleihen relevant.

Im Rahmen des Kreditportfoliomanagements werden systematisch Risikokonzentrationen auf der Ebene von Kreditnehmereinheiten sowie auf sektoraler Ebene (Branchen, Regionen, Sicherheitenkategorien etc.) identifiziert, reportet und über einen geregelten Prozess unter Berücksichtigung von Risikotragfähigkeit und Risikorendite begrenzt. Leitplanken zur verbesserten Steuerung der Risikokonzentration sind in den Organisationsanweisungen verankert. Im Mittelpunkt stehen hierbei die identifizierten Sektoren gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken sowie Staaten, für die – über die gültige Limitmatrix für Firmenkunden hinaus – weitergehende Regelungen bestehen. Durch die segment-spezifischen Risk Assessment Reports und die steuerungsrelevanten Risikozirkel werden Risikokonzentrationen zeitnah eng überwacht.

Im Segment Financial Markets wird neben einer Reduktion des Staatsanleihen-Portfolios vor allem im Banken-Portfolio weiterhin aktives De-Risking u. a. zur Reduzierung von Konzentrationsrisiken betrieben. Dabei wurde gezielt der Abbau des Exposure in den GIIPS-Staaten vorangetrieben.

Für das Commercial-Real-Estate-Portfolio wird eine Strategie zur Vermeidung von regionalen Einzelkonzentrationsrisiken in den USA und in Großbritannien verfolgt.

Aktuell sind auf Basis des ökonomischen Kapitals Risikokonzentrationen insbesondere im Bereich des Staaten-Exposure sowie im Portfolio der strukturierten Kredite erkennbar. Die monatliche Berichterstattung zum ökonomischen Kapitalbedarf aus Kreditrisiken und Risikokonzentrationen ist wesentlicher Bestandteil des Kreditrisikoreports der Postbank.

Die Postbank unterliegt aufgrund ihres Geschäftsmodells, d. h. als überwiegend im deutschen Markt tätige Retail-Bank, zudem Ertragsrisiken in der Form, dass die aus Kundengeschäften erwirtschafteten Erträge geringer als geplant ausfallen können. Die Überwachung solcher Ertragsrisiken erfolgt im Planungsprozess unter Einbindung des Bereichs Controlling. Hierbei werden Ertragsrisikokonzentrationen anhand von Sensitivitätsanalysen und statistischen Methoden überwacht und durch entsprechende Maßnahmen gesteuert.

Zur Gewährleistung einer gesamthaften Risikobeurteilung werden zumindest die wesentlichen operativ limitierten Risikoarten (Kredit-, Markt- Geschäfts- und Operationelle Risiken) im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung regelmäßig den definierten Szenarioanalysen und Stresstests unterzogen. Neben den risikoartenübergreifenden Gesamtbankstresstests werden auch inverse Stresstests und risikoartenspezifische Stresstests durchgeführt. Die Stresstests werden in Abhängigkeit von der Marktentwicklung und basierend auf dem Risikoprofil der Postbank stetig und dynamisch weiterentwickelt.

Neue-Produkte-Prozess

Die Risikofaktoren neuer Produkte und Produktmodifikationen werden über einen Prozess Neue Produkte/Neue Märkte (NPNM) systematisch MaRisk-konform identifiziert, in einer Produktdatenbank dokumentiert und ihren Risiken entsprechend in die Risikomessung und -überwachung der Postbank eingebunden.

Risikoreporting

Das Risikoreporting in der Postbank beleuchtet die Risikotragfähigkeit und die Risikoauslastung in den einzelnen Risikoarten und umfasst eine Vielzahl regelmäßiger und spezieller Berichte. Über das reguläre Managementreporting hinaus existieren Regeln für ein nach Risikoarten differenziertes Ad-hoc-Frühwarnreporting. Die Adressaten werden somit zeitnah über Veränderungen von relevanten Einflussfaktoren informiert. Die nachfolgende Tabelle stellt, gegliedert nach den einzelnen Risikoarten, den Inhalt der wesentlichen Berichte, deren Publikationsturnus und deren Empfängerkreis dar.

Konzernweites Reporting			
Thema	Berichtsinhalte	Turnus	Adressat
Risikoarten-übergreifend	Risikotragfähigkeit, Einzelrisiken, Konzentrationsrisiken, Stresstestergebnisse	quartalsweise	Aufsichtsrat, Gesamtvorstand, Bankrisikokomitee
Markt Risiken	Risikokennzahlen, Limitauslastungen, Umsätze, barwertige Ergebnisentwicklung	täglich	Gesamtvorstand, operative Markteinheiten
	Marktentwicklung, Entwicklung der Markt Risiken, Ergebnisse und Risikokennzahlen, Stresstest- und Szenarioanalysen, Risikokonzentrationen, Ergebnisse Backtesting	monatlich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten, Aufsicht
	Risikokennzahlen, Limitauslastungen, barwertige Ergebnisentwicklung, Stresstest- und Backtestingergebnisse, Risikokonzentrationen	monatlich	Markttrisikokomitee
	Risikokennzahlen, barwertige Ergebnisentwicklung, Stresstestergebnisse	quartalsweise	Gesamtvorstand, Bankrisikokomitee, Aufsichtsrat
Kreditrisiken	Adresslimitüberwachung	täglich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
	Portfolioentwicklung/-früherkennung, spezifische Portfolioanalysen, Key Performance Indicators, Ratingverteilungen, Länderrisiko inklusive GLIPS-Reporting, Limitauslastungen inklusive EC/RTF-Entwicklung, Risikovorvorsorgeentwicklung inklusive Plan-Ist-Abgleich, Problemkredite/ Watch-List, Risikokonzentrationen, RWA-Entwicklung, EL-Entwicklung, Ergebnisse aus Szenarioanalysen/Stresstests, MaRisk-Pflichtangaben	quartalsweise	Gesamtvorstand, Kreditausschuss, Bankrisikokomitee, Kreditrisikokomitee
Liquiditätsrisiken	Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen	täglich	Gesamtvorstand, Markttrisikokomitee, Financial Markets
	Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen, Ergebnisse der Szenarioanalysen/Stresstests	wöchentlich	Bankrisikokomitee operative Markteinheiten
	Liquiditätsstatus, Stresstest, Liquiditätsreserve, Fundingstruktur	monatlich	Gesamtvorstand, Markttrisikokomitee, Aufsicht
Operationelle Risiken	Aufgetretene Schadenfälle	wöchentlich	Fraud-Gremium, OpRisk-Komitee
	Schadenfälle (Indikatoren), Einhaltung von Warnschwellen, Frequenzschäden, Auslastung der VaR-Limite, Ergebnisse aus den Szenarioanalysen und Self-Assessment	monatlich	Gesamtvorstand, OpRisk-Komitee
Geschäftsrisiken	Volumenentwicklung Kundenprodukte	täglich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
	Risikokennzahlen, Stresstestergebnisse	monatlich	Gesamtvorstand, Markttrisikokomitee

Die übrigen Risikoarten – Beteiligungsrisiken und Immobilienrisiken – werden im Rahmen der Berichterstattung zu den Gesamtbankrisiken entsprechend als Einzelrisiken berichtet.

Risikoartenunabhängig besteht eine Ad-hoc-Eskalationspflicht für alle entscheidungsrelevanten Ereignisse und Entwicklungen.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Eigenmittelausstattung

Die Postbank nutzt für die Kalkulation der Eigenmittelanforderungen den IRB-Basis-Ansatz sowie den IRB-Ansatz für das Mengengeschäft auf Basis der Vorgaben von Basel II.

Für die folgenden Portfolios – gegliedert nach Forderungsklassen gemäß Solvabilitätsverordnung (SolvV) – hat die Postbank per Stichtag 31. Dezember 2012 die aufsichtsrechtliche Eigenmittelunterlegung nach den Regelungen der internen Ratingansätze kalkuliert: Zentralregierungen (Staaten), Institute (Banken), Unternehmen (Firmenkunden Inland, Firmenkunden Ausland, Gewerbliche Finanzierungen Inland, Gewerbliche Finanzierungen Ausland, Angekaufte Forderungen Unternehmen, Versicherungsgesellschaften), Mengengeschäft (Baufinanzierungen Deutsche Postbank AG, Ratenkredite, Girokredite für wirtschaftlich Selbstständige und Geschäftskunden, Angekaufte Forderungen Retail), Beteiligungen (soweit nicht nach § 338 Abs. 4 SolvV ausgenommen), Verbriefungen und sonstige kreditunabhängige Aktiva.

Für die nicht nach den IRB-Ansätzen kalkulierten Restportfolios wendet die Postbank den Kreditrisiko-Standardansatz an. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um folgende Portfolios: Kontokorrentkredite und Beitreibungsgeschäft im Privatkundensegment, Geschäfte aus auslaufenden Geschäftsbereichen und Forderungen gegenüber Geschäftspartnern aus dem öffentlichen Sektor des europäischen Wirtschaftsraums.

Die Postbank hat sich in entsprechenden Umsetzungsprojekten auf eine zukünftige Anwendung des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes zur Ermittlung der Eigenmittelanforderungen für Adressenausfallrisiken unter Verwendung selbst geschätzter Verlustquoten auch für die Nicht-Mengengeschäft-Portfolios vorbereitet. Die Anwendung des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes und die damit erwartete Entlastung sowohl bei den risikogewichteten Aktiva als auch bei der Eigenkapitalquote werden für das erste Halbjahr 2013 angestrebt, vorbehaltlich der entsprechenden Zulassung durch die Aufsichtsbehörden.

Die Berechnung der Eigenmittelanforderungen für die Marktrisiken erfolgt bei der Postbank derzeit nach den aufsichtsrechtlichen Standardmethoden. Für die Berechnung der Eigenmittelanforderungen für Operationelle Risiken nutzt die Postbank auf Ebene des Konzerns einen fortgeschrittenen Messansatz (Advanced Measurement Approach – AMA). Für die Deutsche Postbank AG wird der Anrechnungsbetrag weiterhin auf Basis des Standardansatzes kalkuliert.

Liquiditätsanforderungen

Die Postbank erfüllt die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquidität gemäß § 11 KWG in Verbindung mit der am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Liquiditätsverordnung (LiqV). Die Postbank kalkuliert die Liquiditätskennzahlen auf Basis der aufsichtsrechtlichen Standardmethode gemäß §§ 2 bis 7 LiqV. Die Prozesse zur bankweiten Identifikation, Messung, Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken orientieren sich an den in den „Principles for Sound Liquidity Risk Management and Supervision“ formulierten Anforderungen.

Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)

Die Anforderungen aus der Neufassung der MaRisk vom 14. Dezember 2012 werden – entsprechend den regulatorisch vorgegebenen Umsetzungs- und Übergangsfristen – schrittweise im Rahmen eines 2012 aufgesetzten Projekts umgesetzt. Geplante Schwerpunkte der Umsetzung im Jahr 2013 sind insbesondere die neuen Anforderungen zur Compliance-Funktion, zur Risk Governance sowie Aspekte der Kapitalplanung und des Liquiditätsrisikomanagements.

Überwachung und Steuerung von Marktrisiken

Zur Steuerung ihrer Marktrisiken bedient sich die Postbank einer Kombination aus Risikokennzahlen, Ergebnisgrößen und sonstigen Kennzahlen. Die Wertveränderungen der mit Marktrisiken behafteten Positionen werden aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet. Bei inaktiven Marktsegmenten wird im Rahmen eines gesonderten Prozesses regelmäßig überprüft, inwieweit die verfügbaren Marktdaten noch adäquate Bewertungen ermöglichen. Für definierte Bestände werden deshalb aus Bewertungsmodellen abgeleitete Kurse verwendet. Die Ergebnissteuerung der Marktrisikopositionen erfolgt primär mit einem barwertigen Fokus. Sämtliche Marktrisiken werden auf Value-at-Risk-Basis gemessen. Risiken aus möglichen Spread-Veränderungen sind in der Risikomessung berücksichtigt. Als weitere Steuerungskennzahlen werden Sensitivitätsmaße und Fristigkeitenstrukturen herangezogen.

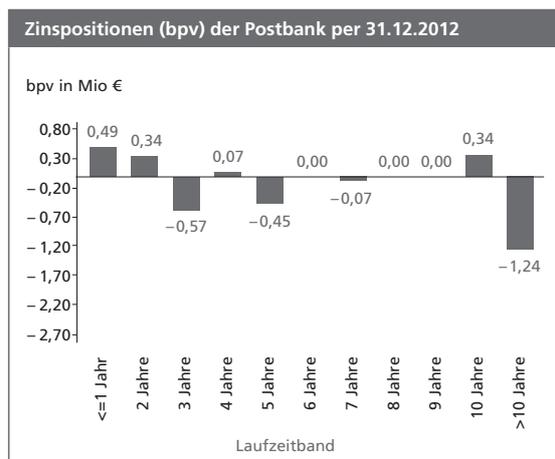
Die vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise 2008 eingeleitete De-Risking-Strategie wurde auch im Jahr 2012 planmäßig fortgeführt. Die Postbank baut den Bestand an Finanzanlagen im Wesentlichen durch Fälligkeiten und Verkäufe ab. Das Risiko aus Aktienbeständen ist unverändert vernachlässigbar.

Um der relativen Bedeutung der Marktrisiken für die Postbank gerecht zu werden, sind für die kritischen Steuerungsgrößen sowie für exogene Ereignisse Eskalationsmechanismen definiert, die eine zeitnahe Reaktion bei Limitannäherungen, bei Limitüberschreitungen oder im Falle von – für die Postbank relevanten – extremen Marktbewegungen ermöglichen.

Risikosteuerung von Zinsänderungsrisiken

Zinsänderungsrisiken ergeben sich, wenn die zinsensitiven Aktiva und Passiva in den einzelnen Laufzeitbändern voneinander abweichende Beträge und Zinssätze aufweisen. Zur Quantifizierung der Zinsänderungsrisiken werden für die Kundengeschäfte mit wesentlichen impliziten Optionen spezielle Verhaltensannahmen auf der Basis von in der Vergangenheit beobachteten Verhaltensmustern getroffen. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die variabel verzinslichen Kundeneinlagen. Spezielle Abbildungsregeln und Bodensatzdefinitionen ergänzen das Konzept zur Risikoüberwachung und -steuerung. Die dazu verwendeten Modellierungsmethoden werden laufend überprüft und weiter verfeinert. Das Verhalten von Anlegern bei unbefristeten Einlagen wird gemäß den internen Modellen und Verfahren zur Steuerung und Überwachung der Zinsänderungsrisiken modelliert. Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, werden nicht in die Ermittlung der Zinsänderungsrisiken einbezogen.

Die Analyse der Zinsrisiken ist integraler Bestandteil der täglichen Marktrisikomesung im Handels- und im Anlagebuch. Die nachstehende Grafik zeigt das Profil der offenen Zinspositionen der Postbank zum 31. Dezember 2012 in Form einer Basis-point-value (bpv)-Darstellung.



Value-at-Risk-Messung, Limitierung und Backtesting

Die Quantifizierung und Überwachung der eingegangenen Marktrisiken erfolgt bei der Postbank auf Basis des Value-at-Risk (VaR)-Konzepts. Der VaR eines Portfolios bestimmt die potenzielle negative Marktwertveränderung, die in einem bestimmten Zeitraum mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit in dem betreffenden Portfolio nicht überschritten wird. Die Berechnung wird auf alle mit Marktrisiken behafteten Positionen des Handelsbuchs und des Anlagebuchs konsistent und ohne Berücksichtigung ihres jeweiligen bilanziellen Ausweises angewandt.

Die Ermittlung des VaR erfolgt auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation. Bei der operativen Steuerung werden ein Konfidenzniveau von 99 % und eine Haltedauer von 10 Tagen (Anlagebuch) bzw. 1 Tag (Handelsbuch) zugrunde gelegt. Als maßgebliche Risikofaktoren werden bei der VaR-Berechnung Zins- und Spread-Kurven, Aktienkurse, Wechselkurse sowie Volatilitäten berücksichtigt. Im Jahr 2012 wurde das

Marktrisikomodell dahingehend überarbeitet, dass nun auch wesentliche spezifische Credit-Spread-Risiken im Marktrisiko-VaR berücksichtigt werden.

Korrelationseffekte zwischen den Risikofaktoren leiten sich aus historischen Beobachtungswerten ab. Neben dem Gesamt-VaR, der sämtliche Korrelationseffekte der Risikofaktoren berücksichtigt, werden auch VaR-Beiträge für die wesentlichen Unterarten des Marktrisikos (Zins-, Spread-, Aktien- und Währungsrisiken) täglich ermittelt und analysiert.

Die Marktrisiken werden durch ein System risikobegrenzender Limite gesteuert. Das Gesamtrisikokapital für Marktrisiken wird vom Bankrisikokomitee beschlossen und vom Marktrisikokomitee in Form von operativen Sublimiten den einzelnen Einheiten bzw. Portfolios zugeteilt. Neben Limiten, bezogen auf den Gesamt-VaR sowie die wesentlichen Unterarten des Marktrisikos, werden Verlustlimite für potenzielle Marktwertverluste in einzelnen Portfolios allokiert. Die Risikomessung und -überwachung erfolgt auf End-of-Day-Basis, für die Handelsportfolios besteht zusätzlich eine Intraday-Überwachung des Marktrisikos. Die Limite werden ergebnisabhängig dynamisiert; über das Verlustlimit hinausgehende aufgelaufene Verluste reduzieren das Limit, aufgelaufene Gewinne füllen es wieder bis maximal auf das ursprünglich festgelegte Niveau auf. Im Jahr 2012 führte der Prozess der Limitdynamisierung aufgrund aufgetretener Marktwertverluste und steigender VaR-Werte auf Subportfolioebene tageweise zur Überschreitung von Warngrenzen.

Neben den VaR-Limiten sind vom Marktrisikokomitee Sensitivitätslimite festgelegt worden, die die Credit-Spread- und die Zins-Sensitivitäten in den verschiedenen Segmenten, Portfolios und Laufzeiten begrenzen.

Die zur Berechnung des VaR angewandten Verfahren werden regelmäßig validiert und im Hinblick auf ihre Zuverlässigkeit überprüft. Dabei wird die Prognosegenauigkeit des berechneten VaR u. a. durch Vergleich mit den eingetretenen Gewinnen und Verlusten infolge tatsächlicher Marktwertveränderungen, aber unverändertem Bestand, überprüft (Clean Mark-to-Market Backtesting). Per Ultimo 2012 zeigt das Backtesting (einseitiger Binomialtest gemäß Baseler Ampel-Ansatz) im Rahmen der statistisch zu erwartenden Bandbreiten liegende Ergebnisse (Ampelfarbe Grün) und bestätigt damit die grundsätzliche Angemessenheit des verwendeten VaR-Verfahrens.

Stresstesting

Zusätzlich zu den VaR-Berechnungen werden zur besonderen Analyse der Auswirkungen extremer Marktbewegungen sowie zur Identifikation von Risikokonzentrationen in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen und Stresstests durchgeführt. Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen auf die entsprechenden Positionen der Postbank. Die Szenarioanalysen und Stresstests werden für alle wesentlichen Risikofaktoren durchgeführt. Die den Stresstests zugrunde liegenden Annahmen unterliegen einer laufenden Validierung.

Auch im Berichtsjahr wurden die Szenarioannahmen und die Stressparameter regelmäßig überprüft, und darüber hinaus wurde das Spektrum der durchgeführten Stresstests erweitert. Die Stresstests umfassen sowohl aus historisch beobachteten Risikofaktoränderungen abgeleitete Szenarien als auch hypothetische Extremszenarien. Der Gesamtvorstand, die Mitglieder des BRK und des MRK sowie der Aufsichtsrat werden über die wesentlichen Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert. Die im Jahr 2012 durchgeführten Szenarioanalysen zeigen, dass die Risikotragfähigkeit der Postbank auch bei einer neuerlichen Verschärfung der Marktsituation gewährleistet wäre. Bei den regelmäßig durchgeführten internen Stresstests für Marktrisiken zeigen sich die größten Anfälligkeiten weiterhin im Zins- und im Spread-Bereich. Demgegenüber sind die Sensitivitäten gegenüber Aktienkurs-, Währungskurs- und Volatilitätsveränderungen deutlich geringer. Die hierbei angewendeten Stressparameter werden regelmäßig auf Angemessenheit geprüft.

Der Maßgabe, Risikokonzentrationen zu berücksichtigen, wird in der Marktrisikomessung gesondert Rechnung getragen. Hierzu werden regelmäßig die Auswirkungen assetklassen-, rating- oder währungsspezifischer Stresstests analysiert und mithilfe von Sensitivitätsanalysen vorhandene Risikokonzentrationen identifiziert. Instrumente hierfür sind Zinsgapstruktur-Analysen, nach Emittenten, Assetklassen und Bonitäten differenzierte Analysen von Credit-Spread-Sensitivitäten sowie Analysen der Aktien- und der Fremdwährungspositionen der Bank.

Marktgerechte Bedingungen

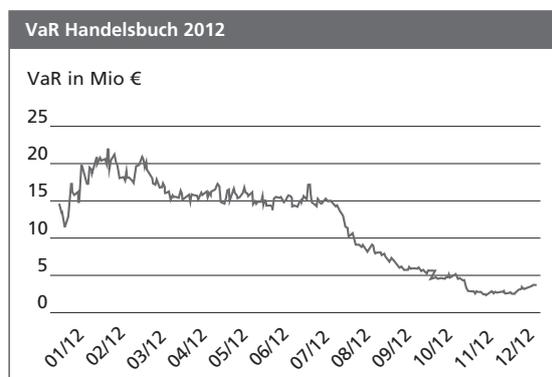
Neben der Überwachung der Marktrisiken führt die Postbank auch eine Prüfung der im eigenen Namen für eigene Rechnung abgeschlossenen Handelsgeschäfte auf marktgerechte Preise (Marktgerechtheitskontrolle) durch. Die Überwachung erfolgt durch vom Handel unabhängige interne Kontrollstellen.

Risikokennzahlen

Für das Handelsbuch der Postbank wurden für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012 (sowie für das Vergleichsjahr 2011) folgende VaR-Werte (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) ermittelt:

Value-at-Risk-Handelsbuch	2012 Mio €	2011 Mio €
VaR am Jahresultimo	4,0	12,4
Minimaler VaR	2,8	3,4
Maximaler VaR	20,8	25,8
VaR im Jahresdurchschnitt	11,7	10,1

Die Entwicklung des VaR für das Handelsbuch ist der folgenden Grafik zu entnehmen.



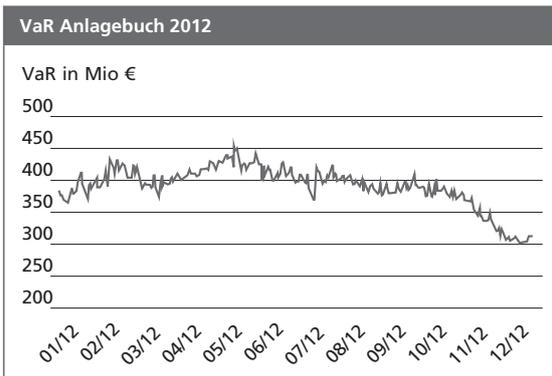
Im Verlauf des VaR für das Handelsbuch spiegelt sich die veränderte Handelsstrategie der Postbank wider, die eine deutliche Reduktion der Handelsaktivitäten und einen Abbau der Risikopositionen vorsieht. Zum 31. Dezember 2012 lag der VaR des gesamten Handelsbuchs nur noch bei 4,0 Mio € (zum Vergleich: 12,4 Mio € per 31. Dezember 2011).

Die VaR-Limitauslastung wird laufend überwacht, die Limite wurden jederzeit auch auf Subportfolioebene eingehalten.

Für das Anlagebuch, auf das der weitaus größte Teil der Marktrisiken entfällt, betrug der VaR (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) zum 31. Dezember 2012 311,3 Mio € (zum Vergleich: 393,9 Mio € per 31. Dezember 2011).

Value-at-Risk-Anlagebuch	2012 Mio €	2011 Mio €
VaR am Jahresultimo	311,3	393,9
Minimaler VaR	299,9	227,1
Maximaler VaR	463,4	404,3
VaR im Jahresdurchschnitt	397,4	321,4

In die Berechnung werden alle wesentlichen marktrisikotragenden Bestände des Anlagebuchs einbezogen. Bedingt durch die Geschäftsstrategie der Postbank, wird die Höhe der Marktrisiken im Anlagebuch im Wesentlichen durch Zins- und Spread-Risiken determiniert. Fremdwährungsrisiken haben eher eine untergeordnete Bedeutung. Die aus Fremdwährungspositionen resultierenden barwertigen Risiken sind Bestandteil der täglichen Marktrisikomessung und -berichterstattung. In der Steuerung liegt der Fokus zum einen auf der barwertigen Betrachtung und zum anderen auf der Minimierung möglicher GuV-Risiken aus Fremdwährungspositionen. Aktienrisiken, die u. a. auch aus der Steuerung der Risiken aus Kundenprodukten resultieren, sind gering.



Die seit dem zweiten Halbjahr 2011 beobachtete Erhöhung des VaR im Anlagebuch der Postbank – verursacht durch einen sprunghaften Anstieg der Spread-Volatilitäten europäischer Sovereigns und Banken als Folge der eskalierenden Staatsschuldenkrise – setzte sich nach einer kurzfristigen Beruhigung zunächst auch im zweiten Quartal 2012 fort. Ab Mitte des Berichtsjahres sank der VaR im Anlagebuch jedoch wieder sukzessive, verbunden mit einer deutlichen Einengung der relevanten Credit-Spreads. Zum Jahresende 2012 lag das Marktrisiko deutlich unter dem Niveau des Vorjahresresultimos.

Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken

Die Postbank orientiert sich in der Gesamtzusammensetzung des Kreditportfolios mit den Schwerpunkten Firmenkunden inklusive gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken, Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen) und Retail sowie den damit einhergehenden Risikokonzentrationen an einem Zielfortfolio. Dieses Zielfortfolio wurde nach der Maßgabe eines ausgewogenen Verhältnisses von Rendite und Risiko aufgestellt. Auf dessen Basis werden die Ratingklassen-, Branchen- und Regionenverteilungen strukturiert. Quartalsweise erfolgt ein Abgleich des aktuellen Forderungsportfolios mit dem Zielfortfolio. Zum 31. Dezember 2012 wurde die Portfoliostruktur um das Segment Non Core Operating Unit erweitert. Für das Firmenkundengeschäft erfolgt zusätzlich eine einzelbezogene Rentabilitätsbetrachtung mittels des Return-on-Equity, des Verhältnisses von risikoadjustierter Nettomarge zu gebundenem Eigenkapital. Das Privatkundengeschäft ist aufgrund der ausgeprägten Risikodiversifikation im Rahmen der Definition des Zielfortfolios nicht grundsätzlich limitiert, sondern wird über die Nettomargenerwartungen nach Abzug des erwarteten Risikos gesteuert.

Das Management und die Überwachung des Adressenausfallrisikos und damit die Umsetzung der Kreditrisikostategie finden zum einen auf Basis des Einzelrisikos und zum anderen auf Portfolioebene statt.

Steuerung der Einzelrisiken

Kreditgenehmigungsverfahren

Die Kreditrichtlinien der Postbank enthalten detaillierte Vorgaben für alle Kreditgeschäfte. Kreditgenehmigungen unterliegen einer festgelegten Kompetenzordnung, in deren Rahmen Entscheidungsträger oder -gremien zum Abschluss von Kreditgeschäften autorisiert sind. Die Kreditkompetenzen werden anhand festgelegter Höchstkreditgrenzen pro Gruppe verbundener Kunden (vgl. § 19 Abs. 2 KWG) in

Abhängigkeit von der Bonitätseinstufung (Rating) und der Höhe bei Firmenkunden und Geschäften im Geschäftsbereich Financial Markets definiert. Ein wesentliches Merkmal des Kreditgenehmigungsverfahrens ist die Trennung zwischen Markt (Vertrieb/Handel) und Marktfolge, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk). Eine bankaufsichtsrechtlich zulässige Ausnahme von der strengen Funktionstrennung bildet das standardisierte Kreditvergabeverfahren im nicht risikorelevanten Geschäft, worunter die Postbank private Wohnungsbaufinanzierungen bis 1 Mio €, andere Retail-Kreditprodukte sowie im Geschäftsbereich Firmenkunden Kredite bis 750 T€ versteht, für die vereinfachte und standardisierte Verfahren Anwendung finden.

Scoring und Rating

Die Postbank verfügt über interne Ratingsysteme, die zur Nutzung des IRB-Ansatzes nach Basel II bzw. gemäß Solvabilitätsverordnung zugelassen sind. Neben methodischen und prozessual-organisatorischen Anforderungen haben diese Ratingsysteme ihre Eignung bei der Klassifizierung des Bestands- bzw. des Neugeschäfts bewiesen. Unabhängig von der Größe und der Art des Kreditgeschäfts wird im Kreditgenehmigungsverfahren sowie mindestens jährlich und anlassbezogen ein individuelles Rating oder Scoring durchgeführt.

Die Verantwortung für die Konzeption, die methodische Überwachung, die Kalibrierung, die Validierung aller eingesetzten und die Implementierung der in internen Datenverarbeitungen umgesetzten internen Ratingverfahren obliegt der Abteilung Kreditrisikocontrolling Risikomodelle. Ein für die Prozessunterstützung eingerichtetes Modell- und Validierungskomitee (MVK) stellt – gemeinsam mit dem ihm untergeordneten Model-Change-Policy-Komitee (MCPK) – auch die Einbindung der Ergebnisse aus der Überwachung der internen Ratingverfahren in das interne Berichtswesen und die Steuerungsprozesse der Bank sicher. Der Vorstand wird regelmäßig von den zuständigen Gremien (BRK, KRK, MVK) über die Funktionsfähigkeit der Ratingsysteme sowie über die Ratingergebnisse im Rahmen des Managementreportings informiert. Die Prozessüberwachung liegt in der im Chief Operating Office des CRO-Bereichs angesiedelten Abteilung Risikostandards. Die Weiterentwicklung, laufende Validierung und gegebenenfalls Rekalibrierung der Scoring- und Ratingsysteme stellte im Jahr 2012 einen Tätigkeitsschwerpunkt des Kreditrisikocontrollings der Bank dar. Die Interne Revision prüft jährlich die Angemessenheit der internen Ratingsysteme inklusive der Einhaltung der Mindestanforderungen an den Einsatz der Ratingsysteme.

Im Retail Banking erfolgen Kreditvergabe, Prolongationsentscheidung und die Gestaltung der Konditionen, basierend auf den Ergebnissen statistischer Scoringmodelle und über Genehmigungsrichtlinien. Die bei der Postbank eingesetzten Scoringmodelle verwenden interne und externe Informationen über den Kreditnehmer und schätzen mittels statistischer Verfahren individuell die PD (Probability of Default = Ausfallwahrscheinlichkeit) eines Kreditnehmers bzw. eines Kredits. Im Rahmen der Berechnung der LGD (Loss Given Default = Verlustquote) werden, bezogen auf die anrechenbaren Sicherheiten, individuell die Verwertungsquoten sowie im Falle des kleinteiligen unbesicherten Mengengeschäfts pauschal die Wiedereinbringungsquoten geschätzt. Im Rahmen der CCF-Ermittlung (Credit Conversion Factor = Konversionsfaktor) wird der Ausnutzungsgrad der offenen Linien zum Ausfallzeitpunkt geschätzt.

Für Kunden sowie Garantiegeber im Bereich Firmenkunden, Banken und Staaten werden für die Kreditentscheidung und die Konditionengestaltung Ratingmodelle verwendet, die in der Regel aus einem statistischen Bilanzrating oder einer Simulation der erwarteten Zahlungsströme bestehen und zusätzlich über eine heuristische Komponente qualitative und kurzfristigere Informationen in das interne Rating einbeziehen. Verflechtungen eines Kreditnehmers werden über ein Konzept für Schuldnergesamtheiten berücksichtigt.

Alle internen Ratings und Scorings werden auf einer einheitlichen Masterskala abgebildet, die jedem Rating- oder Scoringergebnis eine Ratingklasse und die für die Klasse festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet. Die Postbank lehnt sich hierbei an die Bezeichnungen der Ratingagentur Standard & Poor's an.

Die Validierung der Rating- und der Scoringverfahren findet bei der Postbank im Rahmen der jährlichen Modellvalidierung und des laufenden Monitoringprozesses statt. Die Modellvalidierung stützt sich auf standardmäßige Kernanalysen, die die Gesichtspunkte Stabilität der Modellformel bzw. der geschätzten Parameter und der Verteilungen, die Trennschärfe des Ratingmodells sowie die Bestätigung der Vorhersagekraft der Modelle beinhalten, beleuchtet aber auch qualitative Aspekte. Im Rahmen der Validierung werden auch eventuelle Veränderungen in der Verlusthistorie durch Anpassung der Parameter berücksichtigt.

Grundsätzlich ergibt sich aus der Einbindung der Modellvalidierung in die Prozesse der Postbank die Möglichkeit, geschäftspolitische und modellrelevante Maßnahmen aus den Ergebnissen der Kernanalysen direkt abzuleiten. In der Datenverarbeitung werden alle relevanten Inputfaktoren und die Ergebnisse der durchgeführten Ratings gespeichert, sodass eine lückenlose Ratinghistorie für jeden Kunden bzw. jedes Geschäft besteht.

Rating- und Scoringergebnisse dienen – über die Unterstützung im Kreditentscheidungsprozess hinaus – u. a. auch als Grundlage für die Berechnung des erwarteten Verlusts, also des Verlusts, der im statistischen Mittel über den Zeitraum eines Jahres zu erwarten ist. Sie fließen neben anderen Größen über die Standardrisikokosten (vgl. nachstehenden Abschnitt) indirekt in die Margenkalkulation ein.

Risiko-/Rendite-Steuerungsgrößen

Für erwartete Ausfälle im Kreditgeschäft der Postbank werden die durchschnittlichen Standardrisikokosten in der Vorkalkulation kreditindividuell berücksichtigt. Dadurch können alle Kreditgeschäfte im Rahmen der Vorkalkulation bewertet werden. Die Standardrisikokosten fließen als Prämie für den erwarteten Verlust in die Preisbestimmung und in Form einer Return-on-Equity-Kennziffer (RoE) in die Rentabilitätsberechnung der Forderungen bei Firmenkunden ein. Die Rentabilitätsbetrachtung zielt auf eine ganzheitliche Bewertung der Kundenbeziehung ab und findet für den Retail-Bereich auf Produkt- bzw. Portfolioebene, für den Non-Retail-Bereich individuell statt.

Sicherheitenmanagement

Das Sicherheitenmanagement ist wichtiger und integraler Bestandteil des Kreditmanagementprozesses der Postbank. An die Qualität (z. B. die rechtliche Wirksamkeit und die Durchsetzbarkeit) der hereingenommenen Sicherheiten werden strenge Maßstäbe angelegt. Die Werthaltigkeit der Sicherheit wird nicht nur bei Kreditgewährung, sondern auch während der Laufzeit des Kredits auf Basis einheitlicher Standards kontinuierlich überwacht. Die entsprechenden Sicherheitenprozesse werden regelmäßig hinsichtlich regulatorischer Anforderungen überprüft und weiter verbessert. Im Jahr 2012 wurden die Prozesse für die Hereinnahme und Überwachung von Grundpfandrechten und Guthabenverpfändungen in der gewerblichen Immobilienfinanzierung der Deutschen Postbank AG weiter optimiert; die neuen Prozesse greifen ab Jahresanfang 2013. Als Sicherungsinstrumente nutzt die Postbank hauptsächlich Grundpfandrechte zur Absicherung von Immobilienfinanzierungen, Garantien und Kreditderivate sowie finanzielle Sicherheiten und sonstige Sachsicherheiten.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement liegt in der Marktfolge (mit partiellen Erleichterungen für das nicht risikorelevante Geschäft der Deutschen Postbank AG) und umfasst die Anerkennung als Sicherheit, die rechtliche Beordnung und die regelmäßige Überprüfung und Bewertung sowie die Verwaltung der anrechenbaren Sicherheiten. Die immobilien Sicherheiten werden in den positionsführenden Systemen erfasst. Die Wertansätze der anrechenbaren Sicherheiten werden in Abhängigkeit von der Art der Besicherung nach festgelegten Überwachungsfrequenzen, im Regelfall jährlich bzw. bei kritischen Engagements in kürzeren Intervallen, überprüft.

Garantien und Kreditderivate müssen unwiderruflich und unbedingte sein, um als Kreditrisikominderungsinstrument bei der Mindesteigenkapitalberechnung für Adressrisiken angerechnet werden zu können. Anerkannt werden nur Garantien von Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen), sonstigen staatlichen Stellen, Banken, supranationalen Organisationen und juristischen Personen mit einem Rating von mindestens A-. Garantie- sowie Sicherheitengeber im Zusammenhang mit Kreditderivaten unterliegen den gleichen Risikoklassifizierungs-, Risikolimitierungs- und Risikoüberwachungsverfahren wie Kreditnehmer.

Grundpfandrechte werden bei der Berechnung des möglichen Verlusts bei Ausfall eines Kredits berücksichtigt. Im Falle einer dauerhaften Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers erfolgt die Verwertung der Sicherheiten.

Bei grundpfandrechtlichen Kreditsicherheiten im Firmenkundengeschäft erfolgen turnusmäßig, mindestens jährlich, eine objektbezogene Wertüberprüfung sowie im Inland eine marktbezogene Überwachung auf Basis des Marktwertschwankungskonzepts der Deutschen Kreditwirtschaft (ehemals: Zentraler Kreditausschuss (ZKA)). Daneben erfolgt eine fortlaufende qualitative Beobachtung der relevanten Branchen und Immobilienmärkte durch den Markt- und den Marktfolgebereich. Bei Krediten bzw. Immobilienwerten im Volumen von mehr als 3 Mio € wird die Bewertung grundsätzlich spätestens nach drei Jahren durch unabhängige, qualifizierte Kreditspezialisten überprüft bzw. eine Neubewertung durch Immobiliensachverständige vorgenommen.

Sofern die sofortige Verwertung von der Postbank zur Kreditsicherung übertragenen Sicherheiten aus rechtlichen oder wirtschaftlichen Gründen nicht möglich oder sinnvoll ist, kann die Liquidation dieser Sicherheiten bis zur Klärung der rechtlichen Voraussetzungen bzw. bis zum Eintritt einer wirtschaftlich sinnvoller Situation unter bestmöglicher Bewirtschaftung und Entwicklung zunächst zurückgestellt werden (aktives bzw. passives Halten).

Für die Postbank ist die Weiterentwicklung der vorhandenen Sicherheitenmanagement-Systemlandschaft vorgesehen.

Kreditüberwachung und Problemerkreditverfahren

Bei nicht standardisierten Krediten erfolgt eine Überwachung der Kreditrisiken durch mindestens jährliche Bonitätsprüfungen sowie infolge von Ereignissen, die die Bonität eines Schuldners beeinflussen können. Die Kontrollen werden, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben, von den operativen Krediteinheiten in der Marktfolge und bei Handelsgeschäften zusätzlich vom Risikocontrolling durchgeführt.

Im Bereich des individuellen Kreditgeschäfts mit Firmenkunden sowie im Bereich der Baufinanzierung (hier ab 750 T€ je Kreditnehmer bzw. Kreditnehmereinheit) hat die Postbank, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen, einen Kreditüberwachungsprozess implementiert, durch den anhand definierter qualitativer und quantitativer Frühwarn- und Risikoindikatoren (z. B. Brancheninformationen, betriebswirtschaftliche Daten, Kunden- und Kontoführungsdaten und Ratingveränderungen) erhöht risikobehaftete Kredite identifiziert werden. Die frühzeitige Erkennung des zunehmenden Kreditausfallrisikos anhand der Frühwarn- und Risikoindikatoren ermöglicht der Postbank, zeitnah Maßnahmen zur Risikominimierung zu ergreifen, gegebenenfalls Sanierungsmodelle mit dem Schuldner zu entwickeln und umzusetzen oder eine Kreditabwicklung einzuleiten.

Bei Identifikation eines Firmenkundenkredits als erhöht risikobehaftet wird der betreffende Kreditnehmer bei Frühwarnindikatoren in die Beobachtungsklasse und bei Risikoindikatoren als Intensivbetreuungs-, Sanierungs- oder Abwicklungseingestuft (Watch-List) eingestuft. Der Einzelkredit ist bei Vorliegen harter („regelgebundener“) Risikoindikatoren zwingend und bei Vorliegen lediglich weicher („prinzipienorientierter“) Risikoindikatoren nach Ermessen des betreuenden Kreditspezialisten in Zusammenarbeit mit den Sanierungsspezialisten entsprechend einzustufen. Die Watch-List wird laufend von den verschiedenen Kreditabteilungen aktualisiert und dem Ressortvorstand CRO sowie dem KRK quartalsweise vorgelegt. Die größten Einzelengagements sowie Kredite, die in der Entscheidung des Gesamtvorstands lagen, werden als Teil des vierteljährlichen Kreditrisikoberichts an den Gesamtvorstand und den Kreditausschuss des Aufsichtsrats berichtet.

Steuerung der Kreditrisiken auf Portfolioebene

Portfoliosteuerung

Über die Überwachung der Einzelrisiken hinaus wird das notwendige ökonomische Kapital (auch Economic Capital bzw. EC) für den gesamten mit Kreditrisiken behafteten Forderungsbestand ermittelt. Das von der Postbank genutzte Kreditportfoliomodell berücksichtigt interne und externe Risikoparameter, Konzentrationsrisiken im Kreditportfolio sowie Wiederanlageeffekte bei Restlaufzeiten von unter einem Jahr und die Aufgliederung bis auf einzelne Schuldner.

Das EC ist die potenzielle negative Veränderung des Barwerts des Gesamtkreditportfolios durch eingetretene oder potenzielle Verluste aufgrund von Kreditrisiken, die innerhalb eines Jahres mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % nicht überschritten wird. Im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank ist das EC als Maß für den unerwarteten Verlust aus Kreditrisiken durch Risikokapital zu unterlegen.

Im Unterschied zum EC ist der erwartete Verlust der Erwartungswert von Verlusten aus Kreditrisiken des Bankportfolios, bezogen auf ein Zeitintervall von einem Jahr. Dieser berechnet sich näherungsweise als Produkt der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Gesamtforderungshöhe bei Ausfall und der Verlustquote bei Ausfall und ist abhängig vom Rating des Kontrahenten bzw. des Geschäfts und der Laufzeit des Geschäfts. Der erwartete Verlust trägt nicht zum Gesamtrisiko der Bank bei, sondern wird über die Standardrisikokosten in der Margenkalkulation berücksichtigt.

Die Berechnung des EC basiert auf dem Migrationsverhalten der schulderspezifischen Bonitäten und den Korrelationswirkungen im Portfolio, um Risiken aus einer unvorteilhaften Konzentration der Kreditnehmer bezüglich ihrer Branchen-, Bonitäts- und Länderzugehörigkeit zu quantifizieren. Die Wahrscheinlichkeit einer Ratingveränderung (Migration) wird kontinuierlich aktualisiert und an die beobachteten Veränderungen der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Zur Berechnung des EC werden alle Forderungen mit ihren zukünftigen Zahlungsströmen erfasst und auf den Betrachtungszeitpunkt diskontiert, sodass neben einem Kapitalausfall innerhalb des Betrachtungszeitraums von einem Jahr auch der barwertige Effekt aller über den Betrachtungszeitraum hinaus auftretenden Bonitätsveränderungen gemessen wird. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt hierbei auf Basis der aktuellen internen und externen Bonitätsbeurteilungen sowie intern und extern abgeleiteter Parameterschätzungen für Verlustquoten.

Als externe Eingangsgrößen fließen in die EC-Berechnung u. a. fortlaufend aktualisierte Daten der Ratingagenturen, abgeleitete Migrationstabellen, Zinskurven sowie eine Kovarianzmatrix der im Korrelationsmodell verwendeten Risikofaktoren ein. Homogene, granulare Forderungen werden bei der Berechnung des EC zusammengefasst und nicht auf Einzelgeschäftsebene berechnet. Dies sind vor allem Produkte des Mengengeschäfts.

Mit den jeweils aktualisierten Bestands- und Marktdaten wird monatlich das EC des Kreditportfolios berechnet. Die Berechnung des EC im Kreditportfolio berücksichtigt die Diversifikationseffekte zwischen den Portfolios der Geschäftsbereiche. Die Auslastung der vom KRK den einzelnen Profitcentern zur Verfügung gestellten EC-Limite und des Gesamtlimits für Kreditrisiken wird regelmäßig überwacht.

Zusätzlich zur Berechnung des EC wird das Kreditportfolio regelmäßig einem risikoartenübergreifenden Stresstesting und Sensitivitätsanalysen unterzogen mit dem Ziel, die Verluste zu quantifizieren, die als Folge extremer Ereignisse ausgelöst werden könnten.

Portfoliostruktur

Zum 31. Dezember 2012 ist das Segment Non Core Operating Unit neu in die Portfoliostruktur aufgenommen worden.

Wesentliche Kennzahlen zur Beschreibung der Kreditrisiken für die unterschiedlichen Profitcenter zum 31. Dezember 2012 im Vergleich zum Jahresende 2011 werden in der folgenden Tabelle dargestellt (Volumen: Buchwerte). Da das EC inklusive Portfolioeffekte nicht auf Ebene der Deutschen Postbank AG berechnet wird, wird die Portfoliostruktur auf Konzernebene gezeigt.

Kreditrisiken	Volumen		Erwarteter Verlust		Economic Capital (EC) ¹	
	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €
Retail	77.057	81.219	236	195	987	824
Firmenkunden	18.546	26.422	32	67	350	538
Financial Markets	66.686	78.070	11	143	310	1.104
Non Core Operating Unit ²	27.159	n.a.	83	n.a.	651	n.a.
Gesamt	189.448	185.711	363	405	2.297	2.466

¹Das zugrunde liegende Konfidenzniveau beträgt 99,93 %.

²Das Segment Non Core Operating Unit wird erstmals zum 31. Dezember 2012 reportet.

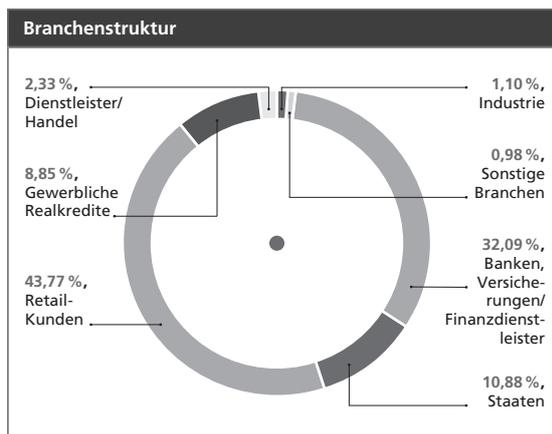
Der Rückgang der Risikokennzahlen für den Erwarteten Verlust und das Economic Capital resultiert im Wesentlichen aus dem Abbau und der Tilgung risikobehafteter Assets (inklusive des Engagements in GIIPS-Staaten, des Structured-Credit-Portfolios und des Geschäfts mit gewerblichen Immobilienfinanzierungen) und zu einem kleineren Teil aus Ratingmigrationen. Im Segment Retail ist der Anstieg des Erwarteten Verlusts und des Economic Capital auf Weiterentwicklungen von Ratingmodellen und Modellkalibrierungen zurückzuführen.

Branchenstruktur des Kreditportfolios

Insgesamt zeigt die Branchenaufteilung des Volumens der kreditrisikotragenden Instrumente mit Ausnahme der Konzentration bei Banken und Staaten eine ausgewogene Struktur. Das Kreditportfolio besteht schwerpunktmäßig aus Krediten an Retail-Kunden mit Fokus auf private Baufinanzierungen in Deutschland. Daneben bestehen Kreditengagements im Bereich Firmenkunden überwiegend aus dem Geschäft mit gewerblichen Kunden in Deutschland

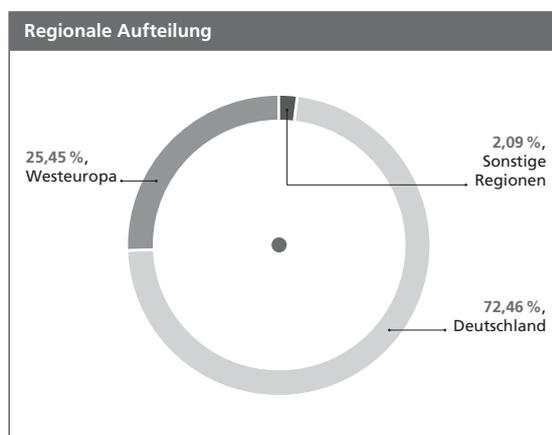
bzw. in Form gewerblicher Immobilienfinanzierungen. Der Bestand an Finanzanlagen besteht vornehmlich aus einem Portfolio von Staatsanleihen, überwiegend Deutschlands und anderer europäischer Nationen, sowie Anleihen von Banken (inklusive Covered Bonds und Pfandbriefe), Versicherungen und sonstigen Finanzdienstleistern.

Zur Steuerung der Investitionen im Non-Retail-Bereich ist in der Kreditrisikostategie ein Zielfortfolio definiert, das unter Diversifikationsaspekten ausgerichtet wurde.



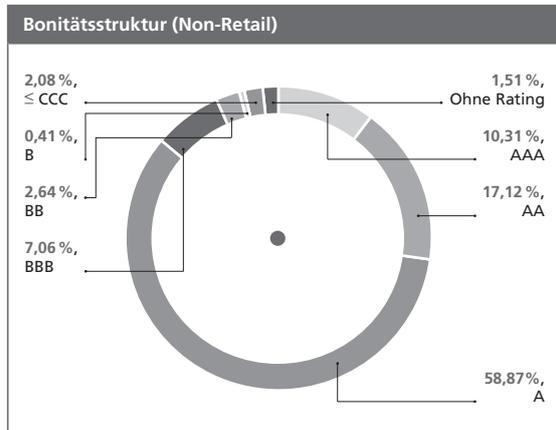
Regionale Aufteilung des Kreditportfolios

Zur Steuerung des Länderrisikos hat die Postbank länder-spezifische Limite für die Kreditvergaben eingerichtet. Die Höhe der Länderlimite wird maßgeblich bestimmt durch interne und externe Ratings und die am Bruttoinlandsprodukt gemessene Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes. In einer zentralen Datenbank werden neben den jeweils zugewiesenen Länderlimiten und deren aktueller Ausnutzung auch volkswirtschaftliche Daten erfasst, die zur Einordnung eines Landes in eine Risikoklasse herangezogen werden. Als Konsequenz aus der Finanzmarktkrise wurde die Systematik der Länderlimite grundsätzlich überarbeitet und um eine Frühwarnsystematik ergänzt. Die regionale Aufteilung des Kreditvolumens zeigt weiterhin eine strategiekonforme Konzentration auf den Heimatmarkt Deutschland.

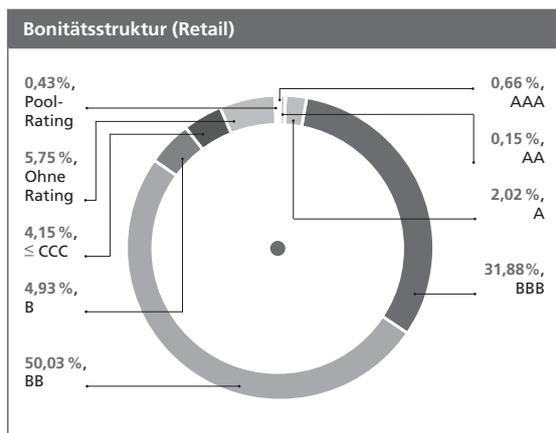


Bonitätsstruktur des Kreditportfolios

Die Verteilung der Rating-Klassen des Kreditportfolios zeigt die konservative Ausrichtung der Postbank. In der folgenden Grafik ist die Ratingstruktur des Kreditportfolios für das Non-Retail-Geschäft dargestellt. Es dominieren die guten Ratingklassen mit Investmentqualität.



Analog veranschaulicht die folgende Grafik die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das Retail-Geschäft der Postbank, die zum Stichtag 31. Dezember 2012 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren. Das Retail-Geschäft der Postbank weist – vor allem als Folge der Einführung neuer Bestandsmodelle für Ratenkredit- und Baufinanzierungsportfolios sowie als Folge der Rekalibrierung bestehender Ratingmodelle – eine Verschiebung der Ratingstruktur zu den weniger guten Ratingklassen auf. Begründet ist dies u. a. darin, dass Altbestände zuvor mittels Pool-Ratings abgebildet wurden und nun mit dem neu eingeführten Bestandsrating für Baufinanzierungen individuell bewertet werden.



Verbriefungen

Die Verbriefung von Finanzaktiva (Asset Securitisation) ermöglicht die Übertragung der zugrunde liegenden Kreditrisiken an Dritte. Im Regelfall werden ganze Forderungs-Pools übertragen, die sich aus zwei oder mehr untereinander abgestuften Risikosegmenten (Tranchen) mit unterschiedlichen Risikograden zusammensetzen.

Die Postbank nimmt bei der Asset Securitisation sowohl die Rolle des Investors als auch die des Originators ein.

Investor

Im Rahmen der Durchführung von Kreditsatzgeschäften hat die Postbank u. a. in strukturierte Kreditprodukte investiert (sogenannte Structured Credit Products (SCP)). Konkret handelt es sich um Asset Backed Securities (ABS), Collateralized Debt Obligation (CDO), Collateralized Loan Obligation (CLO), Residential Mortgage Backed Securities (RMBS) und Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS). Die Verbriefungspositionen sind in der Regel von mindestens einer anerkannten Ratingagentur (Standard & Poor's, Moody's oder Fitch Ratings) geratet.

Originator

Neben der Rolle als Investor tritt die Postbank als Originator am Markt auf. Die nachstehenden synthetischen Verbriefungstransaktionen in Form der Verbriefung von Forderungen auf Wohnimmobilien in Deutschland führen einerseits zu einer Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelunterlegung, andererseits zu einer Reduktion von Risikokonzentrationen. Zum Berichtsstichtag hatte die Postbank die Transaktion „PB Domicile 2006-1“ mit einem Volumen in Höhe von 1.471 Mio € im Bestand. Darüber hinaus hat die Postbank die synthetische Originator-Verbriefung Provide Domicile 2009-1 strukturiert, zu der per Stichtag kein wesentlicher Risikotransfer bewirkt wurde.

Umweltrisiken

Bei ihren Kreditentscheidungen berücksichtigt die Postbank auch Umweltrisiken. In der Kreditpolitik wie auch in den einzelnen Kreditentscheidungen wissen sich die Postbank und ihre Mitarbeiter ihrer gesellschaftlichen Verantwortung verpflichtet.

Die Identifizierung und die Quantifizierung von Umweltrisiken bilden einen Bestandteil der üblichen Risikobeurteilungs- und Risikomanagementverfahren im In- und im Auslandsgeschäft. Im Hinblick auf die Kunden betrachtet die Postbank die Erfüllung der geltenden Umweltauflagen und einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt als wesentliche Faktoren für die Beurteilung der Unternehmensführung.

Damit erfüllt die Postbank die Anforderungen an ein nachhaltiges und zukunftsorientiertes Wirtschaften sowie die Orientierung an supranationalen Leitlinien wie dem UN Global Compact.

Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken

Aufgabe des Liquiditätsrisikomanagements ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank auch in bestimmten Stresssituationen zu gewährleisten. Die operative Liquiditätsrisikosteuerung erfolgt grundsätzlich zentral im Ressort Financial Markets der Deutschen Postbank AG. Im Falle eines lokalen Liquiditätsengpasses übernimmt die Deutsche Postbank AG die Funktion eines „Lender of Last Resort“. Im Liquiditätsnotfall auf Ebene der Postbank Gruppe besteht eine eindeutige Verantwortung und Weisungsbefugnis des Liquiditätsnotfall-Krisengremiums gegenüber sämtlichen Bestandsverantwortlichen der Postbank.

Die Postbank hat in der übergreifenden Risikostrategie u. a. die Grundlagen für den Umgang mit Liquiditätsrisiken definiert.

Die Postbank verfügt aufgrund ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung als Retail-Bank über eine breite Refinanzierungsbasis im Kundengeschäft und weist daher nur eine vergleichsweise geringe Abhängigkeit vom Geld- und Kapitalmarkt auf. Aktuell sind keine nennenswerten Maßnahmen mit Blick auf die Aktivitäten am Geld- und Kapitalmarkt geplant. Konzentrationsrisiken bei der Refinanzierung werden im Rahmen der Stresstests berücksichtigt. Wesentliche Konzentrationsrisiken gegenüber einzelnen Gläubigern werden aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung aus Liquiditätssicht nicht gesehen. Für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses werden Barmittel, Zentralbankguthaben sowie ein erheblicher Bestand an frei verfügbaren, hochliquiden sowie zentralbankfähigen Wertpapieren vorgehalten, der kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung, auch auf privaten (Repo-)Märkten, genutzt werden kann. Zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsbasis besitzt die Postbank die Pfandbrieflizenz zur Emission von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekenpfandbriefen. Während die Emission öffentlicher Pfandbriefe im Rahmen des Registers E zukünftig nicht mehr geplant ist, bleibt die Emission von Hypothekenpfandbriefen im Rahmen des Registers D als mögliches Instrument der langfristigen Refinanzierung bestehen.

Der Steuerungsprozess basiert auf mehreren Säulen. Auf Basis von Liquiditätsablaufbilanzen und Cashflow-Prognosen stellt das Liquiditätsrisikomanagement geschäftstäglich den Liquiditätsstatus der Postbank sowohl unter Normal- als auch unter Stressbedingungen fest. Darauf aufbauend erfolgt die operative Steuerung. Darüber hinaus basiert die Steuerung auch auf der regelmäßigen Liquiditäts- und Emissionsplanung sowie einer Reihe von weitergehenden Analysen und Forecasts.

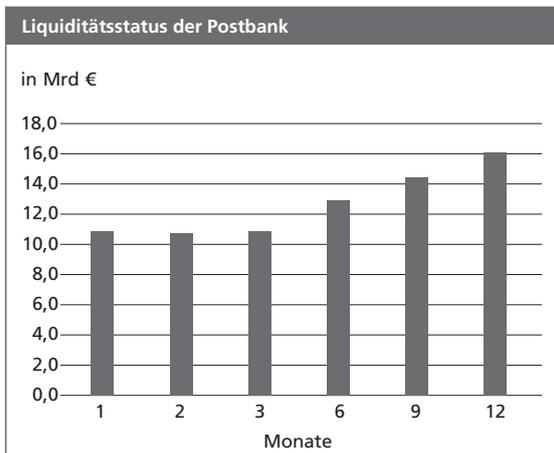
Die Maßnahmen zur Steuerung sind vor allem darauf ausgerichtet, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit – auch in extremen Stresssituationen – sicherzustellen. Mit Blick auf die Anforderungen aus den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) vom 15. Dezember 2010 hat die Postbank Ende 2011 die Szenarien für den Liquiditätsstress gemäß BTR 3.2 Ziffer 3 überarbeitet (BTR = Besonderer Teil, Anforderungen an die Risikosteuerungs- und -controllingprozesse). Hierbei wurden nicht nur die Stressparameter modifiziert, sondern auch eine über die Vorgaben der MaRisk hinausgehende Survival Period von zwei Monaten definiert sowie das Liquiditätspufferreporting insbesondere zur Differenzierung von hochliquiden Vermögensgegenständen gemäß BTR 3.2 Ziffer 2 erweitert. Die Szenarien bilden sowohl institutsspezifische als auch marktweite Ursachen sowie im MaRisk-Szenario die Kombination aus beiden Ursachen ab. So werden Veränderungen diverser Marktfaktoren, panikartige Kundenreaktionen und Strukturveränderungen innerhalb der Refinanzierungsbestände, z. B. aufgrund von abnehmender Marktliquidität, berücksichtigt. Im MaRisk-Szenario werden gravierende Abflüsse von Spar-, Sicht- und Firmenkundeneinlagen, ein eingeschränkter Zugang zum unbesicherten Geldmarkt sowie erhöhte Haircuts auf zentralbankfähige Wertpapiere simuliert. Für alle Stressszenarien wurde als Anforderung festgelegt, den Bestand an Kundenkrediten auch im Stress mindestens konstant zu halten.

Im Jahr 2012 wurde das Liquiditätssteuerungskonzept der Postbank um eine stressbasierte Steuerung erweitert. So erfolgte die Umstellung von einem statischen Liquiditätspuffermanagement gemäß Managementtrigger auf ein dynamisches Puffermanagement unter Stressbedingungen mit einer Survival Period von zwei Monaten auf Basis eines täglichen Steuerungsreports, das mit entsprechenden Limitierungs- und Eskalationsmechanismen ausgestattet ist.

Außerdem hat die Postbank ein Benchmark-Konzept zur Ermittlung der Liquiditätspufferkosten eingeführt. 2012 erfolgte die verursachungsgerechte Verrechnung der Liquiditätspufferkosten auf Segmentebene.

Die Postbank bereitet sich im Rahmen eines regulatorischen Liquiditätsprojekts auf die Meldung und Steuerung der zukünftig regelmäßig zu reportenden Liquiditätsrisikokennzahlen Liquidity Coverage Ratio (LCR) und Net Stable Funding Ratio (NSFR) sowie die Erstellung zusätzlicher Monitoring-Tools vor.

Die folgende Darstellung zeigt den Liquiditätsstatus der Postbank zum 31. Dezember 2012. Dabei handelt es sich um eine kumulierte Darstellung der für die folgenden zwölf Monate erwarteten Mittelzu- und -abflüsse und der vorhandenen Liquiditätsquellen nach den Grundsätzen der internen Liquiditätssteuerung:



Die Erwartungswerte hinsichtlich des Abflusses von Verbindlichkeiten ohne feste Kapitalbindung, wie z. B. Spar- und Giroeinlagen, der Ziehungswahrscheinlichkeit unwiderruflicher Kreditzusagen und der Güte der vorhandenen fungiblen Aktiva zur Sicherstellung der Liquidität basieren zum Teil auf historischen Beobachtungswerten und zum Teil auf Schätzungen, die regelmäßig validiert werden. Danach zeigen sich über sämtliche Laufzeitbereiche deutliche Liquiditätsüberhänge, die entsprechende Liquiditätspuffer für Stresssituationen darstellen und so die angemessene Liquiditätsposition der Postbank unterstreichen.

Auch die Ergebnisse der Stresstests im Jahr 2012 unterstreichen die komfortable Liquiditätsposition der Postbank. So ergaben sich auch nach Berücksichtigung der kombinierten Stresseffekte im MaRisk-Szenario stets komfortable Überschüsse bei der Nettoliquiditätsposition innerhalb der Survival Period sowie darüber hinaus.

Im Rahmen der Integration in den Deutsche Bank Konzern hat die Postbank bei der Überarbeitung der Szenarien für den Liquiditätsstress eine Angleichung an die Parameter der Deutschen Bank vorgenommen und die Funding-Matrix-Methodologie der Deutschen Bank eingeführt. Die Postbank ist in den Liquiditätsrisikomanagement-Prozess der Deutschen Bank integriert. Überdies hat die Postbank beschlossen, im Jahr 2013 – als Ergänzung der bereits bestehenden Limitierungsregelungen – das Konzept zur Limitierung von besicherten und unbesicherten Geldmarktaufnahmen (Maximum-Cash-Outflow-Limitierung) gemäß der Methodologie des Deutsche Bank Konzerns einzuführen.

Überwachung und Steuerung von Operationellen Risiken

Die ökonomische Kapitalunterlegung für die Operationellen Risiken wird sowohl für die Gesamtbank als auch für die einzelnen Geschäftsfelder anhand des internen Kapitalmodells ermittelt. Das Advanced-Measurement-Approach (AMA)-Kapitalmodell der Postbank basiert auf einem Verlustverteilungsansatz (Loss Distribution Approach – LDA).

Als Grundlage der Berechnung dienen zunächst interne und externe Verlustfälle sowie Szenariodaten. Zur qualitativen Adjustierung der für die Geschäftsfelder mittels Monte-Carlo-Simulation berechneten Kapitalbeträge wird eine Scorecard zur Bewertung der Güte des OpRisk-Managements der Geschäftsfelder eingesetzt, die auch einen materiellen Anreiz zur Verbesserung des OpRisk-Managements setzt.

Die Operationellen Risiken sind vollumfänglich in das Risikostragfähigkeitskonzept der Postbank integriert. Im Fall von Limitüberschreitungen wird das Limit für die Operationellen Risiken – auch unterjährig – zulasten anderer Risikoarten oder der noch freien Risikodeckungsmasse erhöht. Den Geschäftsfeldern der Postbank sind spezielle Risikokapitalbeträge zugewiesen. Die Auslastung dieser Limite wird ebenfalls vierteljährlich überwacht.

Neben der regulären Berechnung der OpRisk-Kennzahlen werden quartalsweise zusätzlich Stresstests durchgeführt. Anhand der Ergebnisse der Stresstests wird das Verhalten der Risikokennzahlen unter extremen Bedingungen analysiert. So wird z. B. untersucht, welche Auswirkungen ein genereller Anstieg der Schadenfrequenzen oder ein zusätzlicher „künstlicher“ Großschaden haben.

Die Postbank setzt neben dem Quantifizierungsmodell insbesondere folgende Instrumente ein:

- strukturierte Erfassung interner Schadenfälle ab 1.000 € (Betrugsfälle ab 0 €),
- Definition von Risikoindikatoren als Frühwarninstrument,
- halbjährliches Self-Assessment zur Bewertung des internen Kontrollgefüges,
- Definition von Szenarien zur Bewertung von spezifischen Risikosituationen,
- IT-gestützte zentrale Maßnahmenverfolgung zur Reduzierung von Operationellen Risiken.

Der Gesamtaufwand für Schäden aus Operationellen Risiken (inklusive der Beiträge an den EKS-Haftungsfonds (EKS = Eurokartensysteme)) ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Während sich bei den externen Betrugsdelikten die positive Entwicklung des Vorjahres fortsetzte, blieb der Aufwand aus Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung, u. a. bedingt durch eine geänderte Rechtsprechung zur Offenlegung von Kick-Back-Zahlungen/Provisionen, auf hohem Niveau. Thematisch im Zentrum stand hierbei die Vermittlung von geschlossenen Fonds aus den Jahren bis zum Ausbruch der Finanzmarktkrise 2008. Nachdem bereits 2009 und 2010 zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation entwickelt und umgesetzt worden waren, wurde im ersten Halbjahr 2012 die Entscheidung getroffen, den Vertrieb von geschlossenen Fonds über die Vertriebskanäle der Postbank zum 30. Juni 2012 einzustellen.

Im Zentrum der Betrugsbekämpfung stehen insbesondere die zeitnahe und bankweite Kommunikation aller bedeutenden Betrugssachverhalte über das FRAUD-Komitee sowie die Sensibilisierung der in die relevanten Prozesse involvierten Mitarbeiter, um eine systematische und flächendeckende Früherkennung von Betrugsfällen sicherzustellen. Flankierend wurden verschiedene technische Maßnahmen umgesetzt, die in den letzten Jahren signifikant zur Verbesserung der Situation beigetragen haben. In den sonstigen OpRisk-Kategorien (Abwicklungsfehler, Kontroll- und Prozessschwächen, IT- und Personalausfälle etc.) waren 2012 keine gravierenden Nettoschäden zu verzeichnen.

Zur Ermittlung des Anrechnungsbetrags für die Operationellen Risiken verwendet die Deutsche Postbank AG den Standardansatz.

Geschäftsfeld gemäß Solvabilitätsverordnung	Anrechnungsbetrag für die Operationellen Risiken	
	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Unternehmensfinanzierung	–	–
Handel	13	10
Privatkundengeschäft	329	318
Firmenkundengeschäft	55	53
Zahlungsverkehr und Abwicklung	0	0
Depot- und Treuhandgeschäft	1	1
Vermögensverwaltung	–	–
Wertpapierprovisionsgeschäft	9	9
Summe Deutsche Postbank AG	407	391

Die in der Tabelle enthaltenen Angaben zu den Geschäftsfeldern umfassen jeweils sowohl Core- als auch Non-Core-Portfolios.

Die Postbank betreibt Business Continuity Management (BCM) entlang der Wertschöpfungskette für Geschäftstätigkeiten und für kritische Bankfunktionen. Das BCM beinhaltet die Beschreibung der Umsetzung vorbeugender und wiederherstellender Maßnahmen in Form von Notfall-, Krisen- und Testplänen für jedes Ressort. Im Rahmen des BCM werden regelmäßig Business-Impact-Analysen und Risk Identifikation and Assessments (RIAs) zur Beurteilung wesentlicher Geschäftsprozesse und deren Kritikalität durchgeführt. Durch Tests wird die Funktionsfähigkeit der Notfallpläne nachgewiesen.

Überwachung und Steuerung von Beteiligungsrisiken

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 hielt die Deutsche Postbank AG 59 unmittelbare und eine Vielzahl von mittelbaren Unternehmensbeteiligungen. Im Geschäftsjahr 2012 hat sich die Zahl der Anteile an verbundenen Unternehmen/ Beteiligungen gegenüber dem Vorjahr moderat reduziert.

Bei den Unternehmensbeteiligungen handelt es sich zum überwiegenden Teil um strategische Beteiligungen zur Abwicklung von Produkt-/Leistungsfeldern der Postbank sowie zur Erbringung interner Serviceleistungen. Eine Reihe dieser Beteiligungen werden dabei wie Bereiche der Postbank

geführt. In einigen dieser Fälle werden einzelne Zentralfunktionen wie beispielsweise Buchhaltung, Finanzen, Controlling, Recht, Personal und Revision durch zuständige Organisationseinheiten der Deutschen Postbank AG wahrgenommen. Risiken aus Beteiligungen mit kreditnahem oder kreditsubstituierendem Charakter werden durch die zuständigen Kreditabteilungen der Postbank überwacht.

Die Postbank hält unverändert keine Beteiligungen im Sinne eines Investment- oder Private-Equity-Ansatzes.

Die Postbank hat Verfahren eingerichtet, die eine angemessene Steuerung und Überwachung der wesentlichen Beteiligungsrisiken auf Gruppenebene sicherstellen. Darin einbezogen sind auch die von der Postbank gehaltenen Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften. Im Berichtsjahr bestanden diese insbesondere zur Emission von nachrangig haftenden Wertpapieren sowie zur temporären Übernahme von Immobilienbesitz. Die Postbank hält keine Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften zur Auslagerung von Aktiva. Die Vielfalt der bestehenden und sich laufend weiterentwickelnden Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleistet, dass die Postbank jederzeit in der Lage ist, Risiken aus Anteilseignerbesitz, einschließlich strategischer Beteiligungsrisiken, zu überwachen und zu steuern.

Überwachung und Steuerung von Immobilienrisiken

Bei den Immobilien im Eigenbestand handelt es sich im Wesentlichen um selbst genutzte Objekte der Postbank. Zur laufenden Überprüfung der Werthaltigkeit der Immobilien werden diese in einem Abstand von drei Jahren einer Neubewertung unterzogen. Entsprechend den Grundsätzen zur Bewertung – hier: Valuation Statement (PS) 3.2 der RICS Valuation Standards (8. Auflage) der Royal Institution of Chartered Surveyors (RICS), London –, basiert diese Überprüfung im Wesentlichen auf der Anwendung des wie folgt definierten Marktwertes: „Der geschätzte Betrag, zu dem eine Immobilie zum Bewertungsstichtag zwischen einem verkaufsbereiten Verkäufer und einem kaufbereiten Erwerber nach angemessenem Vermarktungszeitraum in einer Transaktion im gewöhnlichen Geschäftsverkehr verkauft werden sollte, wobei jede Partei mit Sachkenntnis, Umsicht und ohne Zwang handelt.“ (Übersetzung durch RICS Deutschland, Valuation Faculty Board, 8. Fassung, März 2012).

Die Überwachung des Immobilienbestands konzentriert sich auf die regelmäßige unter Risikoaspekten durchgeführte Bewertung der Objekte sowie die Analyse der Veränderungen des Immobilienportfolios.

Konzentrationsrisiken aus dem Eingehen von Immobilienpositionen sind nicht erkennbar.

Überwachung und Steuerung von Geschäftsrisiken

Die Quantifizierungsverfahren zur Bestimmung der Geschäftsrisiken stehen in einem direkten konsistenten Zusammenhang mit der Ermittlung des ökonomischen Kapitals innerhalb des Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank.

Zur Umsetzung der Steuerung von Zinsänderungsrisiken werden für Kundengeschäfte mit nicht deterministischen Zins- und Kapitalbindungen – insbesondere Spar- und Giroeinlagen – Ablaufkategorien definiert, die das Zinsanpassungs- und Kapitalbindungsverhalten in diesen Kundenprodukten in geeigneter Form widerspiegeln. Durch unerwartetes

Kundenverhalten oder eine Veränderung der eigenen Zinsanpassungspolitik – aber auch durch fehlende Zinsanpassungsmöglichkeiten in Grenzbereichen – kann es im Zeitablauf zu unerwarteten Volumen- oder Margenschwankungen kommen, die die Erzielung eines langfristig stabilen Zinsüberschusses gefährden und somit auch das ökonomische Kapital beeinträchtigen können (Spar- und Giorisiko).

Als Grundlage zur Abschätzung der residualen Geschäftsrisiken dienen historische Soll-Ist-Vergleiche der Perioden.

Die Quantifizierung und Überwachung dieser Geschäftsrisiken erfolgt teilweise auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts, teilweise durch Anwendung von Szenarioanalysen, dabei werden die angewandten Verfahren regelmäßig im Hinblick auf ihre Güte überprüft. Die Limite werden vom BRK beschlossen.

Zur Analyse von außergewöhnlichen Ereignissen werden darüber hinaus in regelmäßigen Abständen weitere sowohl historisch abgeleitete als auch hypothetische Szenarioanalysen und Stresstests durchgeführt.

Im Sinne eines Frühwarnsystems werden vom Controlling und von den Geschäftsfeldern laufend Markt- und Wettbewerbsdaten zur Identifizierung potenzieller Risiken erhoben und analysiert sowie entsprechende Gegenmaßnahmen entwickelt.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Im Folgenden werden die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess beschrieben. Damit kommt die Deutsche Postbank AG der Anforderung des § 289 Abs. 5 HGB nach. Die Deutsche Postbank AG erachtet Informationen als wesentlich im Sinne des § 289 Abs. 5 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Jahresabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemeingültig bestimmbar, sondern wird sachverhaltsabhängig festgelegt. Die Beurteilung der Wesentlichkeit ist abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die Postbank von dessen Bedeutung in Bezug auf den Jahresabschluss aus.

Aufgaben des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Die Postbank hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Rechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ist Bestandteil des internen Kontrollsystems.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Postbank besteht aus Regelungen zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten (internes Steuerungssystem bzw. Risikomanagementsystem) und Regelungen zur Überwachung der Einhaltung dieser Regelungen (internes Überwachungssystem).

Das interne Kontrollsystem der Postbank hat folgende Aufgaben:

- Sicherung der Wirksamkeit und der Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit entsprechend der Unternehmensstrategie,
- Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und der externen Rechnungslegung sowie
- Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Der Vorstand der Postbank ist für die Einrichtung des internen Kontrollsystems verantwortlich. Die Umsetzung wird durch entsprechende Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen sichergestellt.

Organisation des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Jahresabschlusses sowie für die Lageberichterstattung verantwortlich. Der Vorstand hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte im Zusammenhang mit der Rechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen Organisationseinheiten zugeordnet. Am Erstellungsprozess sind im Wesentlichen die Ressorts Finanzen, Konzernsteuerung, Ressourcen und Chief Risk Office beteiligt.

Die Rechnungslegung erfolgt überwiegend durch die Bereiche im Ressort Finanzen, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- Überwachung gesetzlicher Neuerungen,
- Erstellung und Pflege der Bilanzierungsrichtlinien,
- ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der rechnungslegungsbezogenen Daten/Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen,
- Zusammenstellung des Jahresabschlusses nebst Lagebericht,
- Bereitstellung der Informationen für die Segmentberichterstattung.

Darüber hinaus erfolgen bestimmte Tätigkeiten in den Bereichen des Ressorts Konzernsteuerung, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- Koordination der Entsprechenserklärung im Sinne des § 161 AktG,
- Bereitstellung bestimmter Anhangangaben.

Das Ressort Ressourcen ist im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses insbesondere mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- Berechnung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Anhangangaben,
- Bereitstellung relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Das Chief Risk Office nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Erstellung von Beschlüssen zu Einzelwertberichtigungen von in- und ausländischen Krediten,
- Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Marktpreis-, Kredit-, Liquiditäts- und Operationellen Risiken,
- Bereitstellung relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Rechnungslegung fällt ihm die Billigung des Jahresabschlusses der Postbank zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- Beratung und Überwachung hinsichtlich Rechnungslegung, internes Kontrollsystem, Risikomanagement und -controlling, soweit nicht der Kreditausschuss zuständig ist, Interne Revision und Compliance,
- Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers,
- Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten, Festlegung der Honorarvereinbarung.

Der Prüfungsausschuss bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgaben seines Auskunftsrechts gegenüber der Internen Revision.

Darüber hinaus hat die Interne Revision der Postbank eine prozessunabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstands Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und der Funktionssicherheit der Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und die Angemessenheit des internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind, bevor der Jahresabschluss festgestellt wird, durch den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer zu prüfen.

Der vom Abschlussprüfer anzufertigende Prüfungsbericht ist dem Aufsichtsrat der Postbank vorzulegen.

Komponenten des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Als eine Komponente des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der Postbank den Rahmen dar, innerhalb dessen die bestehenden Regelungen eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch die Grundeinstellungen, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in Bezug auf das interne Kontrollsystem. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Die Postbank stellt ihren Jahresabschluss und den Lagebericht nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften (§§ 242–256a HGB, §§ 264–286 HGB, §§ 289–289a HGB) unter Berücksichtigung der rechtsformspezifischen Vorschriften für Aktiengesellschaften (§§ 150–161 AktG) und der branchenspezifischen Vorschriften für Kreditinstitute sowie den ergänzenden Vorschriften der Satzung auf.

Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewendeten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und soweit erforderlich angepasst.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Abschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert. Der Jahresabschluss wird durch die entsprechenden Prüfungen im Bereich Rechnungswesen qualitätsgesichert.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. In diesem Zusammenhang kommt dem Vier-Augen-Prinzip eine hohe Bedeutung zu. Bei der Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt die Buchung grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip. Hierbei ist entweder ein technisches oder ein organisatorisches Vier-Augen-Prinzip oder die Kombination beider vorgesehen.

Der Rechnungslegungsprozess für den Jahresabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Rechnungslegung.

Der gesamte Rechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie der Postbank, bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigung, die die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sicherstellen.

Für die Verbuchung verwendet die Postbank das System SAP. Darüber hinaus wird auf individuelle Datenverarbeitungstools zurückgegriffen, deren Ausgestaltung im Rahmen des Monitoring der individuellen Datenverarbeitung überwacht wird.

Als prozessintegrierte Kontrollen werden programmintegrierte Plausibilisierungen sowie automatisierte und manuelle Abstimmungen vorgenommen. So führt die Bank regelmäßig Haupt- und Nebenbuchabstimmungen durch.

Interne Revision

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems. Sie ist organisatorisch dem Vorstand Ressourcen unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Die Interne Revision ist den Standards des Institute of Internal Auditors (IIA) bzw. des Deutschen Instituts für Interne Revision verpflichtet. Sie prüft, entsprechend den MaRisk, risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsystems im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse.

Der Prüfungsplanungsprozess der Internen Revision wurde im Geschäftsjahr von einer intervallbasierten statischen Mehrjahresplanung auf ein dynamisches Verfahren umgestellt. In einem kontinuierlichen Risk Assessment werden die den Geschäftsfeldern innewohnenden Risiken und die korrespondierenden Kontrollmaßnahmen analysiert und bewertet. Hieraus abgeleitet, ergibt sich der risikoorientierte Prüfungsplan für das Geschäftsjahr, mit dessen Durchführung die Interne Revision durch den Vorstand beauftragt wird.

Neben regelmäßigen Prüfungen führt die Interne Revision anlassbezogenen Sonderuntersuchungen durch und ist bei der Einführung und Umsetzung von wesentlichen Projekten begleitend prüferisch tätig. Die Prüfungskonzepte werden laufend den Erkenntnissen aus den Risk Assessments entsprechend angepasst. So werden z. B. neue Produkte, Veränderungen im internen Kontrollsystem oder Organisationsveränderungen in der Prüfungsdurchführung ebenso berücksichtigt wie Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Vergütungssysteme

Das Bundesfinanzministerium hatte am 6. Oktober 2010 aufgrund des § 25a Abs. 5 Sätze 1–3 und 5 KWG die Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten (InstitutsVergV) erlassen, die das Rundschreiben 22/2009 der BaFin vom 21. Dezember 2009 ablöste.

Die Vergütungssysteme der Postbank erfüllen die in der InstitutsVergV geregelten allgemeinen und besonderen Anforderungen. Sie stehen im Einklang mit den in den Strategien niedergelegten Zielen und sind so ausgerichtet, dass negative Anreize vermieden werden. Die Mitarbeiter werden entsprechend ihren Aufgaben und ihrer Verantwortung angemessen vergütet; die Vergütungssysteme werden jährlich auf ihre Angemessenheit hin überprüft.

Bezüglich der besonderen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Geschäftsleitern und Mitarbeitern, deren Tätigkeit wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil hat, wurden die Vergütungssysteme so ausgestaltet, dass diese die auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Unternehmensziele noch stärker unterstützen. Die Vergütungssysteme stehen im Einklang mit den Anforderungen der InstitutsVergV. Soweit dies zivil-, arbeits- und gesellschaftsrechtlich möglich war, wurden die notwendigen Anpassungen nach Prüfung gemäß § 10 InstitutsVergV in den Anstellungsverträgen nachgezogen.

PROGNOSEBERICHT

Weltwirtschaft

Die globale Wirtschaft befindet sich zu Beginn des Jahres 2013 in einer unsicheren Lage. Risiken gehen weiterhin vor allem von der EWU-Staatsschuldenkrise aus, die sich zwar abgeschwächt hat, aber noch nicht überwunden ist. Sollte diese weiter eingedämmt werden, wäre eine wichtige Voraussetzung für eine Beschleunigung des globalen Wachstums gegeben. Konjunkturimpulse dürften insbesondere von den Schwellenländern ausgehen. In vielen von ihnen haben Notenbanken und Regierungen inzwischen Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft eingeleitet. Der IWF rechnet für 2013 mit einer Zunahme der globalen Wirtschaftsleistung um 3,5 % nach 3,2 % im Jahr 2012. Im Jahr 2014 sollte das globale BIP laut IWF noch etwas stärker zulegen.

In den USA dürfte die Wirtschaft weiterhin kontinuierlich, aber verhalten wachsen. Die Ausrüstungsinvestitionen sollten weiter gesteigert werden. Die Bauinvestitionen könnten, nachdem der Markt für Wohnimmobilien seine Talsohle klar durchschritten hat, sogar erneut recht kräftig ausgeweitet werden. Der private Verbrauch sollte bei steigender Beschäftigung und leicht sinkender Arbeitslosigkeit moderat wachsen. Exporte und Importe dürften in annähernd gleichem Ausmaß gesteigert werden, sodass vom Außenhandel per saldo keine Impulse auf das Wachstum ausgehen. Der Staatsverbrauch wird die Konjunktur wohl anders als in den Vorjahren nicht mehr in nennenswertem Umfang belasten. Trotz der breit aufgestellten Aufwärtsbewegung dürfte sich das BIP-Wachstum 2013 aufgrund einer ungünstigeren Ausgangsposition zum Jahreswechsel gegenüber dem Vorjahr leicht abschwächen. Wir rechnen mit einem Zuwachs von 2,1%. Für das Jahr 2014 erwarten wir eine deutliche Verstärkung des Wirtschaftswachstums.

Die japanische Wirtschaft durchläuft zur Jahreswende 2012/13 eine tiefe Delle. Selbst wenn die Konjunktur im Verlauf des Jahres 2013 wieder besser Tritt fasst, sind die Voraussetzungen für das Gesamtjahr daher ungünstig. Privater Verbrauch und Investitionen dürften weitgehend stagnieren, und die Exporte werden wohl nur sehr mäßig zulegen. Das BIP-Wachstum sollte deshalb 2013 mit 0,3 % sehr schwach ausfallen. Für 2014 rechnen wir mit einem etwas höheren, aber immer noch verhaltenen Wachstum der japanischen Wirtschaft. China dürfte 2013 von der leichten Belebung der Weltkonjunktur sowie von Maßnahmen der Regierung zur Förderung der Binnennachfrage profitieren. Das BIP-Wachstum sollte sich deshalb 2013 leicht verstärken und 2014 weiter beschleunigen.

An der Schwelle zum Jahr 2013 befindet sich die Wirtschaft im Euroraum in einer Rezession. Es bestehen jedoch Anzeichen, dass sich die Konjunktur zu Beginn des Jahres stabilisieren und nachfolgend erholen könnte. Diese Erholung dürfte aber vor allem vor dem Hintergrund der weiter schwelenden Staatsschuldenkrise und der daraus resultierenden Konsolidierungszwänge nur schwach ausfallen. Die Binnennachfrage wird 2013 voraussichtlich weiter sinken. Negativ sind insbesondere die Aussichten für die Investitionen. Doch auch der private Verbrauch dürfte aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit sowie steuererhöhungsbedingter Einkommenseinbußen weiter nachgeben. Das Tempo der Rückgänge sollte sich jedoch jeweils verlangsamen. Der Außenhandel dürfte die Konjunktur bei moderat steigenden Exporten und leicht zunehmenden Importen weiter stützen, allerdings nicht

mehr in dem Maß wie 2012. Trotz der für den Jahresverlauf erwarteten Belebung der Wirtschaft dürfte das BIP des Euro-raums 2013 aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus zu Jahresbeginn nochmals leicht um 0,1% sinken. 2014 sollte das BIP-Wachstum dann wieder positiv ausfallen, ohne dass die Wirtschaft jedoch eine größere Dynamik entfaltet.

Konjunkturausblick für Deutschland

Die deutsche Konjunktur zeigt sich zum Jahreswechsel 2012/2013 in einer schwachen Verfassung. Frühindikatoren, wie z. B. der ifo-Geschäftsklimaindex, deuten aber auf eine baldige Stabilisierung und einen nachfolgenden Aufschwung hin. Dieser sollte allerdings zunächst verhalten bleiben, da ein kräftiger Konjunkturtreiber nicht in Sicht ist. So dürfte das Exportwachstum nicht zuletzt aufgrund der anhaltend schwachen Nachfrage aus dem europäischen Ausland 2013 geringer ausfallen als im Vorjahr. Dagegen sollten die Importe etwas kräftiger zulegen, sodass der Außenhandel per saldo voraussichtlich keine Wachstumsimpulse liefert. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften sich zwar im Jahresverlauf wieder beleben, im Jahresdurchschnitt aber, bedingt durch das niedrige Ausgangsniveau, gegenüber 2012 leicht schrumpfen. Dagegen dürften die Bauinvestitionen moderat steigen, wobei der Wohnungsbau erneut spürbar zulegen sollte. Die schwache Investitionstätigkeit dürfte sich negativ auf den Arbeitsmarkt niederschlagen. Die Erwerbstätigkeit wird 2013 wohl weitgehend stagnieren, die Arbeitslosigkeit leicht steigen. Vor diesem Hintergrund ist auch beim privaten Verbrauch – trotz weiter steigender Einkommen – nur mit einem verhaltenen Zuwachs zu rechnen. Insgesamt dürfte das BIP-Wachstum 2013 mit 0,6 % geringer ausfallen als im Vorjahr. Für 2014 gehen wir von einer konjunkturellen Belebung und einem leicht überdurchschnittlichen BIP-Wachstum von 1,5 % aus.

Märkte

Die EWU-Staatsschuldenkrise dürfte die globalen Märkte trotz der jüngsten Entspannungstendenzen auch 2013 belasten. Angesichts immer noch hoher Staatsdefizite kann die Nervosität der Marktteilnehmer sehr schnell steigen und in erneuten Kursrückschlägen münden. Wie in den Vorjahren könnten hiervon insbesondere die Anleihen hoch verschuldeter Euro-Staaten betroffen sein. Die Geldpolitik der führenden Notenbanken dürfte 2013 expansiv bleiben. Angesichts der schwachen Konjunktur im Euroraum und der europäischen Staatsschuldenkrise wird die EZB ihren Leitzins 2013 unserer Einschätzung nach konstant bei 0,75 % halten. Dabei wird sie wohl gegebenenfalls auch eine neuerliche Überschreitung ihres Inflationsziels von knapp unter 2 % in Kauf nehmen. Mit Leitzinserhöhungen rechnen wir frühestens für die zweite Hälfte des Jahres 2014. Zudem gehen wir davon aus, dass die EZB auf absehbare Zeit an ihren unkonventionellen Maßnahmen, wie z. B. der Vollzuteilung bei ihren Refinanzierungsgeschäften, festhalten wird. Das OMT-Programm könnte aktiviert werden, wenn sich die EWU-Staatsschuldenkrise wieder zuspitzen und dann Spanien oder Italien Anpassungsprogramme vereinbaren sollten. Es könnte aber auch dann zum Einsatz kommen, wenn sich die Krise weiter entspannt. Länder wie Irland oder Portugal, die bereits Anpassungsprogramme vereinbart haben, könnten dann nämlich Unterstützung durch die EZB erhalten, um wieder vollen Zugang zum Kapitalmarkt zu bekommen. Die US-Notenbank hat bereits angekündigt, dass sie an ihrer extrem expansiven Geldpolitik festhalten wird, solange die Arbeitslosenquote über 6,5 % und die erwartete Inflationsrate unter 2,5 % liegen. Doch selbst wenn diese Bedingungen

nicht mehr erfüllt sind, führt dies nicht notwendigerweise zu Zinsanhebungen. Für 2013 erwarten wir deshalb ein konstantes Leitzinsniveau von 0 % bis 0,25 %, und auch für 2014 sehen wir eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass die Fed den Leitzins auf seinem historischen Tiefstand belässt.

Die Kapitalmarktzinsen in Deutschland sind auf ihrem derzeitigen Niveau unseres Erachtens nach unten verzerrt, was vor allem in einem negativen Realzins zum Ausdruck kommt. Die immer noch schwelende EWU-Staatsschuldenkrise dürfte zwar weiterhin Bundesanleihen mit ihrem Ruf als „sicherer Hafen“ begünstigen, aber nicht mehr in dem Maße wie im vergangenen Jahr. 2013 wird sich die Krise unserer Einschätzung nach abschwächen – dies spricht für tendenziell steigende Kapitalmarktzinsen, wobei dem Anstieg aufgrund der anhaltenden Unsicherheit und der unverändert expansiven Geldpolitik enge Grenzen gesetzt sein sollten. Wir rechnen deshalb für 2013 nur mit einer leichten Erhöhung der Rendite 10-jähriger Bundesanleihen auf 2,0%. Bei konstant niedrigen Leitzinsen dürfte die Zinsstrukturkurve etwas steiler werden. Im Jahr 2014 sollten die Kapitalmarktzinsen bei einer konjunkturellen Belebung und der dann näher rückenden Straffung der Geldpolitik weiter steigen. Die Zinsstrukturkurve sollte in diesem Umfeld noch etwas steiler werden.

Prinzipiell sollten Unternehmensanleihen von der erwarteten konjunkturellen Belebung und den anhaltend niedrigen Leitzinsen profitieren. Die Risikoprämien sind aber bereits deutlich gefallen und haben sich ihren Niveaus vor Ausbruch der Finanzkrise 2007 stark angenähert. Die aktuellen Corporate Spreads sind unseres Erachtens fundamental zwar noch gerechtfertigt, bieten aber kein Potenzial mehr für eine weitere Einengung.

Im Hinblick auf die Risikoauflagen, die für Staatsanleihen der sogenannten Peripherieländer in der Eurozone verlangt werden, halten wir eine weitere Einengung für möglich, sofern die Haushaltsdefizite nachhaltig gesenkt werden und die betroffenen Länder allmählich aus der Rezession herausfinden. Die Risikoauflagen sind aber in einigen Fällen bereits so weit zurückgegangen, dass hier von einer massiven Übertreibung nicht mehr gesprochen werden kann. Die Spielräume für ein weiteres Hereinlaufen der Spreads sind deshalb inzwischen eng begrenzt. Gleichzeitig dürften die Märkte für Staatsanleihen bei einem Wiederaufflammen der Krise sehr anfällig für Rückschläge bleiben.

Branchensituation

Die regulatorischen Rahmenbedingungen für Finanzinstitute sind auf europäischer Ebene in vielen Punkten weiterhin nicht abschließend fixiert. Offen sind z. B. die Frage einer Harmonisierung der Einlagensicherung, die Novelle der EU-Finanzmarktrichtlinie MiFID II („Markets in Financial Instruments Directive“), die Umsetzung der Eigenkapitalanforderungen für Banken nach CRD IV (Gesetzesentwurf zur nationalen Umsetzung der internationalen Basel-III-Regelungen bzw. ihres europäischen Pendant) oder die Einführung einer EU-weiten Bankenabgabe. Einen Schritt hin zur Umsetzung hat dagegen die Finanztransaktionssteuer genommen. Der Rat der EU-Finanzminister hat den elf EU-Staaten, die eine kleine Lösung anstreben, formell die Erlaubnis erteilt, eine Finanztransaktionssteuer in ihren Geltungsbereichen einzuführen. Unter den elf Ländern sind Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien. Im ersten Quartal 2013 soll ein Gesetzesentwurf vom EU-Steuerkommissar

vorgelegt werden, der die Anwendung der Finanztransaktionssteuer definiert.

Anfang Februar 2013 hat das Bundeskabinett einen Gesetzesentwurf zur Bankenregulierung verabschiedet, der u. a. eine Trennung riskanter Handelsgeschäfte vom Einlagengeschäft vorsieht. Demnach soll das Kundengeschäft abgesichert werden, wenn die riskanten Geschäfte mehr als 20 % der gesamten Bilanzsumme ausmachen oder ein Volumen von 100 Mrd € überschreiten. Aktivitäten im Rahmen des Eigenhandels und Kreditgeschäfte mit Hedgefonds müssten dann in eine eigenständige, organisatorisch getrennte Tochtergesellschaft ausgelagert werden. Der Entwurf lehnt sich eng an die Vorschläge der Liikanen-Expertengruppe an, sieht aber – im Unterschied zum Liikanen-Papier – kein weitreichendes Verbot des sogenannten Market-Making vor. Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums könnten die Pläne bis zu ein Dutzend Banken treffen. Es wird erwartet, dass von der EU-Kommission im Laufe des Jahres ein EU-weit greifender Vorschlag zur Trennung von Bankgeschäften präsentiert wird.

Die konjunkturelle Eintrübung, die auch Deutschland erreicht hat, sollte das operative Geschäft der Branche 2013 erschweren. Die gute Bonität deutscher Kreditnehmer dürfte sich in diesem Umfeld grundsätzlich nicht weiter verbessern. Das anhaltend niedrige Zinsniveau drückt zunehmend auf die Zinsmarge und damit auf die Ertragsentwicklung vieler deutscher Banken. Das Nachgeben der Zinsüberschüsse der vier beispielhaft analysierten deutschen Kreditinstitute unterstreicht diese Tendenz. Der harte Wettbewerb im deutschen Privatkunden- und KMU-Segment (kleine und mittlere Unternehmen), der in den mehrheitlich rückläufigen Provisionsergebnissen dieser Institute im Analysezeitraum zum Ausdruck kommt, belastet die Geschäftsentwicklung zusätzlich. Wir erwarten für 2013 keine nennenswerte Entspannung des Wettbewerbs im deutschen Privatkunden- und KMU-Segment und auch nur eine moderate Verteilung der Zinsstrukturkurve. Mehrheitlich dürften daher deutsche Kreditinstitute rückläufige Zins- und/oder Provisionsüberschüsse für das Gesamtjahr 2013 ausweisen. Die Ergebnisbeiträge aus Investmentbanking und Eigenhandel sollten bei vielen deutschen Instituten in Anbetracht des schwierigen Kapitalmarktumfelds und der erhöhten Eigenkapitalanforderungen unsicher bleiben. In Anbetracht des schwierigen operativen Umfelds dürften viele Kreditinstitute auch 2013 ihre Kostenstruktur auf Einsparpotenziale hin überprüfen. Für die Mehrheit der deutschen Banken erwarten wir daher für 2013 im günstigsten Fall ein Geschäftsergebnis auf Vorjahresniveau bzw. moderat darüber.

An der Drei-Säulen-Struktur der deutschen Bankenlandschaft, bestehend aus privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten, wird sich nach unserer Einschätzung mittelfristig nur wenig ändern.

Auch 2014 dürfte kein einfaches Jahr für die deutsche Bankenbranche werden. Zum einen sollte der harte Wettbewerb im Privat- wie im Firmenkundengeschäft anhalten, und zum anderen ist eine deutliche Verteilung der Zinsstrukturkurve – verbunden mit einer positiven Wirkung für die Zinsmarge – auch für 2014 derzeit nicht in Sicht. Die Chancen auf deutlich steigende Zins- und Provisionsüberschüsse erscheinen daher begrenzt. Auch Verbesserungen bei den Erträgen aus Investmentbanking oder Eigenhandel sollten mit Blick auf die noch ausstehenden regulatorischen Ent-

scheidungen, die vor allem diese Geschäftsfelder betreffen, limitiert sein. Das Thema Kostenoptimierung dürfte auch 2014 bei vielen Banken auf der Agenda stehen. Bei der Mehrheit der Institute sollte in diesem schwierigen Umfeld das operative Ergebnis stagnieren bzw. nur leicht zulegen.

Investitionsschwerpunkte der Postbank

Auch in den Jahren 2013 und 2014 wird die Postbank ihr Augenmerk auf die Weiterentwicklung der Retail Target Platform (RTP) sowie auf die Umsetzung einer Reihe von regulatorischen Anforderungen richten. Zu den Letztgenannten zählen u. a. die Erfüllung von Liquiditäts- und Kapitalanforderungen sowie von bilanzrechtlichen Vorgaben, SEPA, Basel III, die 4. MaRisk-Novelle und verschiedene Verbraucherschutzthemen. Lifecycle-Investitionen werden im Jahr 2013 – soweit technisch notwendig – umgesetzt, jedoch nach Möglichkeit vermieden, soweit ihr Erfordernis im Zuge der RTP-Einführung entfällt.

Größere Investitionen der Kategorie „Geschäftsentwicklung“ werden 2013 und 2014 nur vereinzelt erfolgen und mit den Aktivitäten zum Programm RTP abgeglichen.

Die voraussichtlichen Auswirkungen von Basel III

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) hat am 16. Dezember 2010 die Regelungen zu den künftigen internationalen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen (Basel III) final verabschiedet. Dieses Regelwerk wird derzeit auf europäischer wie auf nationaler Ebene in den entsprechenden Richtlinien und Verordnungen umgesetzt; die konkreten Einführungsstermine sind derzeit noch offen. In Reaktion auf die Finanzkrise wird eine Vielzahl von Verschärfungen der regulatorischen Rahmenbedingungen vorgenommen, die eine größere Widerstandsfähigkeit des weltweiten Bankensystems zum Ziel haben. Vorgesehen sind sowohl höhere Anforderungen an die Qualität und die Quantität des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals als auch höhere Anrechnungsbeträge der mit Eigenkapital zu unterlegenden Aktiva. Zusätzlich werden künftig Mindestanforderungen an die Liquiditätsausstattung der Banken gestellt, und der Verschuldungsgrad der Banken wird überwacht.

Die Umstellung auf die neuen Regelungen von Basel III wird bei den Banken tendenziell zu einer Minderung des aufsichtsrechtlich anerkannten Eigenkapitals und einem Anstieg der risikogewichteten Aktiva führen. Dies gilt auch für die Postbank. Die regulatorischen Neuerungen werden jedoch zeitlich gestaffelt in einer Übergangsperiode bis 2022 eingeführt, um den Banken die nötige Zeit zur Anpassung an die verschärften Anforderungen zu geben. Parallel hierzu werden sukzessive bis 2018 die Mindestkapitalquoten angehoben, und es sind ein zusätzlicher Kapitalerhaltungspuffer sowie gegebenenfalls ein antizyklischer Kapitalpuffer aufzubauen.

Die Postbank hat ihre Eigenkapitalbasis bereits in den vergangenen Jahren deutlich gestärkt und ist so für die Umsetzung von Basel III gut vorbereitet. Auch in den kommenden Perioden werden Maßnahmen zum Ausbau der Eigenkapitalposition vorangetrieben. Beispiele hierfür sind die Einführung weiterer fortgeschrittener Modelle zur Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen (IRB-Advanced-Ansatz) sowie der fortgesetzte Abbau von Finanzanlagen.

Die De-Risking-Strategie der Postbank wird darüber hinaus auch dazu beitragen, den von den Aufsichtsbehörden zunächst nur beobachteten, nicht aber limitierten Verschuldungsgrad weiter zu reduzieren.

AUSBLICK

Erwartete Entwicklung der Ergebnissituation der Postbank
Die folgende Einschätzung des voraussichtlichen Geschäftsverlaufs der Postbank in den Jahren 2013 und 2014 basiert auf den in diesem Lagebericht skizzierten volkswirtschaftlichen Grundannahmen und Erwartungen. Eine erneute Verschärfung der Staatsschuldenkrise und/oder mögliche Rückschläge und Verwerfungen an den internationalen Kapital- und Immobilienmärkten könnten sich negativ auf dieses Szenario auswirken. Auch die anhaltende Diskussion um eine weitere Verschärfung der regulatorischen Vorschriften für den Bankensektor könnte einen signifikanten Einfluss auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der Postbank haben, der im folgenden Basisszenario nicht berücksichtigt wurde.

Spürbare Synergien erwarten wir aus der Integration der Postbank Gruppe in den Deutsche Bank Konzern; diese sollten die kurz-, mittel- und langfristige Ergebnissituation der Postbank und ihrer Geschäftsbereiche positiv beeinflussen. Aus Maßnahmen zum Erzielen von Synergien werden allerdings kurz- und mittelfristig Sonderbelastungen entstehen, so z. B. aus der Realisierung der gemeinsamen IT-Plattform. Die derzeit erwarteten Ergebnisse aus der Integration sind im nachfolgenden Ausblick berücksichtigt.

Das Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden mit seinen soliden Ertragsströmen bildet unverändert die Basis für die künftige Ergebnisentwicklung der Postbank. Im Fokus steht dabei u. a. die Verbesserung der – um integrationsbedingte Aufwendungen bereinigten – Kostenbasis. Hier werden sich durch die Einbindung in den Deutsche Bank Konzern verstärkt Effizienzpotenziale ergeben.

An unserer De-Risking-Strategie werden wir festhalten und dabei auch die ergebniswirksame Realisierung von Verlusten in Kauf nehmen, die naturgemäß zu Abweichungen zum nachfolgenden Ausblick führen könnten.

Im Einzelnen erwarten wir, dass der Zinsüberschuss im Jahr 2013 zunächst spürbar absinken, ab 2014 aber wieder wachsen wird. Die weiter anhaltenden Belastungen aus der Niedrigzinssituation und dem fortschreitenden Abbau von Finanzanlagen tragen zum sinkenden Zinsüberschuss im Jahr 2013 bei. Für das Jahr 2014 rechnen wir derzeit mit wieder leicht steigenden Zinsen am Geld- und Kapitalmarkt und einem Geschäftswachstum. Dies sollte nach heutiger Einschätzung zu einem gegenüber 2013 steigenden Zinsüberschuss führen. Im Provisionsüberschuss erwarten wir einen Anstieg in den Jahren 2013 und 2014, wobei der Anstieg 2014 höher erwartet wird als im Jahr 2013. Diese Entwicklung ist insbesondere auf die Provisionserträge im Retail Banking zurückzuführen.

Der beschleunigte Abbau von Risikopositionen führt im Jahr 2013 weiterhin zu einer Belastung des Bewertungsergebnisses im Wertpapiergeschäft. Für das Jahr 2014 erwarten wir ein verbessertes Ergebnis gegenüber dem Jahr 2013.

Im Nettoergebnis aus Handelsbestand gehen wir für 2013 von einem leicht positiven und für 2014 von einem nahezu ausgeglichenen Ergebnis aus.

Bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft gehen wir für die Jahre 2013 und 2014 nur von einem leichten Anstieg aus.

Im Hinblick auf den Verwaltungsaufwand erwarten wir für das Jahr 2013 eine leicht steigende Tendenz, da sich hier noch integrationsbedingte Aufwendungen bemerkbar machen werden. Ab dem Jahr 2014 sollten sich Synergieeffekte und die Effizienzmaßnahmen vorangegangener Perioden jedoch stetig positiver auswirken. Im Jahr 2014 sollte der Verwaltungsaufwand daher etwa auf dem Niveau des Jahres 2013 liegen.

Insgesamt gehen wir derzeit davon aus, dass wir aufgrund des herausfordernden Zinsumfelds und von Sondereffekten aus dem beschleunigten Risikoabbau und im Verwaltungsaufwand 2013 ein nahezu ausgeglichenes Vorsteuerergebnis ausweisen werden. Ab dem Jahr 2014 erwarten wir wieder ein deutlich steigendes Vorsteuerergebnis.

VERSICHERUNG DES VORSTANDS

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Bonn, 19. Februar 2013

Deutsche Postbank AG

Der Vorstand



Frank Strauß



Marc Heß



Hans-Peter Schmid



Ralf Stemmer



Hanns-Peter Storr

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2012 – DEUTSCHE POSTBANK AG, BONN

Aktiva	Vorjahr		31.12.2012		Vorjahr
	€	Mio €	€	€	
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			955.235.299,18		746
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			843.458.517,01		1.516
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	841.363.740,63	1.515		1.798.693.816,19	
2. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			4.065.365.649,29		6.455
b) andere Forderungen			27.909.988.340,26		11.442
darunter:					
Hypothekendarlehen	56.146.714,58	643			
Kommunalkredite	20.000.000,00	174		31.975.353.989,55	
3. Forderungen an Kunden					
darunter:					
Hypothekendarlehen	25.527.906.712,96	27.507			
Kommunalkredite	3.729.345.886,20	3.431		67.424.399.061,34	70.246
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			0,00		0
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	0			
ab) von anderen Emittenten			0,00	0,00	0
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	0			
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten				13.299.424.895,28	13.911
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	13.202.920.371,26	13.713			
bb) von anderen Emittenten			13.124.959.725,13	26.424.384.620,41	15.310
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	11.758.164.258,49	12.127			
c) eigene Schuldverschreibungen				0,00	0
Nennbetrag	0,00	0		26.424.384.620,41	
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				453.938.747,39	477
5a. Handelsbestand				14.541.637.631,23	18.496
6. Beteiligungen					
darunter:					
an Kreditinstituten	1.171.593,72	1			
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	0		15.071.918,66	14
7. Anteile an verbundenen Unternehmen					
darunter:					
an Kreditinstituten	548.278.032,46	552			
an Finanzdienstleistungsinstituten	12.046.461,58	17		9.272.717.949,10	9.304
8. Treuhandvermögen					
darunter: Treuhandkredite	703.536.617,48	801		756.743.435,79	856
9. Immaterielle Anlagewerte					
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			37.791.711,65		43
c) Geschäfts- oder Firmenwert			26.866.666,70		30
d) geleistete Anzahlungen			0,00	64.658.378,35	0
10. Sachanlagen				426.038.447,42	520
11. Sonstige Vermögensgegenstände				1.539.879.193,89	747
12. Rechnungsabgrenzungsposten					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			98.121.377,47		130
b) andere			43.927.494,04	142.048.871,51	1.626
13. Aktive latente Steuern				0,00	409
Summe der Aktiva				154.835.566.060,83	152.278

Passiva	Vorjahr		31.12.2012		Vorjahr
	€	Mio €	€	€	
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			1.289.936.565,86		313
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			11.399.795.587,00		9.756
darunter:					
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	112.616.263,62	92			
begebene öffentliche Namenspfandbriefe	466.435.279,90	513			
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen					
an den Darlehensgeber ausgehändigte					
Hypotheken-Namenspfandbriefe	0,00	0			
und öffentliche Namenspfandbriefe	0,00	0			
gemischt gedeckte Namensschuldver-					
schreibungen lt. DSLBÜmwG	1.117.456.213,20	1.401		12.689.732.152,86	
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten		47.728.748.962,77			47.748
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist					
von mehr als 3 Monaten		143.875.529,37	47.872.624.492,14		154
b) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe			1.515.195.388,27		1.438
c) begebene öffentliche Namenspfandbriefe			225.127.443,66		240
d) gemischt gedeckte Namensschuld-					
verschreibungen lt. DSLBÜmwG			11.987.726.579,43		12.349
e) andere Verbindlichkeiten					
ea) täglich fällig		40.513.464.437,78			37.410
eb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		7.619.160.133,41	48.132.624.571,19		11.313
darunter:					
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen					
an den Darlehensgeber ausgehändigte					
Hypotheken-Namenspfandbriefe	0,00	0			
und öffentliche Namenspfandbriefe	0,00	0		109.733.298.474,69	
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen					
aa) Hypothekenspfandbriefe		6.160.865.162,37			5.850
ab) öffentliche Pfandbriefe		1.625.373.950,36			1.758
ac) gemischt gedeckte Schuldverschrei-					
bungen lt. DSLBÜmwG		0,00			40
ad) sonstige Schuldverschreibungen		1.510.955.041,32	9.297.194.154,05		1.913
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			41.458.245,51		1.738
darunter: Geldmarktpapiere	41.458.245,51	1.738		9.338.652.399,56	
3a. Handelsbestand				10.482.427.943,94	7.633
4. Treuhandverbindlichkeiten					
darunter: Treuhandkredite	703.536.617,48	801		756.743.435,79	856
5. Sonstige Verbindlichkeiten				1.615.633.301,35	658
6. Rechnungsabgrenzungsposten					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			39.919.173,80		53
b) andere			23.053.609,62	62.972.783,42	768
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und			697.228.752,00		640
ähnliche Verpflichtungen			51.247.867,68		27
b) Steuerrückstellungen			441.841.387,41	1.190.318.007,09	394
c) andere Rückstellungen					
8. Nachrangige Verbindlichkeiten				3.285.383.897,60	3.552
9. Genussrechtskapital					
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	114.500.000,00	20		1.166.500.000,00	1.172
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken				1.773.458.518,28	1.765
davon: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	3.146.210,79	0			
11. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital			547.000.000,00		547
b) Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter			20.225.837,62		20
c) Kapitalrücklage			1.090.499.481,11		1.090
d) andere Gewinnrücklagen			1.082.719.827,52		963
e) Bilanzgewinn			0,00	2.740.445.146,25	119
Summe der Passiva				154.835.566.060,83	152.278

			31.12.2012	Vorjahr
	€	€	€	Mio €
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen			-,-	-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen ¹		3.209.749.857,03		3.250
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-,-	-
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-,-	-
b) Plazierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-,-	-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		11.747.211.749,99	11.747.211.749,99	8.285

¹Verpflichtungen aus Patronatserklärungen sind im Anhang unter Punkt C.I. angegeben

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG – DEUTSCHE POSTBANK AG, BONN
FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2012 BIS 31. DEZEMBER 2012
 Vergleichszahlen vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011

Aufwendungen	Vorjahr		31.12.2012		Vorjahr
	€	Mio €	€	€	
1. Zinsaufwendungen				2.449.344.982,58	2.934
2. Provisionsaufwendungen				319.594.882,29	341
3. Nettoaufwand des Handelsbestands				0,00	11
4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter			520.546.098,75		644
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	131.200.909,86	120	179.724.360,42	700.270.459,17	168
b) andere Verwaltungsaufwendungen				1.741.127.010,63	1.716
5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				27.301.579,48	35
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen				118.526.451,26	102
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				627.599.888,55	157
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				109.540.811,67	547
9. Aufwendungen aus Verlustübernahme				99.272.308,92	0
10. Außerordentliche Aufwendungen				27.938.064,00	4
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag davon aus der Veränderung bilanzierter latenter Steuern	409.116.290,88	-31		445.721.849,60	-17
12. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 6 ausgewiesen				3.266.692,21	6
13. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				5.312.307,49	0
14. Jahresüberschuss				0,00	119
Summe der Aufwendungen				6.674.817.287,84	6.768

Erträge	Vorjahr		31.12.2012	Vorjahr
	€	Mio €	€	Mio €
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		3.808.723.691,14		3.639
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		852.584.559,81	4.661.308.250,95	1.189
2. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		1.256.217,04		1
b) Beteiligungen		180.001,36		0
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		544.688.532,40	546.124.750,80	405
3. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			185.290.663,35	234
4. Provisionserträge			740.242.386,77	759
5. Nettoertrag des Handelsbestands davon Einstellung in Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	-3.146.210,79	0	28.315.897,09	0
6. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			80.867.239,78	114
7. Sonstige betriebliche Erträge			432.668.099,10	427
Summe der Erträge			6.674.817.287,84	6.768

	31.12.2012	Vorjahr
	€	Mio €
1. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	119
2. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	119

ANHANG DEUTSCHE POSTBANK AG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2012

A. ALLGEMEINE ANGABEN ZUR GLIEDERUNG DES JAHRESABSCHLUSSES SOWIE ZU DEN BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGS- METHODEN

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG (Postbank) wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und des Aktiengesetzes (AktG) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt und umfasst den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Allgemeine Angaben

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Vergleich zum Vorjahr bis auf Änderungen der Abbildung von Bewertungseinheiten und dem Ausweis des sogenannten Unwindings unverändert. Im Berichtsjahr hat die Postbank die bilanzielle Abbildung von Bewertungseinheiten von der sogenannten Einfrierungsmethode auf die sogenannte Durchbuchungsmethode umgestellt, da durch die Bilanzierung zu Buchwerten, die näher an Zeitwerten sind, der Einblick in die Vermögens- und Finanzlage sowie die Steuerungs- und Überwachungspolitik verbessert wird. In diesem Zusammenhang wurde auch die bilanzielle Abbildung von erhaltenen und gezahlten Close-out-Zahlungen bei Beendigung der Sicherungsbeziehung aufgrund Veräußerung oder Glattstellung des Sicherungsinstruments vor Wegfall des Grundgeschäfts auf das in IDW RS HFA 35, Tz. 87 ff. beschriebenen Verfahren umgestellt. Die in diesen Fällen in Vorjahren gezahlten bzw. vereinnahmten und unter den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesenen Close-out-Zahlungen wurden, soweit noch nicht zeitanteilig erfolgswirksam aufgelöst, mit den Buchwerten der ursprünglichen Grundgeschäfte verrechnet (1.573 Mio € gezahlte Close-out-Zahlungen und 724 Mio € erhaltene Close-out-Zahlungen). Daran anschließend wurden die Grundgeschäfte mit den allgemeinen Bewertungsvorschriften bewertet. In diesem Zusammenhang ergaben sich für Wertpapiere der Liquiditätsreserve aufgrund des strengen Niederstwertprinzips Abschreibungen von 552 Mio €, die in laufender Rechnung erfasst wurden.

Die aus der Aufzinsung der geschätzten Cashflows resultierenden Beträge (Unwinding) werden seit dem Berichtsjahr 2012 im Zinsüberschuss ausgewiesen. Im Vorjahr erfolgte der Ausweis in der Risikoversorge im Kreditgeschäft.

2. Bilanzierung und Bewertung

Wie Umlaufvermögen bewertete Vermögensgegenstände Die Barreserve, die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, andere Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden mit ihrem Nennwert angesetzt. Agien/Disagien wurden zeitanteilig verteilt. Angekaufte Forderungen wurden mit ihren Anschaffungskosten angesetzt. Die in den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden enthaltenen Namenspapiere und Schuldscheindarlehen sind nach § 340e Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem Nennbetrag zuzüglich abgrenzter Zinsen bewertet. Die Unterschiedsbeträge zwischen

Nennwerten und den Anschaffungskosten wurden in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und werden planmäßig aufgelöst.

Allen erkennbaren Einzelrisiken im Kreditgeschäft sowie Länderrisiken wurde durch die Bildung von Wertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere des Umlaufvermögens (mit Ausnahme des Handelsbestands) sind mit ihren historischen Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert (§ 340e Abs. 1 Satz 2 i. V. m. § 253 Abs. 4 Satz 1 HGB und § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB).

Für Strukturierte Kreditprodukte (SCP), wie z. B. CDO, Consumer ABS, Commercial ABS, CMBS und RMBS, wird aufgrund der eingeschränkten Verfügbarkeit verifizierbarer, indikativer Kurse weiterhin ein internes Bewertungsmodell eingesetzt, das in größtmöglichem Umfang Marktdaten verwendet.

Bewertungseinheiten

Die Postbank sichert Vermögensgegenstände und Schulden durch Mikrohedging gegen Zinsänderungsrisiken ab und bilanziert diese als Bewertungseinheiten. Ziel der Mikrohedging ist es, Zinsschwankungen bei Vermögensgegenständen und Schulden durch betrag-, währungs- und laufzeitkongruente Termin- oder Optionsgeschäfte abzusichern.

Die Bildung von Bewertungseinheiten im HGB-Abschluss erfolgt nach den Vorgaben des § 254 HGB unter Beachtung des IDW RS HFA 35. Die Sicherungsbeziehungen enden, wenn das Grundgeschäft oder das Sicherungsgeschäft ausläuft, veräußert oder ausgeübt wurde bzw. die Anforderungen an die Bildung von Bewertungseinheiten nicht mehr erfüllt sind.

Die Effektivitätsprüfung für alle Bewertungseinheiten erfolgt prospektiv durch eine Sensitivitätsanalyse von Grund- und Sicherungsgeschäft. Die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführenden Marktwertänderungen des Grundgeschäfts werden mit der Marktwertveränderung des Sicherungsinstruments für jede Sicherungsbeziehung retrograd miteinander verglichen. Soweit sie sich ausgleichen (effektiver Teil), werden sie bilanziell sowohl beim Grundgeschäft als auch beim Sicherungsinstrument (sonstige Vermögensgegenstände/sonstige Verbindlichkeiten) erfasst (Durchbuchungsmethode). Ineffektive Wertänderungen des Sicherungsgeschäfts werden – soweit negativ – als Drohverlustrückstellung erfasst. Wertänderungen des Grundgeschäfts, die nicht auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, werden nach den allgemeinen Bilanzierungsregeln erfasst.

Bei Auflösung erhaltene und gezahlte Close-out-Zahlungen für Mikrowaps, deren Basiskontrakte noch im Bestand sind, werden mit dem Buchwert des Sicherungsgeschäfts und gegebenenfalls für ineffektive Wertänderungen erfassten Drohverlustrückstellungen verrechnet. Ein verbleibender Betrag wird erfolgswirksam vereinnahmt. Die während der Laufzeit der Sicherungsbeziehung beim Grundgeschäft

erfassten Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko werden über die Restlaufzeit des Underlyings zeitanteilig aufgelöst.

Die Postbank bildet Bewertungseinheiten zwischen Vermögensgegenständen und Schulden als Grundgeschäft und Zinsswaps als Sicherungsinstrumente. Im abgelaufenen Geschäftsjahr betrug der Buchwert der abgesicherten Vermögensgegenstände 10.101 Mio € und der der abgesicherten Schulden – 11.188 Mio €. Am Abschlusstichtag betrugen die Wertveränderungen, die auf das abgesicherte Risiko der Vermögensgegenstände als Grundgeschäft entfallen, 929 Mio € und die Wertveränderungen, die auf das abgesicherte Risiko der Schulden als Grundgeschäft entfallen, – 1.080 Mio €. Dagegen standen Wertveränderungen der Sicherungsgeschäfte von – 933 Mio € für Vermögensgegenstände bzw. von 1.082 Mio € für Schulden. Die Wirksamkeit, als retrospektiver Effektivitätstest, der Sicherungsbeziehung wird auf Basis der Dollar-Offset-Methode nachgewiesen. Zum Abschlusstichtag haben sich Wertveränderungen von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument nahezu ausgeglichen. Die zukünftigen zinsinduzierten Wertveränderungen des Grundgeschäfts werden über ein laufzeitkongruentes Sicherungsinstrument bis zur Endfälligkeit des Grundgeschäfts abgesichert. Für die Ermittlung des abgesicherten Risikos werden die für die Bilanzierung im Hedge Accounting nach IFRS ermittelten Hedge Fair Values verwendet.

Handelsbestand

Die Zuordnung einzelner Finanzinstrumente zum Handelsbestand hat die Postbank auf Grundlage interner Richtlinien und Prozesse geregelt. Anwendung finden hierfür die Kriterien der Postbank für die Einbeziehung von Geschäften in das Handelsbuch nach § 1a Abs. 1 KWG.

Der Ausweis der Handelsbestände erfolgt unter der Bilanzposition Handelsbestand auf der Aktiv- bzw. der Passivseite. In dieser Bilanzposition zeigt die Postbank Handelsbestände an Derivaten, Geldhandelspositionen, Schuldverschreibungen, festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere des Handelsbestands. Die Postbank ordnet auf Basis interner Kriterien Finanzinstrumente dem Handelsbestand zu.

Im Bereich des besicherten Geldhandels wird eine Verrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten bei übereinstimmender Fälligkeit, Währung und gleichem Kontrahenten vorgenommen, sofern die Aufrechnungsbedingungen erfüllt sind. In der Bilanz erfolgt ein saldierter Ausweis der Verrechnungsspitze.

Die Zinserträge und die Zinsaufwendungen aus nicht derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Existiert für ein Finanzinstrument des Handelsbestands ein aktiver Markt, wird der beizulegende Zeitwert durch den Markt- bzw. Börsenpreis des Bilanzstichtags ermittelt. Liegt kein aktiver Markt vor, wird der beizulegende Zeitwert durch allgemein anerkannte Bewertungsmethoden bestimmt.

Bei der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte auf Basis von Bewertungsmethoden werden in größtmöglichem Umfang beobachtbare Marktdaten verwendet. Die Postbank nutzt dabei größtenteils sogenannte Discounted-Cashflow-Methoden. Hierbei werden als Bewertungsparameter im

Wesentlichen Zins- und Spread-Kurven (Credit Spreads, Basis Spreads) herangezogen. Des Weiteren werden zur Bewertung von Kreditderivaten zusätzlich CDS-Spreads bzw. Hazard Rates genutzt. Optionspreismodelle nutzen als Inputparameter darüber hinaus Aktienkurse, Indexpreise und Volatilitäten.

Das sich ergebende Bewertungsergebnis wird erfolgswirksam vereinnahmt. Der Ansatz erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Wertänderungen während der Laufzeit werden ebenfalls erfolgswirksam erfasst.

Auf den Handelsbestand der Postbank wurde im Rahmen der risikoadjustierten Marktbewertung per 31. Dezember 2012 ein Risikoabschlag in Höhe von 5,3 Mio € (Vorjahr: 12 Mio €) ermittelt und erfolgswirksam gegen das Nettoergebnis des Handelsbestands eingestellt. Als Berechnungsverfahren wird der Value-at-Risk (zehn Tage Haltedauer, 99 % Konfidenzniveau, historischer Beobachtungszeitraum von einem Jahr) unter Berücksichtigung der Korrelationen zwischen Risikofaktoren und Portfolios genutzt.

Derivate des Nichthandelsbestands

Sofern Derivate (insbesondere Zinsswaps, Zinsfutures, Forward Rate Agreements, Aktien- und Indexderivate) nicht dem Handelsbestand zugeordnet sind, werden diese als schwebende Geschäfte nach den hierfür geltenden Grundsätzen behandelt.

Das realisierte Ergebnis aus Derivaten des Nichthandelsbestands wird je nach Zweck des Derivats im Posten Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen im Kreditgeschäft bzw. im Zinsergebnis erfasst.

Wurden negative Wertveränderungen in der Folgebewertung festgestellt, erfolgt die bilanzielle Berücksichtigung im Rahmen der bei Kreditinstituten etablierten Bilanzierungskonvention.

Bei Optionen, bei denen die Postbank Optionsberechtigte ist, erfolgt die Zugangsbewertung in Höhe der gezahlten Optionsprämie. Der Ausweis erfolgt im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ bzw. im Posten „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“, sofern es sich um Optionsscheine handelt. Die Folgebewertung erfolgt nach den allgemeinen Bewertungsvorschriften für das Umlaufvermögen nach § 340e Abs. 1 Satz 2 HGB.

Gezahlte Initial Margins werden in dem Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ ausgewiesen. Im Falle einer zur Absicherung von Derivaten vorgenommenen Verpfändung von Wertpapieren werden diese weiterhin bei der Postbank als rechtlichem und wirtschaftlichem Eigentümer ausgewiesen.

Im Rahmen der verlustfreien Bewertung stellt die Postbank jährlich zum 31. Dezember dem handelsrechtlichen Buchwert den Barwert des Zinsbuchs gegenüber. Dabei werden Zinsderivate, die im Rahmen der Steuerung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch kontrahiert werden, mit einbezogen. Falls der Barwert den Buchwert unterschreitet, wird eine Rückstellung gebildet.

Wertpapierpensionsgeschäfte

Echte Wertpapierpensionsgeschäfte werden sowohl zur Liquiditätssteuerung als auch mit Handelsabsicht gehalten. Die aus diesen Geschäften in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2012 wurden Wertpapiere als Sicherheiten mit einem Buchwert in Höhe von 3.812 Mio € (Vorjahr: 9.374 Mio €) in Pension gegeben.

Wie Anlagevermögen bewertete Vermögensgegenstände
Wie Anlagevermögen bewertete Wertpapiere werden gemäß § 340e Abs.1 i. V. m. § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Die Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag (Agien/Disagien) werden zeitanteilig verteilt. Die Bestände werden buchhalterisch getrennt von den Wertpapieren des Umlaufvermögens geführt.

Asset Backed Securities sind in Teilen dem Anlagevermögen zugeordnet. Die enthaltenen synthetischen Collateralized Debt Obligations (CDO) stellen strukturierte Produkte nach IDW RS HFA 22 dar und werden bilanziell getrennt dargestellt.

Beteiligungen einschließlich der Anteile an verbundenen Unternehmen sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung werden gemäß § 340e Abs. 1 Satz 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet.

Die Anteile an der PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen (PB Spezialinvest) werden in den Anteilen an verbundenen Unternehmen ausgewiesen und aufgrund der Bewertungskontinuität wie Umlaufvermögen bewertet.

Die auf ausländische Währung lautenden Beteiligungen, einschließlich der Anteile an verbundenen Unternehmen, wurden mit dem jeweiligen Anschaffungskurs in Euro umgerechnet.

Immaterielle Anlagewerte

Entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Die Abschreibungen erfolgen nach der tatsächlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer.

Für den Geschäfts- und Firmenwert wird eine betriebliche Nutzungsdauer von 15 Jahren angesetzt. Die Gründe für die Länge der Nutzungsdauer liegen in der Annahme der Schätzung der voraussichtlichen Nutzung.

Sachanlagen

Sachanlagen sind mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer angesetzt. Soweit erforderlich, werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Kosten für die laufende Wartung und Anschaffungskosten bis 150 € werden gemäß § 6 Abs. 2 EStG in voller Höhe ergebniswirksam erfasst. Kosten für den Ersatz von Teilen des Sachanlagevermögens werden aktiviert.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einer Höhe von 410 € werden im Jahr der Anschaffung sofort abgeschrieben.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die Postbank bildet gemäß § 250 HGB Rechnungsabgrenzungsposten. Die Auflösung erfolgt entsprechend dem Aufwand bzw. dem Ertrag der Rechnungsperiode.

Latente Steuern

Die Postbank aktiviert aufgrund der ertragsteuerlichen Organschaft zur Deutschen Bank keine latenten Steuern mehr. Ein Umlagevertrag wurde nicht abgeschlossen.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Agien/Disagien werden zeitanteilig verteilt. Begebene Zerobonds sind mit dem Emissionswert zuzüglich anteiliger Zinsen bis zum Bilanzstichtag passiviert. Die anteiligen Zinsen von Zerobonds werden nach der Effektivzinsmethode amortisiert.

Rückstellungen

Zum 31. Dezember 2012 beträgt der Bestand an Pensionsrückstellungen 697 Mio €.

Die Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen errechnet. Als versicherungsmathematisches Verfahren verwendet die Postbank für die Berechnung die „Projected-Unit-Credit-Methode“ (Anwartschaftsbarwertverfahren).

Folgende versicherungsmathematische Annahmen liegen der Berechnung zugrunde:

	31.12.2012	31.12.2011
Rechnungszinsfuß	5,05 %	5,14 %
Gehaltsdynamik	2,70 %	2,60 %
Anpassungsrate für Renten	2,20 %	2,10 %
Fluktuation	4,0 % p. a.	4,0 % p. a.
Pensionsalter	60 – 63 Jahre	60 – 63 Jahre
Sterblichkeit/Invalidität etc.	Heubeck-Tafeln 2005G	Heubeck-Tafeln 2005G

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB).

Aufgrund der Bewertungsvorgaben für Altersversorgungsrückstellungen, die durch das BilMoG am 29. Mai 2009 in Kraft getreten sind, ergab sich bei der Postbank zum 1. Januar 2010 ein Unterschiedsbetrag zum bisherigen Recht in Höhe von 66,6 Mio €, der bis 2024 mit mindestens einem Fünfzehntel jährlich zugeführt werden muss. Bis zum 31. Dezember 2012 wurden kumuliert 36,7 Mio € zugeführt, davon im Geschäftsjahr 2012 27,9 Mio €, sodass sich ein Restunterschiedsbetrag in Höhe von 29,9 Mio € ergibt. Die jährlichen Zuführungsbeträge werden jeweils erfolgswirksam erfasst und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten „Außerordentliche Aufwendungen“ ausgewiesen.

Die Pensionsverpflichtungen beruhen überwiegend auf unmittelbaren Versorgungszusagen. Art und Höhe der Ruhegelder der versorgungsberechtigten Mitarbeiter richten sich nach den Bestimmungen der jeweiligen Versorgungsregelungen (u.a. Pensionsrichtlinien, Versorgungsordnung). Diese sind im Wesentlichen von der Dauer des Beschäftigungsverhältnisses abhängig. Für die in Vorjahren in die betriebliche Altersversorgung der Bank übernommenen, bis dahin bei der Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP) versicherten Rentner und Arbeitnehmer hat die Bank eine Direktzusage auf betriebliche Altersversorgung erteilt.

Die Steuerrückstellungen und die anderen Rückstellungen werden in Höhe ihres Erfüllungsbetrags gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit der gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung durch die Deutsche Bundesbank bereitgestellten Zinskurve bewertet. Der aus der Aufzinsung resultierende Zinseffekt wird für bankgeschäftliche Rückstellungen als Zinsaufwand und für nicht bankgeschäftliche Rückstellungen als sonstiger betrieblicher Aufwand erfasst.

Eventualverbindlichkeiten

Unter den Eventualverbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen mit ihren valutierenden Beträgen zum Bilanzstichtag ausgewiesen.

Währungsumrechnung

Die Forderungen und Verbindlichkeiten in Fremdwährung wurden gemäß § 256a HGB mit den am Abschlussstichtag gültigen Devisenkassamittelkursen in Euro umgerechnet. Termingeschäfte, die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt sind, wurden zum Terminkurs des Bilanzstichtags bewertet. Für Fremdwährungsgeschäfte im Bankbuch erfolgte eine Spaltung des Terminkurses und eine Abgrenzung der Swapstellen.

Ergebnisse aus der Umrechnung kursgesicherter Bilanzposten und korrespondierender schwebender Geschäfte wurden durch die Bildung von Ausgleichsposten neutralisiert.

Die auf Fremdwährung lautenden Bilanzbestände und schwebenden Geschäfte werden in jeder Währung aufgrund der gesamtheitlichen Steuerung durch das Treasury und dem Verzicht auf strategische Währungspositionen als besonders gedeckt eingestuft und bewertet (§ 340h i.V.m. § 256a HGB). Dementsprechend wurden alle Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung in der Erfolgsrechnung im Nettoertrag oder im Nettoaufwand des Handelsbestands erfasst. Auszusondernde Erträge ergaben sich nicht, da die am Bilanzstichtag bestehenden Positionen aufgrund der hohen Umschlaghäufigkeit zeitnah begründet worden sind.

III. Angaben über Beteiligungsverhältnisse

Die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, hielt mittelbar über die DB Finanz-Holding GmbH und die DB Valoren S.à.r.l. bzw. die DB Equity S.à.r.l., am 31. Dezember 2012 ca. 94,1 % der Aktien der Postbank.

Der an den Börsen gehandelte Streubesitz der Postbank beträgt somit rund 5,9 %.

Die Postbank wird im Konzernabschluss der Deutschen Bank AG vollkonsolidiert.

Die Postbank hat als börsennotierte Aktiengesellschaft für das am 31. Dezember 2012 endende Geschäftsjahr ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in Verbindung mit der Verordnung über die RechKredV und unter Beachtung der einschlägigen Regelungen des Aktiengesetzes aufgestellt.

Nach Beschlussfassung in Vorstand und Aufsichtsrat der Postbank hat der Vorstand der Postbank den Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der Postbank als abhängigem Unternehmen und der DB Finanz-Holding GmbH, Frankfurt am Main (einer 100 %igen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG), als beherrschendem Unternehmen unterzeichnet.

Die ordentliche Hauptversammlung der Postbank hat am 5. Juni 2012 dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen Deutscher Bank und Postbank zugestimmt. Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag ist mit Eintragung im Handelsregister am 20. Juni 2012 wirksam geworden. Das Oberlandesgericht Köln hat am 11. September 2012 die Bestandskraft des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags festgestellt. Eine Anfechtungsklage gegen den vorgenannten Zustimmungsbeschluss wurde in der Folge zurückgenommen.

IV. KWG-Grundsätze

Die Postbank erstellt die entsprechenden Einzelinstitutsmeldungen und erfüllt ihre darüber hinausgehenden Meldepflichten gemäß KWG.

Zum 31. Dezember 2012 beträgt die regulatorische Tier-I-Quote 8,3% und die Gesamtkennziffer 14,3 %.

B. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ UND ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

I. Aktivseite der Bilanz

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Verbundene Unternehmen		
In den nachfolgenden Positionen sind Forderungen an verbundene Unternehmen enthalten:		
Forderungen an Kreditinstitute	13.041	13.025
Forderungen an Kunden	1.011	4.215
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.339	5.383
Sonstige Vermögensgegenstände	279	471
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
In den nachfolgenden Positionen sind Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:		
Forderungen an Kreditinstitute	7	0
Forderungen an Kunden	45	52
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Nachrangige Forderungen		
Nachrangige Forderungen sind in folgenden Positionen ausgewiesen:		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	61	52

Die Reduzierung der Schuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere gegenüber verbundenen Unternehmen resultiert im Wesentlichen aus der vorzeitigen Tilgung einer Schuldverschreibung sowie dem konzerninternen Verkauf einer Schuldverschreibung (Verbriefung).

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute		
Als Deckung verwendet mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	20	173
davon mindestens drei Monate, aber weniger als vier Jahre	0	0
davon vier Jahre oder länger	20	173

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Forderungen an Kunden		
Als Deckung verwendet mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	18.981	21.534
davon weniger als vier Jahre	246	418
davon vier Jahre oder länger	18.735	21.116
Sicherung durch Grundpfandrechte	25.528	27.507
davon als Deckung verwendet	15.252	18.103
Kommunaldarlehen	3.729	3.431
davon als Deckung verwendet	3.729	3.431

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
In dieser Position sind börsenfähige Wertpapiere enthalten in Höhe von:	26.424	29.221
Geldmarktpapiere Von öffentlichen Emittenten		
börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
nicht börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
Von anderen Emittenten		
börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
nicht börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
Anleihen und Schuldverschreibungen Von öffentlichen Emittenten		
börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	13.265	13.732
nicht börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	34	178
Von anderen Emittenten		
börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	12.253	14.309
nicht börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	872	1.002
Eigene Schuldverschreibungen		
börsennotierte eigene Schuldverschreibungen	0	0
nicht börsennotierte eigene Schuldverschreibungen	0	0
Nicht nach dem Niederstwertprinzip bewertete Wertpapiere	3.737	6.917

Im Anlagevermögen sind 29 Wertpapiere mit einem Buchwert von 3.661 Mio € (Vorjahr: 6.787 Mio €) enthalten, bei denen, bei einer Bewertung mit den Börsenkursen des Bilanzstichtags, Abschreibungen in Höhe von 385 Mio € (Vorjahr: 771 Mio €) angefallen wären. Es handelt sich hierbei um zwölf Anleihen von Banken (Buchwert 2.477 Mio €, Marktwert 2.138 Mio €) und sechzehn Staatsanleihen (Buchwert 1.175 Mio €, Marktwert 1.129 Mio €), die in der Europäischen Union emittiert worden sind. Des Weiteren hält

die Bank ein ABS (Buchwert 9,1 Mio €, Marktwert 8,9 Mio €), der auf den Cayman Islands emittiert worden ist.

Die Wertänderungen bei den festverzinslichen Wertpapieren sind zins- und credit-spread-induziert und voraussichtlich nicht von Dauer. Die gemäß IDW RS HFA 22 im Geschäftsjahr 2011 gebildete Drohverlustrückstellung für die von den synthetischen Collateralized Debt Obligations abgespaltenen Credit Default Swaps wurde in voller Höhe (8,3 Mio €) verbraucht.

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
In dieser Position sind börsenfähige Wertpapiere enthalten in Höhe von:	0	23
davon börsennotierte Wertpapiere	0	13
davon nicht börsennotierte Wertpapiere	0	10
Nicht nach dem Niederstwertprinzip bewertete Wertpapiere	0	0

Die Handelsaktivitäten der Postbank umfassen den Handel mit derivativen Finanzinstrumenten, Geldhandelsforderungen und -verbindlichkeiten, Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren. Der Handelsbestand wird zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Hierauf wird ein Abschlag in Höhe des 10-Tages-VaR vorgenommen, der gesondert ausgewiesen ist.

Handelsbestand	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	7.781	5.462
Geldhandelsforderungen	6.704	12.926
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	62	120
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Risikoabschlag	-5	-12

Reverse Repos in Höhe von 6.691 Mio € (Vorjahr: 12.712 Mio €) werden als Geldhandelsforderungen bilanziert. Die daraus entstandenen Zinsen in Höhe von 113 Mio € (Vorjahr: 279 Mio €) werden als Zinserträge erfasst.

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Beteiligungen		
In dieser Position sind börsenfähige Anteile enthalten in Höhe von:	5	4
davon börsennotiert	5	4
davon nicht börsennotiert	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen		
In dieser Position sind börsenfähige Anteile enthalten in Höhe von:	3.655	3.683
davon börsennotiert	0	0
davon nicht börsennotiert	3.655	3.683

Anlagespiegel

	Historische Anschaf- fungs- kosten	Zugänge	Abgänge	Wechsel- kurs-/Zins- abgren- zungsän- derungen	Kumu- lierte Abschrei- bungen	Kumu- lierte Zuschrei- bungen	Restbuch- wert	Abschrei- bung Geschäfts- jahr	Zuschrei- bung Geschäfts- jahr
	01.01.2012 Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	31.12.2012 Mio €	2012 Mio €	2012 Mio €
Schuldver- schreibungen und andere festver- zinsliche Wertpapiere	10.401	643	-3.163	-49	-6	0	7.826	0	0
Beteiligungen	21	4	0	0	-11	1	15	-5	1
Anteile an verbundenen Unternehmen	10.176	0	-23	0	-1.204	323	9.272	-30	22
Sachanlagen	981	3	-125	0	-433	0	426	-19	0
Immaterielle Anlagewerte	97	0	0	0	-33	0	64	-9	0
Gesamt	21.676	650	-3.311	-49	-1.687	324	17.603	-63	23

Die Zugänge bei den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren resultieren aus der Anwendung der Durchbuchungsmethode bei den Bewertungseinheiten. Hierbei werden die sich ausgleichenden Wertveränderungen aus dem abgesicherten Risiko sowohl bei den Schuldverschreibungen als auch beim Sicherungsinstrument (Zinsswap) bilanziell erfasst. Für die aktuellen Bewertungseinheiten sind im laufenden Geschäftsjahr 237 Mio € als zinsinduzierte Wertveränderung aktiviert worden. Zudem sind 406 Mio € Close-out-Zahlungen bei den Schuldverschreibungen aktiviert worden, die in den Vorjahren als Rechnungsabgrenzungsposten aktiviert bzw. passiviert worden sind.

Bei den Abgängen aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren handelte es sich im Wesentlichen um den Verkauf von fünf europäischen Staatsanleihen mit einem Buchwert in Höhe von 1.889 Mio € sowie um endfällige Anleihen mit einem Buchwert von 485 Mio €.

Der Bestand an griechischen Staatsanleihen mit einem Buchwert von 156 Mio € ist nach der Zustimmung der Gläubiger zur Durchführung des Schuldenschnitts, unter Berücksichtigung des Marktwertes der eingetauschten Wertpapiere, erfolgswirksam ausgebucht worden. Aufgrund der Veräußerungsabsicht sind die im Rahmen des Umtauschprogramms erhaltenen neuen griechischen Staatsanleihen nicht dem Anlagebestand zugeordnet worden.

Mit dem Abgang der griechischen Staatsanleihen haben sich die kumulierten Abschreibungen von -453 Mio € auf -6 Mio € reduziert.

Die Zugänge und Abschreibungen bei den Beteiligungen entfallen vollständig auf geschlossene Fonds.

Die Zuschreibung entfällt in voller Höhe auf die Beteiligung an der HYPOPORT AG.

Die Zuschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen entfallen mit 15 Mio € auf die Teilgesellschafts-

vermögen der PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft und mit 7 Mio € auf die DPB Regent's Park Estates (LP) Holding Limited.

Die Abgänge bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen betreffen folgende Sachverhalte:

Die DPB Regent's Park Estates (LP) Holding Limited und die DPB Regent's Park Estates (GP) Holding Limited haben ihr Eigenkapital vollständig an die alleinige Anteilseignerin, die Postbank, zurückgeführt (15 Mio €).

Weitere Abgänge bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen betreffen die Verschmelzung der Postbank Financial Services GmbH auf die Postbank (5 Mio €), die vierteljährliche Rückzahlung der Kommanditanteile der DSL Portfolio GmbH & Co. KG (2 Mio €) sowie die Reduzierung der Kapitalrücklage der BHW Direktservice GmbH (1 Mio €).

Die Abschreibungen bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen betreffen im Wesentlichen die Postbank Finanzberatung AG (28 Mio €).

Die Sachanlagen entfallen im Wesentlichen auf die im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzten Grundstücke und Gebäude (417 Mio €), auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung (8 Mio €) sowie auf die Anlagen im Bau (1 Mio €). Im Geschäftsjahr wurden Sachanlagen mit einem Buchwert von 78 Mio € veräußert.

Die immateriellen Anlagewerte entfallen im Wesentlichen auf die von der Postbank Systems AG übernommenen Nutzungsrechte der Corebanking-Plattform.

Investmentvermögen

	Buchwert	Marktwert	Differenz Markt-/ Buchwert	Ausschüt- tung	Tägliche Rückgabe- möglich- keit	Unter- lassene Abschrei- bung
	Mio € 31.12.2012	Mio € 31.12.2012	Mio € 31.12.2012	Mio € 2012		Mio € 31.12.2012
PB Spezialinvest						
TGV PB 02	468	472	4	77	Ja	0
TGV PB 03	133	134	1	4	Ja	0
TGV PB 04	115	116	1	2	Ja	0
TGV PB 05	34	35	1	1	Ja	0
TGV PB 06	53	53	0	1	Ja	0
TGV PB 07	284	284	0	20	Ja	0
TGV PB 08	475	511	36	44	Ja	0
TGV PB 09	529	538	9	65	Ja	0
TGV PB 10	235	235	0	5	Ja	0
TGV PB 11	609	618	9	63	Ja	0
TGV PB 12	231	231	0	7	Ja	0
TGV PB 13	333	340	7	33	Ja	0
TGV PB 14	333	337	4	33	Ja	0
TGV PB 15	149	149	0	7	Ja	0
TGV PB 16	275	275	0	19	Ja	0
TGV PB 17	201	201	0	13	Ja	0
TGV PB 18	343	381	38	25	Ja	0
TGV PB 20	136	140	4	10	Ja	0
TGV PB 21	193	211	18	18	Ja	0
TGV PB 22	69	69	0	3	Ja	0
Sonstige Fonds						
Rentenfonds	454	454	0	0	Ja	0

Die Teilgesellschaftsvermögen 2–22 haben als Anlageziel den Kauf von Unternehmensanleihen (Investmentgrade/High Yield). Des Weiteren befinden sich Wertpapiere im Bestand, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden.

Die Teilgesellschaftsvermögen haben im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 450 Mio € ausgeschüttet. Die tägliche Rückgabe ist bei allen Fonds gewährleistet. Es wurde keine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen. Die Anteile an der PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen werden in den Anteilen an verbundenen Unternehmen ausgewiesen. Die Teilgesellschaftsvermögen werden aufgrund der Bewertungskontinuität wie Umlaufvermögen bewertet.

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Sonstige Vermögensgegenstände		
Hier werden im Wesentlichen folgende Werte ausgewiesen:		
Derivative Sicherungsinstrumente	1.083	0
Nicht bankgeschäftliche Forderungen	282	472
Steuererstattungsansprüche	74	191
Erstattungsanspruch PB Lebensversicherung AG (Talanx)	73	65
Einzugspapiere	0	1

Im Rahmen der bilanziellen Abbildung der Bewertungseinheiten nach der Durchbuchungsmethode werden die effektiven positiven Wertänderungen des Sicherungsgeschäfts unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten Forderungen aus Gewinnabführung von insgesamt 185 Mio €. Diese entfallen auf die Postbank Filialvertrieb AG (86 Mio €), die Postbank Beteiligungen GmbH (62 Mio €), die PB Factoring GmbH (35 Mio €) und die Postbank Direkt GmbH (2 Mio €).

Des Weiteren werden als Steuererstattungsansprüche Forderungen an die Deutsche Bank aus anrechenbaren Kapitalertragssteuern (51 Mio €) sowie aus anrechenbaren Solidaritätszuschlägen (3 Mio €) ausgewiesen.

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten		
Hier werden im Wesentlichen folgende Werte ausgewiesen:		
Abgrenzung Emissionskosten/ Disagio	56	69
Agioabgrenzungen aus Forderungen	30	47
Investitionszuschüsse	17	23
Close-out-Zahlungen bei Mikroswaps	0	1.573

Zur geänderten Bilanzierung von Close-out-Zahlungen siehe A. II Nr. 1.

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Restlaufzeiten		
Andere Forderungen an Kreditinstitute	27.910	11.442
bis 3 Monate	17.027	4.780
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	6.879	2.294
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.115	1.660
mehr als 5 Jahre	1.889	2.708
Forderungen an Kunden	67.424	70.246
bis 3 Monate	5.792	11.258
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	7.160	5.474
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	24.793	24.499
mehr als 5 Jahre	27.400	26.740
mit unbestimmter Laufzeit	2.279	2.275

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
im Folgejahr fällig werdend	3.251	2.210

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Fremdwährungsaktiva		
Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände	8.428	12.881

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Treuhandvermögen	757	856
In dieser Position sind enthalten:		
Forderungen an Kunden	704	801
Forderungen an Kreditinstitute	53	55

Den traditionellen Schwerpunkt des Treuhandgeschäfts bildet die Finanzierung von Maßnahmen zur Strukturverbesserung des ländlichen Raums, insbesondere die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe im Haupt- und Nebenerwerb. In den neuen Bundesländern finanziert die Bank im Rahmen staatlicher Förderprogramme die Wiedereinrichtung und die Umstrukturierung landwirtschaftlicher Unternehmen durch Gewährung von Darlehen und Zuschüssen sowie durch Zinsbilligungen und Bürgschaften.

Aktive latente Steuern

Aufgrund der ertragsteuerlichen Organschaft zur Deutschen Bank werden im Geschäftsjahr 2012 keine aktiven latenten Steuern mehr aktiviert.

Nachfolgende Tabelle zeigt die latenten Steuern, die auf die temporären Differenzen entfallen:

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	0	0
Forderungen an Kunden	0	122
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	33
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	9
Anteile an verbundenen Unternehmen	0	107
Sachanlagen	0	28
Sonstige Aktiva	0	0
Immaterielle Anlagewerte	0	41
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	14
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, andere Rückstellungen	0	54
Sonstige Passiva	0	1
Summe	0	409

II. Passivseite der Bilanz

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Verbundene Unternehmen		
In den nachfolgenden Positionen sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in unverbriefter Form enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.545	52
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.343	1.265
Sonstige Verbindlichkeiten	207	68
In den nachfolgenden Positionen sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in verbriefter Form enthalten:		
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.600	1.600
Genussrechte	15	20

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Sonstige Verbindlichkeiten		
Im Wesentlichen setzt sich diese Position zusammen aus:		
Derivative Sicherungsinstrumente	929	0
Nicht bankgeschäftliche Verbindlichkeiten	259	120
Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	155	257
Steuerverbindlichkeiten	78	119

Die nicht bankgeschäftlichen Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen den im Geschäftsjahr 2012 zwischen der Postbank und der BHW Holding AG abgeschlossenen Gewinnabführungsvertrag. Daraus resultiert eine Verbindlichkeit aus Verlustübernahme in Höhe von 99 Mio €. Im Rahmen des Dienstleistungs-Rahmenvertrags mit der PB Firmenkunden AG besteht eine Verbindlichkeit im Wesentlichen aus Provisionen in Höhe von 53 Mio €. Darüber hinaus bestehen Umsatzsteuerverbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Bank AG in Höhe von 44 Mio €.

Im Rahmen der bilanziellen Abbildung der Bewertungseinheiten nach der Durchbuchungsmethode werden die effektiven negativen Wertänderungen des Sicherungsgeschäfts unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten		
Im Wesentlichen setzt sich diese Position zusammen aus:		
Disagioabgrenzungen aus Forderungen	34	41
Emissionskosten/Agioabgrenzung begebene Anleihen	10	9
Close-out-Zahlungen bei Mikroswaps	0	724

Zur geänderten Bilanzierung von Close-out-Zahlungen siehe A. II Nr. 1.

Handelsbestand	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	7.945	5.551
Geldhandelsverbindlichkeiten	2.538	2.082

Im Handelsbestand auf der Passivseite werden die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, Verbindlichkeiten des Handelsbestands sowie Leerverkäufe ausgewiesen. Alle Handelsbestände werden zum Fair Value bewertet.

Unter den Geldhandelsverbindlichkeiten werden auch Wertpapierpensionsgeschäfte ausgewiesen.

Repos in Höhe von 239 Mio € (Vorjahr: 420 Mio €) werden als Geldhandelsverbindlichkeiten bilanziert. Entstandene Zinsen aus diesen Geschäftstypen in Höhe von 40 Mio € (Vorjahr: 133 Mio €) werden als Zinsaufwendungen erfasst. Eine positive Änderung des Marktzinssatzes um einen Basispunkt würde eine Veränderung der Fair Values zinsbezogener derivativer Finanzinstrumente um ca. –1,4 Mio € (Vorjahr: 0,3 Mio €) erwirken.

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Rückstellungen		
In den anderen Rückstellungen sind enthalten:		
Personalarückstellungen	266	263
Drohverlustrückstellungen aus Derivaten	9	17

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Verbindlichkeiten stellen im Wesentlichen vier Emissionen von nachrangigen Schuldverschreibungen dar, die von für diesen Zweck bestehenden Tochtergesellschaften für 1.600 Mio € gekauft wurden. Diese nachrangigen Verbindlichkeiten sind nicht vor einer Mindestlaufzeit von fünf Jahren rückzahlbar.

Angaben zu jeder Mittelaufnahme über mehr als 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten:

ISIN	Währung	Betrag	Zinssatz	Fälligkeit
DE0001397081	€	500.000.000	variabel	04.11.2015
XF0002431707	€	500.027.000	variabel	23.12.2034
XF0002432002	€	500.076.000	5,991 %	29.06.2037

Die Bedingungen der nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen aufgrund kurzfristiger Fälligkeiten nicht in vollem Umfang den Voraussetzungen des § 10 Abs. 5a KWG; ein außerordentliches Kündigungsrecht ist dem Gläubiger nicht eingeräumt.

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Für die nachrangigen Verbindlichkeiten sind Aufwendungen (einschließlich anteiliger Zinsen und Agiobeträge) angefallen in Höhe von:	141	177

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Restlaufzeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	11.400	9.756
bis 3 Monate	2.681	612
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	979	1.519
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.169	2.293
mehr als 5 Jahre	4.571	5.332

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	144	153
bis 1 Jahr	49	54
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	95	99
mehr als 5 Jahre	0	0
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	21.347	25.341
bis 3 Monate	2.462	6.312
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	2.882	3.079
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	4.431	3.140
mehr als 5 Jahre	11.572	12.810

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Verbriefte Verbindlichkeiten		
Begebene Schuldverschreibungen		
im Folgejahr fällig werdend	1.981	572
Andere verbrieftete Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	42	1.738
bis 3 Monate	0	1.258
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	42	480

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Fremdwährungspassiva		
Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Schulden	8.317	12.654

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Offenmarktgeschäfte		
Im Rahmen von Offenmarktgeschäften waren Wertpapiere in dem Pfandpool der LZB abgetreten	0	1.800

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Treuhandverbindlichkeiten	757	856
In dieser Position sind enthalten:		
Kapital Treuhandvermögen (Durchlaufende Kredite)	392	446
Kapital Zweckvermögen	310	353
Sondervermögen des Landes Mecklenburg-Vorpommern	43	45
Altenteilerrentenfonds	12	12

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Genussrechte	1.167	1.172
In dieser Position sind enthalten:		
Inhabergenusscheine	575	580
Namensgenusscheine	592	592

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Fonds für allgemeine Bankrisiken	Mio €
Stand 01.01.2012	1.765
Zuführung gemäß § 340g HGB	5
Zuführung gemäß § 340e Abs. 4 HGB	3
Stand 31.12.2012	1.773

Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital der Postbank beträgt 547 Mio € und ist in 218.800.000 Stück nennwertlose Namensaktien eingeteilt.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22. April 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 21. April 2014 durch Ausgabe neuer auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 273,5 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital).

Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Die Hauptversammlung hat am 29. April 2010 die bedingte Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 273,5 Mio € durch Ausgabe von bis zu 109,4 Millionen neuen auf den Namen lautenden Stückaktien beschlossen (Bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von auf den Namen lautenden Stückaktien an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und/oder Genussrechten (bzw. Kombinationen dieser Instrumente), die aufgrund der von der Hauptversammlung vom 29. April 2010 beschlossenen Ermächtigung von der Gesellschaft oder von ihr abhängigen oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehenden Unternehmen bis zum 28. April 2015 begeben oder garantiert werden und ein Wandlungs- bzw. Optionsrecht auf neue auf den Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft gewähren bzw. eine Wandlungspflicht bestimmen.

Des Weiteren wurde in der Hauptversammlung der Postbank vom 29. April 2010 der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zu 5 % des jeweiligen Grundkapitals bzw. für andere Zwecke nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zu insgesamt 10 % des Grundkapitals zu erwerben. Entsprechend der gesetzlichen Regelung dürfen die insgesamt gehaltenen eigenen Aktien nicht mehr als 10 % des Grundkapitals betragen. Die Ermächtigungen wurden mit Ablauf der Hauptversammlung wirksam und gelten bis zum 28. April 2015. Im Berichtsjahr wurde von der Ermächtigung, eigene Aktien zu erwerben, kein Gebrauch gemacht. Zum Bilanzstichtag waren keine Bestände an eigenen Aktien zu verzeichnen.

Veränderung des Eigenkapitals		Mio €
Stand 01.01.2012		2.740
Gezeichnetes Kapital		547
Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter		20
Kapitalrücklage		1.090
Andere Gewinnrücklagen		
Gewinnrücklagen Bestand 01.01.2012	964 Mio €	
Einstellung in die Gewinnrücklagen	119 Mio €	1.083
Jahresüberschuss 2012		0
Stand 31.12.2012		2.740

Der Bilanzgewinn des Vorjahres von 119 Mio € wurde nach Beschluss zur Gewinnverwendung der Gewinnrücklage zugeführt.

Dem haftenden Eigenkapital werden keine nicht realisierten Reserven im Sinne des § 10 Abs. 2b Satz 1 Nr. 6 oder 7 KWG zugerechnet.

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Typisch stille Beteiligungen	20	20

Die typisch stillen Gesellschafter erhalten für jedes Geschäftsjahr eine Gewinnbeteiligung auf den Nennbetrag der Vermögenseinlage in Höhe des Prozentsatzes, den die Postbank der Ausschüttung auf das Grundkapital der Bank einschließlich offener Rücklagen zugrunde legt. Der Prozentsatz ist jeweils durch Mindest- bzw. Höchstsätze begrenzt. Im Fall eines Jahresfehlbetrags ist dieser von der stillen Einlage im Verhältnis ihres Buchwertes zum gesamten in der Bilanz ausgewiesenen haftenden Eigenkapital der Bank, das am Verlust teilnimmt, abzusetzen. Gleichzeitig erhalten die stillen Gesellschafter keine Vergütung für die Einlage.

III. Eventualverbindlichkeiten

Unter den Eventualverbindlichkeiten weist die Postbank eine Garantie gegenüber der PB Capital Corporation (PB Capital) in Höhe von 582 Mio € (Vorjahr: 208 Mio €) aus. Diese besteht im Wesentlichen aus einer Garantie für die Anmietung von Büroräumen, für Verpflichtungen aus Derivaten sowie für Repogeschäfte und Geschäfte mit der Deutschen Bank und weiteren Banken. Des Weiteren weist sie eine Garantie gegenüber der PB Finance, Delaware, USA für das Commercial-Paper-Programm in Höhe von 1.230 Mio € (Vorjahr: 1.100 Mio €) aus. Die Postbank weist außerdem eine Garantie gegenüber der Deutschen Postbank International S.A., Luxemburg, in Höhe von 345 Mio € (640 Mio €) aus. Darin werden im Wesentlichen Engagements in Form von Risikounterbeteiligungsvereinbarungen abgesichert, die u. a. die Großkreditgrenze der Deutschen Postbank International S.A., Luxemburg, überschreiten.

Die zugunsten verbundener Unternehmen eingegangenen Verpflichtungen aus Gewährleistungsverträgen gegenüber Dritten waren nicht zu passivieren, da die zugrunde liegenden Verbindlichkeiten durch die verbundenen Unternehmen voraussichtlich erfüllt werden können und daher mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen ist.

Ferner zeigt die Postbank im Rahmen einer Verbriefungstransaktion eine Garantie zugunsten der KfW als Sicherungsnehmer unter der Senior Garantie in Höhe von 358 Mio € (Vorjahr: 517 Mio €).

IV. Andere Verpflichtungen

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Andere Verpflichtungen		
In dieser Position sind enthalten:		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	11.747	8.285
davon: bereitgestellte Baudarlehen	2.168	2.059

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 bestanden unmittelbar kündbare Kreditlinien in Höhe von 12.325 Mio € (Vorjahr: 12.075 Mio €).

Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen lagen zum Bilanzstichtag keine vor.

Die nach § 34 Abs. 2 Nr. 4 RechKredV anzugebende Methodik für die Beurteilung und Quantifizierung der ausgewiesenen vertraglich eingegangenen, aber in der Realisierung nicht wahrscheinlichen Haftungs- oder Kreditrisiken sowie der Verpflichtungen aus Geschäften, bei denen die Postbank eine (unwiderrufliche) Vereinbarung getroffen hat und damit künftig einem Kredit- bzw. Liquiditätsrisiko ausgesetzt ist, ist im Lagebericht der Postbank im Abschnitt „Risikobericht „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“ beschrieben.

V. Gewinn- und Verlustrechnung

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft enthalten das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft in Höhe von –303 Mio € (Vorjahr: –198 Mio €) sowie die Risikovorsorge auf Wertpapiere in Höhe von –324 Mio € (Vorjahr: 42 Mio €). Durch die Veräußerung von Wertpapieren wurden Kursgewinne in Höhe von 152 Mio € und Kursverluste in Höhe von –57 Mio € realisiert. Die Zuschreibungen auf Rentenpapiere betragen 167 Mio € und die Abschreibungen –591 Mio €.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Effekte aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen in Höhe von 35 Mio € (Vorjahr: 34 Mio €), Gerichts- und Prozesskosten von 42 Mio € (Vorjahr: 22 Mio €) sowie Vergütungen an die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation von 9 Mio € (Vorjahr: 9 Mio €).

Im Berichtsjahr wurden 10 % des Nettoertrags des Handelsbestands (3 Mio €) zum Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e Abs. 4 HGB zugeführt. Nach Zuführung beträgt der Nettoertrag des Handelsbestands 28 Mio €.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere enthalten im Wesentlichen die im Berichtsjahr realisierten Verluste im Rahmen des Umtausches griechischer Staatsanleihen in Höhe von –36 Mio €, die Kursverluste aus dem Abgang von belgischen Staatsanleihen (–13 Mio €) und von ungarischen Staatsanleihen (–6 Mio €) sowie aus dem Abgang von Schuldscheindarlehen (–12 Mio €). Darüber hinaus wurden im Berichtsjahr Abschreibungen auf den Beteiligungsbuchwert der Postbank Finanzberatung AG (–28 Mio €), von geschlossenen Fonds (–5 Mio €) und der BHW Direktservice GmbH (–2 Mio €) vorgenommen.

Die Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere enthalten im Wesentlichen die realisierten Kursgewinne aus der Veräußerung von französischen Staatsanleihen in Höhe von 20 Mio €, von italienischen Staatsanleihen in Höhe von 14 Mio € sowie von spanischen Staatsanleihen in Höhe von 5 Mio €. Aus der Veräußerung von Schuldscheindarlehen wurden 14 Mio € realisiert. Darüber hinaus sind Zuschreibungen auf die Teilgesellschaftsvermögen der PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft in Höhe von 15 Mio € und der DPB Regent's Park Estates (LP) in Höhe von 7 Mio € sowie Buchgewinne in Höhe von 2 Mio € aus der Eigenkapitalrückführung der DPB Regent's Park Estates (GP) Holding Limited und der DPB Regent's Park Estates (LP) Holding Limited an die alleinige Anteilseignerin Postbank enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus Kostenerstattungen für Personal- und Sachaufwendungen in Höhe von 239 Mio € (Vorjahr: 249 Mio €), Erträge aus Mieten und Pachten von 58 Mio € (Vorjahr: 61 Mio €) sowie Buchgewinne aus dem Abgang von Sachanlagen von 11 Mio € (Vorjahr: 7 Mio €).

Die Postbank hat aus der Erstanwendung des BilMoG den bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen resultierenden Unterschiedsbetrag in Übereinstimmung mit Art. 67

Abs. 7 EGHGB mit –28 Mio € (Vorjahr: –4 Mio €) im außerordentlichen Ergebnis erfasst.

Die Aufwendungen aus Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betragen 446 Mio € (Vorjahr: –17 Mio €). Hiervon entfallen 5 Mio € auf Steuern aus Vorjahren und 32 Mio € auf die laufenden Ertragsteuern. Darüber hinaus entfallen 409 Mio € auf Aufwendungen aus latenten Steuern.

Erträge nach geografischen Märkten

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Deutschland	3.316	2.881
Übrige	76	60
davon Europa	76	60
Gesamt	3.392	2.941

Der Gesamtbetrag enthält die folgenden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung: Zinsüberschuss (inklusive laufender Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen und Erträgen aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen), Provisionsüberschuss und Nettoaufwand bzw. Nettoertrag des Handelsbestands.

C. SONSTIGE ANGABEN

I. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Postbank zahlt gemäß § 16 Postpersonalrechtsgesetz einen jährlichen Beitrag für die Altersvorsorge ihrer Beamten an die Postbeamtenversorgungskasse, Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V. (BPS-PT), in Höhe von 33 % der Bruttobezüge der aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge der ruhegehaltstfähig beurlaubten Beamten. Darüber hinausgehende Verpflichtungen der Postbank für Leistungen der Postbeamtenversorgungskasse bestehen nicht.

Die Postbank nutzt Leasinggeschäfte als Finanzierungsalternative in einem überschaubaren Ausmaß. Die Vorteile liegen für die Bank im Wesentlichen in der Liquiditätsschonung. Diesem Vorteil steht das Risiko gegenüber, dass die Leasinggegenstände nicht über die gesamte Vertragsdauer benötigt werden.

Der Barwert der Leasingverbindlichkeiten beträgt 96 Mio €.

Patronatserklärungen

Aus der Abgabe der Patronatserklärungen gegenüber Tochtergesellschaften und gegenüber Gläubigern von Tochtergesellschaften der Postbank resultieren im Wesentlichen Vorteile für die Tochtergesellschaften in Form verbesserter Geschäfts- und Finanzierungsbedingungen. Von diesen Vorteilen profitiert die Postbank in Form eines positiven Einflusses auf den Unternehmenswert der Tochtergesellschaft. Diesen Vorteilen steht eine mögliche Inanspruchnahme durch den Gläubiger gegenüber.

Die Postbank trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaften Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg, PB Capital Corporation, Delaware, USA, PB Factoring GmbH, Bonn, und BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln, ihre Verpflichtungen erfüllen können. Wegen der Veräußerung aller Gesellschaftsanteile an der PB (USA) Holdings Inc., Delaware, USA, zum Ablauf des 31. Dezember 2012 wird die Patronats-erklärung bezüglich der PB Capital Corporation mit Wirkung ab dem 1. Mai 2013 hinsichtlich neu begründeter Verbindlichkeiten gekündigt. Die Deutsche Bank AG hat sich – im Rahmen des Erwerbs aller Gesellschaftsanteile an der PB (USA) Holdings Inc., Delaware, USA, zum Beginn des 1. Januar 2013 – verpflichtet, die Postbank im Innenverhältnis von allen etwaigen bisherigen und künftigen Verpflichtungen aus der Patronats-erklärung bezüglich der PB Capital Corporation freizustellen.

Die Postbank hat nachrangige Patronats-erklärungen im Rahmen der Begebung nachrangiger Anleihen durch die Deutsche Postbank Funding LLC I, die Deutsche Postbank Funding LLC II, die Deutsche Postbank Funding LLC III und die Deutsche Postbank Funding LLC IV, alle vier Wilmington, Delaware, USA, abgeben.

Nachschussverpflichtung

Die bestehenden Nachschussverpflichtungen resultieren aus gesetzlichen Regelungen sowie gesellschaftsvertraglichen und anderen Vereinbarungen.

Aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, besteht entsprechend gesellschaftsvertraglicher Regelungen eine anteilige Nachschusspflicht von bis zu 5,4 Mio €. Darüber hinaus haftet die Postbank anteilig für die Erfüllung der Nachschusspflicht der anderen dem Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, angehörenden Gesellschafter.

In allen genannten Fällen stehen dem Risiko aus einer tatsächlichen Inanspruchnahme aus den jeweiligen Verpflichtungen die Chancen einer Partizipation an der Stabilisierung und Vertrauensbildung, bezogen auf die private deutsche Kreditwirtschaft, gegenüber.

Nachschussverpflichtungen bestehen weiterhin gegenüber dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. in der gemäß Statut festgelegten Höhe sowie gegenüber der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken auf Basis der Regelungen des für alle Einlagenkreditinstitute verbindlichen Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes.

Dienstleistung für Verwaltung und Vermittlung

Die Bank erbringt Dienstleistungen für die Vermittlung von Versicherungen, Bausparverträgen sowie Investmentfondsanteilen im Rahmen der mit der HUK Coburg, Talanx-Gruppe und DWS-Gruppe sowie mit der BHW Bausparkasse getroffenen Kooperationsverträge.

II. Ausschüttungssperre

Die gegen Ausschüttung gesperrten Beträge stellen sich bei der Postbank folgendermaßen dar:

Gesamtbetrag der gegen Ausschüttung gesperrten Beträge i.S.d. § 268 Abs. 8 HGB (§ 285 Nr. 28 HGB)	31.12.2012	31.12.2011
	Mio €	Mio €
Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0	0
Aktive latente Steuern	0	409

III. Mitarbeiter (durchschnittliche Arbeitskräfteeinheiten)

	Gesamt 2012	Gesamt 2011
Arbeitnehmer		
Vollzeit	2.497	2.604
Teilzeit	295	280
Beamte Vollzeit	1.172	1.245
Beamte Teilzeit	241	257
	4.205	4.386
Nachwuchs		
Auszubildende	257	290
Trainees	0	0
Ausbildungsintegriertes Studium	24	17
	281	307
Gesamtsumme Mitarbeiter	4.486	4.693

IV. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahresergebnis ⁶ T€
Unternehmen, an denen mindestens 20 % der Kapitalanteile gehalten werden			
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	274.579	30.325
BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln	100,0	983.831	0 ¹
BHW Direktservice GmbH, Hameln	100,0	3.309	-200
BHW Eurofinance B.V., Arnheim, Niederlande	100,0	674	153
BHW Financial Srl in liquidazione, Verona, Italien	100,0	882	139
BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln	100,0	242.370	0 ¹
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG, Hameln	100,0	82.451	2.324
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln	100,0	918.946	0 ¹
BHW Holding AG, Hameln	100,0	912.156	184.653 ⁷
BHW-Immobilien GmbH, Hameln	100,0	3.936	1.208
BHW Invest, Société à responsabilité limitée, Luxemburg	100,0	5.611	594
BHW Kreditservice GmbH, Hameln	100,0	25	0
CREDA Objektanlage- und verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn	100,0	1.000	0 ¹
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	558	508
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	14	-11
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	-11	-14
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	34	-1
Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	99	13
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0
Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	63	3
Deutsche Postbank International S.A., Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	901.815	69.379
DPB Regent's Park Estates (GP) Holding Limited, London, Großbritannien	100,0	0	0 ⁵
DPB Regent's Park Estates (LP) Holding Limited, London, Großbritannien	100,0	0	2.433 ⁵
DSL Holding Aktiengesellschaft i.A., Bonn	100,0	57.926	489
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	10.829	453
DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	26	0
easyhyp GmbH, Hameln	100,0	186	80
EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & CO. KG, Hamburg	65,2	-3.644	-6.629
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. „Leipzig-Magdeburg“ KG, Bad Homburg v.d.Höhe	40,7	0	-97
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden „Louisenstraße“ KG, Bad Homburg v.d.Höhe	30,6	0	-45
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhl „Rimbachzentrum“ KG, Bad Homburg v.d.Höhe	74,0	0	-106
giropay GmbH, Frankfurt am Main	33,3	0	9
Iphigenie Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	22	0
Miami MEI, LLC, Dover, Delaware, USA	0,0	3.119	0 ^{2,4}
PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington, Delaware, USA	100,0	627.349	89.397 ²
PB (USA) Realty Corporation, New York, USA	94,7	1.114.886	37.250 ²
PB Capital Corporation, Wilmington, Delaware, USA	100,0	630.253	92.484 ²
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	11.546	0 ¹
PB Finance (Delaware) Inc., Wilmington, Delaware, USA	100,0	190	0 ²
PB Firmenkunden AG, Bonn	100,0	1.100	0 ¹

IV. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahresergebnis ⁶ T€
Unternehmen, an denen mindestens 20 % der Kapitalanteile gehalten werden			
PB Hollywood I Hollywood Station, LLC, Dover, Delaware, USA	0,0	662	411 ^{2,4}
PB Hollywood II Lofts, LLC, Dover, Delaware, USA	0,0	1.517	-4.173 ^{2,4}
PB Kreditservice GmbH, Hameln	100,0	25	0
PB Sechste Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	54	0
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Bonn	100,0	6.237.829	50.952
PBC Carnegie, LLC, Wilmington, Delaware, USA	0,0	0	0 ^{2,4}
PMG Collins, LLC, Tallahassee, Florida, USA	100,0	6.019	666 ²
Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln	100,0	1.138	55
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	310.325	0 ¹
Postbank Direkt GmbH, Bonn	100,0	20.858	0 ¹
Postbank Filial GmbH, Bonn	100,0	25	0 ¹
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	55	0 ¹
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	100,0	25.300	-4.830
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn	90,0	8.670	1.626
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	18.874	0 ¹
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	500	0 ¹
Postbank P.O.S. Transact GmbH, Eschborn	100,0	11.406	2.395
Postbank Service GmbH, Essen	100,0	124	-1
Postbank Support GmbH, Köln	100,0	759	0 ¹
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	51.591	0 ¹
Postbank Versicherungsvermittlung GmbH, Bonn	100,0	25	0 ¹
SAB Real Estate Verwaltungs GmbH, Hameln	100,0	32	3
SRC Security Research & Consulting GmbH, Bonn	16,9	3.709	1.030
Starpool Finanz GmbH, Berlin	50,0	239	62
VÖB-ZVD Processing GmbH, Frankfurt am Main	75,0	5.383	1.053 ³
Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet			
BSQ Bauspar AG, Nürnberg	14,1	31.803	0
HYPOPORT AG, Berlin	9,7	38.171	8.536
Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mit beschränkter Haftung, Leezen	11,0	37.860	1.599

¹ Ergebnis- und Verlustübernahmevertrag

² Umgerechnet zum Devisenkurs 1 EUR = 1,29317 USD

³ Ein Geschäftsanteil von 25 % des Stammkapitals wird treuhänderisch vom Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e.V. (VÖB) für die Postbank gehalten. Die Gesellschaft entstand im Geschäftsjahr 2012 aus der Verschmelzung der VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen und der Betriebs-Center für Banken Processing GmbH. Bei den angegebenen Daten handelt es sich um die Angaben aus dem Jahresabschluss 2011 des übernehmenden Rechtsträgers, der Betriebs-Center für Banken Processing GmbH.

⁴ Der Stimmrechtsanteil beträgt 100 %.

⁵ Umgerechnet zum Devisenkurs 1 EUR = 0,8161 GBP

⁶ Die Angaben zu Eigenkapital und Jahresergebnis basieren auf den jeweils zuletzt festgestellten Jahresabschlüssen der Gesellschaften.

⁷ Im Verlauf des Geschäftsjahres 2012 wurde zwischen der Deutschen Postbank AG und der BHW Holding AG ein Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen.

V. Vergütung des Vorstands

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2012

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Elemente der Vorstandsverträge werden vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt und regelmäßig überprüft.

Das Vorstandsvergütungssystem wurde im Berichtsjahr in folgenden Punkten angepasst: Mit Beschluss des Aufsichtsrats vom 19. März 2012 wurde für die aktienbasierten Vergütungskomponenten der Stichtagsaktienkurs auf einen Durchschnittsaktienkurs der letzten zehn Handelstage, die vor dem Tag liegen, an dem der Aufsichtsrat endgültig und ohne Vorbehalt die Zielerreichung bzw. die Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums feststellt bzw. der letzten zehn Handelstage der einjährigen Sperrfrist umgestellt. Mit Beschluss des Aufsichtsrats vom 20. Dezember 2012 wurden für gesperrte sowie zukünftige Komponenten die virtuellen Aktien (Phantom Shares) der Deutschen Postbank AG durch solche der Deutschen Bank AG ersetzt.

Auf Vorschlag des Präsidialausschusses beschließt der Aufsichtsrat über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten.

Maßgebliches Kriterium für die Ausgestaltung der Struktur der Vorstandsvergütung ist neben den Aspekten Angemessenheit und Nachhaltigkeit auch das Ziel, Anreize für das Eingehen unverhältnismäßig hoher Risiken zu vermeiden. Daher ist eine Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung festgelegt. Ferner orientiert sich die Festlegung der Vergütungshöhe für die Mitglieder des Vorstands an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und im internationalen Vergleich angemessen und wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert und so ausgestaltet, dass die Vorstandsmitglieder motiviert sind, die in den Strategien der Bank niedergelegten Ziele zu erreichen und somit zur nachhaltigen Unternehmensentwicklung beizutragen.

Die Gesamtvergütung besteht aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Fixum) und Nebenleistungen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt bar ausgezahlt. Die Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Erfolgsabhängige Komponente ist die variable Vergütung. Die variable Vergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Zielsetzungen ermittelt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahr) zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe der variablen Vergütung richtet

sich nach dem Erreichen darin festgelegter Zielwerte. Die maximale variable Vergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt.

Die variable Vergütung ist aufgeteilt in eine Kurzfristkomponente (Anteil 40%) und eine Langfristkomponente (Anteil 60%). Sie wird, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht vollständig bar ausgezahlt.

Die Kurzfristkomponente wird zur Hälfte in bar unmittelbar im Folgejahr – nach Feststellung der Zielerreichung – ausgezahlt (Kurzfristkomponente I). Die zweite Hälfte der Kurzfristkomponente (Kurzfristkomponente II) wird in virtuelle Aktien (Phantom Shares) der Deutschen Bank AG umgewandelt. Hierfür wird der Eurobetrag der Kurzfristkomponente II durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG der letzten zehn Handelstage dividiert, die vor dem Tag liegen, an dem der Aufsichtsrat die Zielerreichung festgestellt hat bzw. die Sperrfrist endet. Nach Ablauf einer einjährigen Sperrfrist werden die Phantom Shares auf aktueller Kursbasis zurückgewandelt und ausgezahlt. Den Phantom Shares werden während der Sperrfrist Dividendenäquivalente, die der tatsächlich ausgeschütteten Dividende entsprechen, gutgeschrieben.

Die Langfristkomponente steht insgesamt unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Erfolgs der Postbank Gruppe, der nach Maßgabe des Erreichens eines Nachhaltigkeitskriteriums während des sich anschließenden dreijährigen Bemessungszeitraums (drei Kalenderjahre nach dem Basisjahr) festgestellt wird. Im unmittelbar auf das zu vergütende Geschäftsjahr folgenden Jahr wird das Erreichen der für das zu vergütende Jahr festgelegten Ziele vom Aufsichtsrat überprüft und festgestellt sowie das Nachhaltigkeitskriterium für den Bemessungszeitraum festgesetzt. Dieses ist definiert als das sogenannte adjustierte Ergebnis nach Kapitalkosten (AEK). Der nachhaltige Konzernerfolg und das Nachhaltigkeitskriterium sind erreicht, wenn der Wert des AEK gleich oder besser oder – am Ende der Nachhaltigkeitsphase – durchschnittlich kumuliert besser als der Wert des AEK im Basisjahr ist.

Die Langfristkomponente wird – der dreijährigen Nachhaltigkeitsphase entsprechend – in drei jeweils gleiche Tranchen aufgeteilt, die wiederum jeweils zur Hälfte zur Barauszahlung vorgesehen (Langfristkomponente I) bzw. in Phantom Shares (Langfristkomponente II) umgewandelt werden. Die Umwandlungen und Wertermittlungen der Phantom Shares erfolgen nach den oben beschriebenen Verfahren.

Wird zum Ablauf eines jeden Jahres des dreijährigen Bemessungszeitraums die Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums durch den Aufsichtsrat festgestellt, erfolgt unmittelbar anschließend die Auszahlung der anteiligen Barkomponente (Langfristkomponente I) sowie die Umwandlung des anteiligen Betrags in Phantom Shares (Langfristkomponente II).

Wird in einem Jahr des Bemessungszeitraums das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt, wird die Auszahlung der entsprechenden Tranchen der Langfristkomponente in das folgende Jahr zur erneuten Überprüfung anhand des Nachhaltigkeitskriteriums aufgeschoben. Ist das Nachhaltigkeitskriterium am Ende des Bemessungszeitraums nicht erreicht, entfällt die Auszahlung auch aller aufgeschobenen Langfristkomponenten ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (sogenanntes Malus-System). In Form eines zusätzlichen Malus-Systems kann die Auszahlung von noch nicht ausbezahlten Komponenten auf Basis der Gesamtleistung des einzelnen Vorstandsmitglieds während des Bemessungszeitraums rückwirkend gesenkt oder ganz aufgehoben werden. Den Vorstandsmitgliedern ist es nicht gestattet, die Risikoorientierung von aufgeschobenen Vergütungskomponenten mit Absicherungsgeschäften oder anderen Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Der Aufsichtsrat kann bei außerordentlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen. Deren Höhe ist implizit begrenzt durch die vom Aufsichtsrat festgelegte Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung.

Entsprechend der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex, wird bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, die Deutsche Postbank AG nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergüten und die Zahlung auf maximal zwei Grundvergütungen zuzüglich maximal 40 % des zweifachen Wertes der maximalen variablen Vergütung (Abfindungs-Cap) begrenzen.

Bei vorzeitiger Beendigung von Vorstandsverträgen durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird die Vergütung pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt.

Höhe der feststehenden und der potenziellen Vergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2012

Die neun im Geschäftsjahr 2012 aktiven Mitglieder des Vorstands können für den Berichtszeitraum insgesamt Bezüge in Höhe von 10.275,9 T€ (Vorjahr: 9.701,1 T€) erhalten (ohne Berücksichtigung von Aktienkursschwankungen der Phantom Shares). Die genaue Höhe ist abhängig vom zukünftigen Erreichen der Nachhaltigkeitsziele für die aufgeschobenen Komponenten. Von diesem Gesamtbetrag entfallen insgesamt 5.626,6 T€ auf erfolgsunabhängige Komponenten (Vorjahr: 5.489,1 T€) und insgesamt 4.649,3 T€ auf erfolgsabhängige Komponenten (Vorjahr: 4.212,0 T€). Von der erfolgsabhängigen Vergütung entfallen 929,9 T€ auf nicht aufgeschobene erfolgsabhängige Komponenten (Vorjahr: 842,4 T€) und 929,9 T€ auf für ein Jahr gesperrte erfolgsabhängige Komponenten (Vorjahr: 842,4 T€). Die mit langfristiger Anreizwirkung versehene, aufgeschobene erfolgsabhängige Komponente umfasst für das Geschäftsjahr 2012 insgesamt 2.789,5 T€ (Vorjahr: 2.527,2 T€). Die Auszahlung der in Phantom Shares umgewandelten und gesperrten Komponenten erfolgt in den Geschäftsjahren 2014 bis 2016 nur bei Erreichen der Nachhaltigkeitskriterien, andernfalls entfallen sie teilweise oder vollständig.

In der erfolgsunabhängigen Komponente sind „sonstige Bezüge“ im Wert von insgesamt 187,6 T€ (Vorjahr: 179,1 T€) enthalten. Diese Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Die angegebene Vergütung umfasst alle Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder innerhalb der Postbank Gruppe.

Die Deutsche Postbank AG hat derzeit kein gesondertes aktienbasiertes Vergütungsprogramm aufgelegt. Aktienkursbasierte Vergütungskomponenten bestehen im Rahmen des Konzepts der Nachhaltigkeit, wie oben beschrieben (Phantom Shares).

Die Vorstandsmitglieder Dr. Daberkow, Küpker und Dr. Meyer haben ihre Mandate zum 31. Dezember 2012 niedergelegt. Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG hat mit den Vorstandsmitgliedern einvernehmliche Aufhebungen der Vorstandsverträge vereinbart. Die Vertragsverhältnisse von Herrn Küpker und Herrn Dr. Meyer enden vorzeitig am 31. Dezember 2012. Die Abfindung für Herrn Küpker beträgt 1.760,0 T€ und die für Herrn Dr. Meyer 476,5 T€. Das Vertragsverhältnis von Herrn Dr. Daberkow endet vorzeitig am 30. Juni 2013, soweit Herr Dr. Daberkow es nicht zu einem früheren Zeitpunkt beendet; die Abfindung beträgt 1.542,5 T€. Ferner erhalten Herr Dr. Daberkow 287,5 T€, Herr Küpker 247,5 T€ und Herr Dr. Meyer 152,1 T€ jeweils als Sonderbeitrag zum virtuellen Versorgungskonto. Diese Regelungen bewegen sich innerhalb der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Vorstandsvergütung 2012

	Erfolgs-unabhängige Vergütung		Erfolgs-abhängige Vergütung	Gesamt-summe Auszahlungen	Erfolgs-abhängige Vergütung		Zwi-schen-summe	Gesamt-summe	Auszahlungen für Vorjahre		
	Fixum T€	Neben-leistun-gen T€	Kurz-frist-kompo-nente I Unmit-telbare Baraus-zahlung T€		Kurz-frist-kompo-nente II	Mög-liche Langfrist-Kompo-nente			Kurz-frist-kompo-nente I 2010	Lang-frist-kompo-nente I 2010, 2. Tranche	Lang-frist-kompo-nente I 2011, 1. Tranche
Frank Strauß (Vorstands-vorsitzender seit 1. Juli 2012)	675,0	18,2	123,4	816,6	123,4	370,1	493,5	1.310,1	0,0	0,0	26,5
Stefan Jütte (Vorstands-vorsitzender bis 30. Juni 2012)	450,0	12,7	65,7	528,4	65,7	197,2	262,9	791,3	250,6	89,9	62,5
Dr. Mario Daberkow	600,0	22,8	104,0	726,8	104,0	311,9	415,9	1.142,7	195,1	70,0	44,5
Marc Heß ⁶	594,0	24,2	104,0	722,2	104,0	311,9	415,9	1.138,1	195,1	70,0	54,0
Horst Küpker	660,0	23,8	114,3	798,1	114,3	343,0	457,3	1.255,4	222,9	80,0	50,0
Dr. Michael Meyer	600,0	32,2	104,0	736,2	104,0	311,9	415,9	1.152,1	195,1	70,0	44,5
Hans-Peter Schmid	600,0	21,6	99,8	721,4	99,8	299,3	399,1	1.120,5	195,1	70,0	47,5
Ralf Stemmer	660,0	14,6	109,7	784,3	109,7	329,2	438,9	1.223,2	195,1	70,0	50,0
Hanns-Peter Storr	600,0	17,5	105,0	722,5	105,0	315,0	420,0	1.142,5	0,0	0,0	41,7
Gesamt	5.439,0	187,6	929,9	6.556,5	929,9	2.789,5	3.719,4	10.275,9	1.449,0	519,9	421,2

¹Die Kurzfristkomponente II wird in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG (Phantom Shares) umgewandelt. Hierfür wird der Eurobetrag durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG vom 8. bis 21. März 2013 dividiert. Nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist am 22. März 2014 werden die Phantom Shares mit dem dann aktuellen Durchschnitt der Aktienkurse vom 10. bis 21. März 2014 in den Eurobetrag umgerechnet und unmittelbar ausgezahlt. Bis zum Ende des Geschäftsjahres 2012 wurden keine Dividenden gezahlt.

²Die Langfristkomponente wird in drei gleich große Tranchen aufgeteilt. Diese bestehen jeweils zur Hälfte aus einer Barkomponente. Die zweite Hälfte wird mit dem Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG von zehn Handelstagen, die vor dem Tag liegen, an dem der Aufsichtsrat das Erreichen des Nachhaltigkeitskriteriums festgestellt hat, in Phantom Shares umgewandelt, ein Jahr gesperrt und mit dem dann aktuellen Durchschnitts-Aktienkurs in den Eurobetrag umgerechnet und ausgezahlt. Nur wenn die jeweiligen Nachhaltigkeitskriterien erfüllt sind, werden die Tranchen 2014, 2015 und 2016 ausgezahlt bzw. in Phantom Shares umgewandelt und gesperrt. Andernfalls wird die jeweilige Tranche ins folgende Jahr verschoben und erneut bewertet. Sofern im letzten Jahr der Nachhaltigkeitsphase das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt ist, entfällt die Langfristkomponente ersatzlos, andernfalls werden auch diejenigen Anteile ausgezahlt, die verschoben wurden.

³Die Kurzfristkomponente II für das Geschäftsjahr 2010 wurde mit dem Kurswert von 21 € in virtuelle Aktien der Deutschen Postbank AG (Phantom Shares) umgewandelt und ein Jahr gesperrt. Die Stückzahl der Phantom Shares wurde mit 29,26 €, dem Xetra-Schlusskurs der Aktie der Deutschen Postbank AG vom 15. März 2012, multipliziert und in der dargestellten Höhe ausgezahlt.

⁴Da das Nachhaltigkeitskriterium erfüllt ist, wird die zweite Tranche der Langfristkomponente für 2010 zur Hälfte in bar im Jahr 2013 in der dargestellten Höhe ausgezahlt. Die zweite Hälfte wird in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG (Phantom Shares) umgewandelt. Hierfür wird der Eurobetrag durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG vom 8. bis 21. März 2013 dividiert. Nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist am 22. März 2014 werden die Phantom Shares mit dem dann aktuellen Durchschnitt der Aktienkurse vom 10. bis 21. März 2014 in den Eurobetrag umgerechnet und unmittelbar ausgezahlt.

⁵Da das Nachhaltigkeitskriterium erfüllt ist, wird die erste Tranche der Langfristkomponente für 2011 zur Hälfte in bar im Jahr 2013 in der dargestellten Höhe ausgezahlt. Die zweite Hälfte wird wie in Fußnote 4 dargestellt behandelt.

⁶Aufgrund der Tätigkeit als Chief Financial Officer (CFO) für den gesamten Geschäftsbereich Private and Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern wurden das Fixum sowie die variable Vergütung von Herrn Heß seit dem 1. Juli 2012 um 20 % gesenkt.

Vorstandsvergütung 2011¹

	Erfolgs-unabhängige Vergütung		Erfolgs-abhängige Vergütung	Gesamt-summe Auszahlungen	Erfolgsabhängige Vergütung		Zwischen-summe	Gesamt-summe	Auszahlungen für Vor-jahre
	Fixum T€	Neben-leistungen T€	Kurzfrist-kompo-nente I		Umwand-lung in Phantom Shares und gesperrt ² T€	Mögliche Langfrist-Kompo-nente			Langfrist-kompo-nente I 2010, 1. Tranche
			Unmittel-bare Barauszah-lung T€	Aufge-schoben ³ T€			Barauszah-lung im Jahr 2012 ⁴ T€		
Stefan Jütte (Vorstands-vorsitzender)	900,0	23,9	125,0	1.048,9	125,0	375,0	500,0	1.548,9	89,9
Dr. Mario Daberkow	600,0	21,8	89,0	710,8	89,0	267,0	356,0	1.066,8	70,0
Marc Heß	650,0	20,2	108,0	778,2	108,0	324,0	432,0	1.210,2	70,0
Horst Küpker	630,0	27,6	100,0	757,6	100,0	300,0	400,0	1.157,6	80,0
Dr. Michael Meyer	600,0	23,6	89,0	712,6	89,0	267,0	356,0	1.068,6	70,0
Hans-Peter Schmid	500,0	21,6	95,0	616,6	95,0	285,0	380,0	996,6	70,0
Ralf Stemmer	630,0	12,1	100,0	742,1	100,0	300,0	400,0	1.142,1	70,0
Hanns-Peter Storr (Mitglied seit 1. März 2011)	500,0	19,4	83,4	602,8	83,4	250,2	333,6	936,4	0,0
Frank Strauß (Mitglied seit 1. Juli 2011)	300,0	8,9	53,0	361,9	53,0	159,0	212,0	573,9	0,0
Gesamt	5.310,0	179,1	842,4	6.331,5	842,4	2.527,2	3.369,6	9.701,1	519,9

¹Aufgrund der rückwirkenden Umstellung von einem Stichtagskurs auf einen Durchschnitts-Aktienkurs sowie von virtuellen Aktien der Deutschen Postbank AG auf solche der Deutschen Bank AG ergeben sich die nachfolgend dargestellten Änderungen.

²Die Kurzfristkomponente II wurde in virtuelle Aktien der Deutschen Postbank AG (Phantom Shares) umgewandelt. Hierfür wurde der Eurobetrag durch 28,60 €, den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Postbank AG vom 5. bis 16. März 2012, dividiert. Aufgrund des Aufsichtsratsbeschlusses vom 20. Dezember 2012 erfolgte eine wertgleiche Umstellung auf Phantom Shares der Deutschen Bank AG. Hierfür wurde die Stückzahl mit 31,96 €, dem Xetra-Durchschnittskurs der Aktie der Deutschen Postbank AG vom 6. bis 19. Dezember 2012, multipliziert. Dieser Eurobetrag wurde durch 33,77 €, den Xetra-Durchschnittskurs der Aktie der Deutschen Bank AG vom 6. bis 19. Dezember 2012, dividiert. Nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist am 19. März 2013 werden die Phantom Shares mit dem dann aktuellen Durchschnitts-Aktienkurs vom 6. bis 19. März 2013 in den Eurobetrag umgerechnet und unmittelbar ausgezahlt.

³Die Langfristkomponente wird in drei gleich große Tranchen aufgeteilt. Diese bestehen jeweils zur Hälfte aus einer Barkomponente. Die zweite Hälfte wird mit dem Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse von zehn Handelstagen, die vor dem Tag liegen, an dem der Aufsichtsrat das Erreichen des Nachhaltigkeitskriteriums festgestellt hat, in Phantom Shares umgewandelt, ein Jahr gesperrt und mit dem dann aktuellen Aktienkurs in den Eurobetrag umgerechnet und ausgezahlt. Nur wenn die jeweiligen Nachhaltigkeitskriterien erfüllt sind, werden die Tranchen 2013, 2014 und 2015 ausgezahlt bzw. in Phantom Shares umgewandelt und gesperrt. Andernfalls wird die jeweilige Tranche ins folgende Jahr verschoben und erneut bewertet. Sofern im letzten Jahr der Nachhaltigkeitsphase das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt ist, entfällt die Langfristkomponente ersatzlos, andernfalls werden auch diejenigen Anteile ausgezahlt, die verschoben wurden.

⁴Da das Nachhaltigkeitskriterium erfüllt ist, wurde die erste Tranche der Langfristkomponente für 2010 zur Hälfte in bar in der dargestellten Höhe ausgezahlt. Die zweite Hälfte wurde wie in Fußnote 2 dargestellt behandelt.

Versorgungszusagen

Die Mitglieder des Vorstands verfügen über einzelvertragliche unmittelbare Pensionszusagen. Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen Historie der einzelnen Vorstandsmitglieder sind die Versorgungszusagen in den Detailregelungen teilweise unterschiedlich ausgestaltet.

Vorgesehen sind Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied wegen Invalidität, Tod oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet. Leistungen wegen Alters werden in der Regel ab Vollendung des 62. Lebensjahres gewährt.

Nach den bis zum 28. Februar 2007 geltenden Standard-Versorgungszusagen entstehen Ruhegehaltsansprüche grundsätzlich nach einer Amtszeit von mindestens fünf Jahren. Ausnahmen vom Erfordernis dieser Mindestamtszeit bestehen teilweise bei Invalidität.

Die Höhe der Pensionen hängt von der Dauer der Dienstzeit und der Höhe der versorgungsfähigen Bezüge ab. Versorgungsfähiges Einkommen ist nur das Fixum (Grundgehalt). Mit Ausnahme der Vorstandsmitglieder Dr. Daberkow, Heß, Küpker, Storr und Strauß ist eine Obergrenze für das versorgungsfähige Grundgehalt festgelegt. Grundsätzlich ist nach Ablauf von fünf Jahren Dienstzeit als Vorstand ein Versorgungsgrad von 50 % erreicht. Der Steigerungsbetrag beträgt regelmäßig 2 % pro rentenfähigem Dienstjahr. Der maximale Versorgungsgrad (60 %) ist in der Regel nach zehn Dienstjahren erreicht.

Die Versorgungszusagen enthalten zusätzlich Regelungen über die Zahlung von Übergangsgeld bei Ausscheiden wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. wegen Invalidität. Die Bezugsdauer beträgt zwei Jahre.

Für den Fall der Beendigung des Vorstandsvertrags durch die Deutsche Postbank AG vor Ablauf der planmäßigen Vertragszeit ist in den Fällen der Herren Dr. Daberkow, Schmid und Stemmer vorgesehen, dass die Versorgung so berechnet wird, als sei der Vorstandsvertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt worden. Dies gilt nicht, wenn die Deutsche Postbank AG das Anstellungsverhältnis aus wichtigem Grund kündigt. Die Dienstzeit des Vorstandsmitglieds Dr. Daberkow wird ab dem erstmaligen Abschluss eines Vorstandsanstellungsvertrags mit Wirkung zum 1. November 2005 bemessen.

Die Anpassung der späteren Rentenleistungen erfolgt entsprechend der prozentualen Entwicklung der höchsten Tarifgruppe des Tarifvertrags des Verbands öffentlicher Banken. Im Übrigen erfolgt die Anpassung nach der Entwicklung des Verbraucherpreisindexes für Deutschland.

Im Mai 2007 hat der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG für die erstmals nach dem 31. März 2007 berufenen Vorstände eine Umstellung der Versorgung vom bisherigen endgehaltsabhängigen Versorgungssystem auf eine beitragsorientierte Leistungszusage beschlossen. Der Versorgungszusage der danach neu eingetretenen Vorstandsmitglieder Heß, Küpker, Dr. Meyer, Storr und Strauß sowie der 2012 umgestellten Versorgungszusage von Dr. Daberkow liegen daher folgende Eckpunkte zugrunde: Für jedes rentenfähige Dienstjahr erfolgt die Zuteilung eines Versorgungsbeitrags in Höhe von 25 % des versorgungsfähigen Grundgehalts. Die Versorgungsbeiträge werden

einem virtuellen Versorgungskonto gutgeschrieben, das ab dem Zeitpunkt der Zuteilung bis zum Eintritt des Leistungsfalls jährlich mit dem für die steuerliche Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen maßgeblichen Zinssatz verzinst wird. Für die Herren Dr. Daberkow, Küpker und Dr. Meyer sind im Zusammenhang mit der Niederlegung der Vorstandsmandate Zuteilungen von Sonderbeiträgen vereinbart. Im Versorgungsfall ergibt sich die Rentenhöhe, indem das auf dem Versorgungskonto angesammelte Versorgungsvermögen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf die voraussichtliche Rentenbezugsdauer verteilt wird. Die Einhaltung einer Wartezeit ist nicht erforderlich; die Ansprüche aus den Versorgungszusagen sind sofort unverfallbar. Eine Anpassung der Renten erfolgt in Höhe von 1 % p. a.

Die Vorstandsmitglieder Dr. Daberkow, Heß, Küpker, Dr. Meyer, Storr und Strauß haben ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalauszahlung.

Versorgungszusagen und Individualausweis

Pensionszusagen			
	Versorgungsgrad am 31.12.2012	Maximalversorgungsgrad	Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung €
	%	%	€
Hans-Peter Schmid	54	60,00	288.611
Ralf Stemmer	56	60,00	101.050

	Beitragssumme für 2012	Stand des Versorgungskontos am 31.12.2012	Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung €
	€	€	€
Frank Strauß	150.000	240.885	211.400
Dr. Mario Daberkow ^{1, 2}	375.000	903.859	161.049
Marc Heß ³	165.000	1.510.090	260.958
Horst Küpker ¹	412.500	1.167.443	231.467
Dr. Michael Meyer ¹	377.083	1.454.874	175.898
Hanns-Peter Storr	150.000	298.125	199.710

¹Bei den Vorstandsmitgliedern Dr. Daberkow, Küpker und Dr. Meyer führen Zuteilungen von Sonderbeiträgen im Zusammenhang mit der Niederlegung der Vorstandsmandate zum Anstieg der Beitragssummen.

²Die Versorgungszusage wurde im Jahr 2012 auf das aktuelle Modell umgestellt.

³Bei dem Vorstandsmitglied Heß erstattet die Deutsche Bank AG 20 % der wirtschaftlichen Lasten.

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betragen 3,09 Mio € (Vorjahr: 2,77 Mio €).

Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz „DBO“) für laufende Pensionen und Anwartschaften ehemaliger Vorstandsmitglieder beläuft sich auf 75,67 Mio € (Vorjahr: 51,34 Mio €).

VI. Vergütung des Aufsichtsrats

Die Hauptversammlung der Postbank hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmals im Jahr 2004 geändert und an die Vorgaben des Corporate Governance Kodex angepasst. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Postbank festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer jährlichen erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Postbank Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds ohne Ausschussmitgliedschaft setzt sich wie folgt zusammen: Die feste jährliche Vergütung (Fixum) beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte jährliche Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht in Höhe von 300 € für jeweils 1%, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsitzes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und im Nominierungsausschuss.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben zudem Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen sowie auf etwaige Umsatzsteueraufwendungen. Darüber hinaus erhält jedes teilnehmende Mitglied des Aufsichtsrats ein Sitzungsgeld von 250 € je Sitzung des Gesamtaufichtsrats oder eines Ausschusses.

Die Höhe der Aufsichtsratsvergütung ist in mehrfacher Hinsicht begrenzt: Die beiden variablen Vergütungskomponenten dürfen jeweils für sich genommen den Betrag der festen jährlichen Vergütung nicht überschreiten. Ferner darf die kurzfristige variable Vergütung insgesamt 0,5 % des Bilanzgewinns der Gesellschaft, vermindert um einen Betrag von 4 % der auf den geringsten Ausgabebetrag der Aktien geleisteten Einlagen, nicht übersteigen. Die Ausschussvergütung darf das 2-Fache der Vergütung des Aufsichtsratsmitglieds nicht übersteigen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten die Vergütung nach der Hauptversammlung.

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig.

Für Mandatsträger aus dem Deutsche Bank Konzern erfolgt aufgrund interner Policies der Deutschen Bank AG keine Vergütung für Mandate in konzerneigenen Gesellschaften. Die betroffenen Personen haben hierzu eine Verzichtserklärung gegenüber der Postbank abgegeben.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2012 beträgt einschließlich der Sitzungsgelder 784,8 T€ (Vorjahr: 825,6 T€). Ergebnisbezogen haben die Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2012 keinen Anspruch auf eine erfolgsorientierte kurzfristige variable Vergütung. Aufgrund der nachhaltigen Ergebnisverbesserung der Postbank erhalten die Mitglieder eine erfolgsorientierte Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung.

Die Gesamtvergütung für das Geschäftsjahr 2012 gliedert sich wie folgt auf:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Geschäftsjahr 2012			Geschäftsjahr 2011		
	Fixum	Variabel ¹	Summe	Fixum	Variabel ¹	Summe
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Rainer Neske ²	–	–	–	–	–	–
Frank Bsirske	45,0	20,8	65,8	45,0	3,3	48,3
John Allan	–	–	–	–	3,3	3,3
Wilfried Anhäuser	9,7	19,7	29,4	22,5	26,5	49,0
Dr. Frank Appel	–	17,5	17,5	–	35,0	35,0
Marietta Auer	9,6	20,2	29,8	22,5	25,3	47,8
Dr. Hugo Bänziger ²	–	–	–	–	–	–
Rolf Bauermeister	15,0	17,0	32,0	15,0	16,8	31,8
Susanne Bleidt	12,9	1,5	14,4	–	–	–
Wilfried Boysen	15,0	16,8	31,8	15,0	16,5	31,5
Henry B. Cordes	–	4,2	4,2	–	9,2	9,2
Prof. Dr. Edgar Ernst	30,0	34,0	64,0	30,0	34,5	64,5
Annette Harms	6,4	12,9	19,3	15,0	16,8	31,8
Stefanie Heberling ²	–	–	–	–	–	–
Timo Heider	19,3	10,6	29,9	15,0	1,5	16,5
Dr. Tessen von Heydebreck	30,0	26,8	56,8	27,1	18,6	45,7
Dr. Peter Hoch	30,0	33,8	63,8	30,0	35,3	65,3
Elmar Kallfelz	12,9	27,0	39,9	30,0	31,5	61,5
Prof. Dr. Ralf Krüger	9,7	20,2	29,9	22,5	27,3	49,8
Hans-Jürgen Kummetat	8,6	0,8	9,4	–	–	–
Dr. Hans-Dieter Petram	–	10,4	10,4	8,9	18,7	27,6
Dr. Bernd Pfaffenbach	–	–	–	–	1,5	1,5
Dr. Christian Ricken ²	–	–	–	–	–	–
Bernd Rose	17,2	2,8	20,0	–	–	–
Lawrence A. Rosen	15,0	16,0	31,0	15,0	6,4	21,4
Elmo von Schorlemer	–	–	–	–	1,5	1,5
Torsten Schulte	–	2,5	2,5	–	11,4	11,4
Christian Sewing ²	–	–	–	–	–	–
Michael Sommer	–	6,2	6,2	–	22,4	22,4
Eric Stadler	22,5	26,5	49,0	22,5	19,9	42,4
Werner Steinmüller ²	–	–	–	–	–	–
Gerd Tausendfreund	22,5	26,3	48,8	22,5	26,5	49,0
Renate Treis	30,0	34,3	64,3	30,0	27,4	57,4
Wolfgang Zimny	12,9	1,8	14,7	–	–	–
Summe	374,2	410,6	784,8	388,5	437,1	825,6

¹Die ausgewiesene variable Vergütung beinhaltet die für das jeweilige Geschäftsjahr an das Aufsichtsratsmitglied zu zahlende kurzfristige und langfristige Vergütung sowie das Sitzungsgeld.

²Nach Satzung der Postbank besteht auch bei Zugehörigkeit zum Deutsche Bank Konzern ein Anspruch auf Vergütung. Herr Neske, Herr Dr. Bänziger, Frau Heberling, Herr Dr. Ricken, Herr Sewing und Herr Steinmüller haben aufgrund konzerninterner Policies der Deutschen Bank AG auf die Auszahlung der Vergütung verzichtet.

Herr Dr. Hoch erhielt für seine Aufsichtsratsstätigkeit innerhalb des BHW Konzerns eine Vergütung in Höhe von 24,7 T€, Herr Heider in Höhe von 22,7 T€.

Die von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder haben im Geschäftsjahr 2012 eine arbeitsvertragliche Vergütung in Höhe von 517,4 T€ erhalten.

Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsratsstätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

Aktienbesitz des Vorstands und des Aufsichtsrats

Der Aktienbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beträgt im Geschäftsjahr 2012 weniger als 1% der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 685,0 T€ (Vorjahr: 766,8 T€) gewährt. An im Geschäftsjahr 2012 ausgeschiedene Vorstandsmitglieder werden keine Kredite geführt. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen.

D&O-Versicherung

Die Mitglieder des Vorstands und die Mitglieder des Aufsichtsrats sind nach den international gültigen Standards im Rahmen einer D&O-Versicherung versichert. Entsprechend den Erfordernissen des Corporate Governance Kodex, ist im Schadenfall eine Eigenbeteiligung der einzelnen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder vorgesehen.

VII. Termingeschäfte

Die Postbank setzt derivative Finanzinstrumente insbesondere zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung ein. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte zu Handelszwecken getätigt.

Das Volumen der noch nicht abgewickelten Derivate, die einem Erfüllungsrisiko sowie Währungs-, Zins- und/oder sonstigen Marktpreisrisiken aus offenen und im Fall eines Adressenausfalls auch aus geschlossenen Positionen unterliegen, belief sich zum 31. Dezember 2012 auf 213 Mrd € (Vorjahr: 295 Mrd €).

Auf der Folgeseite (Tabelle 1) sind die bestehenden Kontrakte im derivativen Geschäft hinsichtlich ihrer Risikostruktur aufgegliedert.

Entsprechend den international üblichen Usancen, werden die Nominalvolumen ausgewiesen. Bei dem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung von gegenseitig vereinbarten Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Tabellen 2, 3 und 4 auf den Folgeseiten erläutern die Angaben nach unterschiedlichen Kriterien. Neben den Angaben zur Laufzeitklasse nach Risikokategorie erfolgte eine Aufteilung nach Kontrahenten. Geschäfte mit Handelszweck wurden separat dargestellt.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf der Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ohne Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen ermittelt. Bei börsengehandelten Derivaten wird der entsprechende Börsenkurs verwendet.

Die derivativen Geschäfte im Handelsbestand der Postbank (Tabelle 4) werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet und bilanziert.

Tabelle 1 Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumen						
	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Zinsrisiken						
OTC-Produkte						
Zinsswaps	200.081	274.782	10.847	7.645	-11.112	-8.312
FRAs	0	1.000	0	0	0	0
Zinsoptionen	0	0	5	0	-79	0
Käufe (long)	480	689	66	44	-1	-1
Verkäufe (short)	830	839	0	0	-122	-80
Caps, Floors	1.256	1.301	8	6	-5	-6
Sonstige Zinstermingeschäfte	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelte Produkte						
Zinsfutures (Bund, Bobl, Schatz)	0	0	0	0	0	0
Zinsoptionen (Bund, Bobl, Schatz)	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	202.647	278.611	10.926	7.695	-11.319	-8.399
Währungsrisiken						
OTC-Produkte						
Devisentermingeschäfte/-swaps	3.928	10.129	9	60	-10	-6
Zins-Währungsswaps	5.714	6.031	112	138	-254	-338
Devisenoptionen ¹	224	0	0	0	-2	0
Käufe (long)	0	0	0	0	0	0
Verkäufe (short)	0	0	0	0	0	0
Sonstige Währungstermingeschäfte	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelte Produkte						
Devisenfutures	0	0	0	0	0	0
Devisenoptionen	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	9.866	16.160	121	198	-266	-344
Aktien- und sonstige Preisrisiken						
OTC-Produkte						
Aktientermingeschäfte	0	0	0	0	0	0
Aktien-/Index-Optionen	0	0	0	0	0	0
Käufe (long)	0	0	0	0	0	0
Verkäufe (short)	0	0	0	0	0	0
Sonstige Aktien-/Indexkontrakte	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelte Produkte						
Aktien-/Index-Futures	0	0	0	0	0	0
Aktien-/Index-Optionen	182	46	1	2	0	0
Insgesamt	182	46	1	2	0	0
Kreditderivate						
Käufe	52	53	0	4	-1	0
Verkäufe	0	90	0	0	0	-10
Insgesamt	52	143	0	4	-1	-10
Gesamtbestand	212.747	294.960	11.048	7.899	-11.586	-8.753

¹ Inklusive Golddoptionen, welche unter Währungsrisiken erfasst werden

Tabelle 2		Derivative Geschäfte – Restlaufzeiten						
Nominalbetrag	Zinsrisiken		Währungsrisiken ¹		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Kreditderivate	
	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Restlaufzeiten								
bis 3 Monate	26.404	48.790	3.900	9.532	182	46	0	0
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	23.342	51.880	2.277	2.362	0	0	10	45
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	62.895	72.898	3.242	3.850	0	0	42	98
mehr als 5 Jahre	90.006	105.043	448	416	0	0	0	0
Insgesamt	202.647	278.611	9.867	16.160	182	46	52	143

¹Inklusive Golddoptionen, welche unter Währungsrisiken erfasst werden

Tabelle 3		Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung				
	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Kontrahenten						
Banken in der OECD	211.267	293.417	10.956	7.798	-11.584	-8.743
Sonstige Kontrahenten	1.480	1.543	92	101	-2	-10
Insgesamt	212.747	294.960	11.048	7.899	-11.586	-8.753

Tabelle 4		Derivative Geschäfte – Handelsgeschäfte				
	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Zinskontrakte	130.003	216.917	7.781	5.433	-7.945	-5.547
Währungskontrakte	187	8.182	0	29	0	-4
Aktienkontrakte	0	0	0	0	0	0
Kreditderivatekontrakte	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	130.190	225.099	7.781	5.462	-7.945	-5.551

VIII. Deckungsrechnung

- Register A und B: Emissionen nach dem Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten (ÖPG), abgelöst durch das Pfandbriefgesetz (PfandBG)
- Register C: Emissionen nach dem Gesetz über die Umwandlung der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank in eine Aktiengesellschaft (DSLBUmwG)
- Register D und E: Emissionen nach dem Pfandbriefgesetz (PfandBG)

	Deckungsmasse	Pfandbriefe im Umlauf	Überdeckung
	31.12.2012 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2012 Mio €
Hypothekendarfandbriefe Register A			
Nennwert	20	1	19
Barwert	22	1	21
Öffentliche Darfandbriefe Register B			
Nennwert	760	526	234
Barwert	835	570	265
Gemischt gedeckte Schuldverschreibungen Register C			
Nennwert	15.539	12.799	2.740
Barwert	17.386	15.850	1.536
Hypothekendarfandbriefe Register D			
Nennwert	8.778	7.263	1.515
Barwert	10.559	8.355	2.204
Öffentliche Darfandbriefe Register E			
Nennwert	2.346	1.740	606
Barwert	2.528	1.874	654

	Deckungsmasse	Pfandbriefe im Umlauf	Überdeckung
	31.12.2011 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2011 Mio €
Hypothekendarfandbriefe Register A			
Nennwert	25	6	19
Barwert	28	6	22
Öffentliche Darfandbriefe Register B			
Nennwert	728	572	156
Barwert	786	628	158
Gemischt gedeckte Schuldverschreibungen Register C			
Nennwert	15.342	13.475	1.867
Barwert	16.993	15.869	1.124
Hypothekendarfandbriefe Register D			
Nennwert	8.355	7.159	1.196
Barwert	9.810	8.022	1.788
Öffentliche Darfandbriefe Register E			
Nennwert	2.776	1.898	878
Barwert	2.968	2.020	948

IX. Angaben gemäß § 28 Pfandbriefgesetz (PfandBG)

§ 28 Abs. 1 Nr. 1 bis Nr. 3 PfandBG

Im Umlauf befindliche Hypothekendarlehenpfandbriefe und dafür verwendete Deckungswerte:

	Nennwert	Nennwert	Barwert	Barwert	Risikobarwert ¹	Risikobarwert ¹
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
	Mio €	Mio €				
Deckungswerte ²	8.777,9	8.355,5	10.558,8	9.810,2	9.984,3	9.203,9
davon Derivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Hypothekendarlehenpfandbriefe	7.263,5	7.158,5	8.355,4	8.021,7	7.964,9	7.606,6
Überdeckung in %	20,9	16,7	26,4	22,3	25,4	21,0

¹Dynamisches Verfahren

²Einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 PfandBG

Im Umlauf befindliche Öffentliche Pfandbriefe und dafür verwendete Deckungswerte:

	Nennwert	Nennwert	Barwert	Barwert	Risikobarwert ¹	Risikobarwert ¹
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
	Mio €	Mio €				
Deckungswerte ²	2.345,9	2.776,4	2.527,6	2.968,1	2.469,9	2.868,2
davon Derivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Öffentliche Pfandbriefe	1.740,0	1.898,0	1.874,0	2.020,4	1.827,3	1.958,3
Überdeckung in %	34,8	46,3	34,9	46,9	35,2	46,5

¹Dynamisches Verfahren

²Einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß § 20 Abs. 2 PfandBG

Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Hypothekendarlehenpfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der entsprechenden Deckungswerte:

	Deckungswerte ¹	Deckungswerte ¹	Hypothekendarlehenpfandbriefe	Hypothekendarlehenpfandbriefe
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
bis zu 1 Jahr	432,3	449,7	1.500,0	0,0
mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren	678,0	496,6	1.010,0	1.500,0
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	626,7	667,4	1.000,0	1.010,0
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	671,0	480,9	40,0	1.000,0
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	935,5	350,4	0,0	40,0
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	3.801,2	3.700,7	2.536,0	2.476,0
über 10 Jahre	1.633,2	2.209,8	1.177,5	1.132,5
Summe	8.777,9	8.355,5	7.263,5	7.158,5

¹Einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 PfandBG, nach Zinsbindungsfristen bzw. nach Restlaufzeiten bei Pfandbriefen

Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Öffentlichen Pfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der entsprechenden Deckungswerte:

	Deckungswerte ¹	Deckungswerte ¹	Öffentliche Pfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe
	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
bis zu 1 Jahr	478,5	267,1	25,0	158,0
mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren	570,2	269,9	1.500,0	25,0
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	328,3	630,6	0,0	1.500,0
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	153,0	310,4	10,0	0,0
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	614,6	363,7	0,0	10,0
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	198,9	825,7	95,0	95,0
über 10 Jahre	2,4	109,0	110,0	110,0
Summe	2.345,9	2.776,4	1.740,0	1.898,0

¹Einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß § 20 Abs. 2 PfandBG, nach Zinsbindungsfristen bzw. nach Restlaufzeiten bei Pfandbriefen

§ 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG

Gesamtbetrag der zur Deckung für Hypothekendarlehenpfandbriefe verwendeten Forderungen (Nennwert):

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	Anteil am Gesamt- betrag des Pfand- briefumlaufs
Anteil weiterer Deckungswerte (§ 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG)	1.226,9	87,5	16,9 %
davon weitere Deckung gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	641,0	87,5	8,8 %

§ 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG

Gesamtbetrag der zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendeten Forderungen (Nennwert):

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	Anteil am Gesamt- betrag des Pfand- briefumlaufs
Weitere Deckung gemäß § 20 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG	0,0	0,0	0,0 %

§ 28 Abs. 2 Nr. 1 a PfandBG

Zur Deckung von Hypothekendarlehenpfandbriefen verwendete Forderungen nach Größengruppen:

	Hypotheken- deckungswerte	Hypotheken- deckungswerte
	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
bis einschließlich 300.000 €	7.080,2	7.864,6
mehr als 300.000 € bis einschließlich 5 Mio €	80,9	103,4
mehr als 5 Mio €	0,0	0,0
Summe	7.161,1	7.968,0

§ 28 Abs. 2 Nr. 1 b und c PfandBG

Zur Deckung für Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Gebieten, in denen die beliehenen Grundstücke liegen, und nach Nutzungsart:

Hypothekendeckungswerte				
	Wohnwirtschaftlich	Wohnwirtschaftlich	Gewerblich	Gewerblich
	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Summe	7.161,1	7.967,0	0,0	1,0

Hypothekendeckungswerte				
	Wohnwirtschaftlich	Wohnwirtschaftlich	Gewerblich	Gewerblich
	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Deutschland				
Wohnungen	1.319,2	2.214,3	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	5.305,6	5.167,7	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	536,3	585,0	0,0	0,0
Bürogebäude	0,0	0,0	0,0	0,0
Handelsgebäude	0,0	0,0	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige gewerbliche Gebäude	0,0	0,0	0,0	0,1
Unfertige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,9
Summe	7.161,1	7.967,0	0,0	1,0

§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen auf Hypothekendarlehen:

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Deutschland	0,0	0,0
Summe	0,0	0,0

§ 28 Abs. 2 Nr. 3 a, b und c PfandBG

Zur Deckung für Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Anzahl der Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren und Rettungserwerbe sowie der Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Hypothekenschuldnern zu entrichtenden Zinsen:

Hypothekendeckungswerte				
	Wohnwirtschaftlich		Gewerblich	
	31.12.2012 Anzahl	31.12.2011 Anzahl	31.12.2012 Anzahl	31.12.2011 Anzahl
Anzahl der am Abschlusstag anhängigen Zwangsversteigerungsverfahren	0	0	0	0
Anzahl der am Abschlusstag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren	0	0	0	0
Anzahl der am Abschlusstag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren mit gleichzeitigen Zwangsversteigerungsverfahren	0	0	0	0
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	0	0	0	0
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	0	0	0	0
	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen	0,0	0,0	0,0	0,0

§ 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen nach Art des Schuldners bzw. der gewährleistenden Stelle und deren Sitz (Staat):

Öffentliche Deckungswerte	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Deutschland		
Staat	0,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	717,0	745,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	1.110,6	1.786,4
Summe Deutschland	1.827,6	2.531,4
Belgien		
Staat	250,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Belgien	250,0	0,0
EU-Institutionen		
Staat	0,0	95,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	43,3	0,0
Sonstige Schuldner	45,0	100,0
Summe EU-Institutionen	88,3	195,0
Frankreich inkl. Monaco		
Staat	0,0	50,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Frankreich inkl. Monaco	0,0	50,0
Italien		
Staat	0,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Italien	0,0	0,0
Luxemburg		
Staat	0,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	155,0	0,0
Summe Luxemburg	155,0	0,0
Niederlande		
Staat	0,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Niederlande	0,0	0,0
Österreich		
Staat	25,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0
Summe Österreich	25,0	0,0
Gesamtsumme	2.345,9	2.776,4

§ 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen auf öffentliche Forderungen:

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Deutschland	0,0	0,1
Belgien	0,0	0,0
EU-Institutionen	0,0	0,0
Frankreich inklusive Monaco	0,0	0,0
Italien	0,0	0,0
Luxemburg	0,0	0,0
Niederlande	0,0	0,0
Österreich	0,0	0,0
Summe	0,0	0,1

X. Andere Angaben

Nach § 2 Abs. 4 Postumwandlungsgesetz (PostUmwG) trägt der Bund die Gewährleistung für die Erfüllung der zum Zeitpunkt der Eintragung der Postbank in das Handelsregister bestehenden Verbindlichkeiten.

Für die Spareinlagen endete die Gewährleistung nach Ablauf von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Handelsregistereintragung.

Die Postbank gehört dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH an.

XI. Entsprechenserklärung

Vorstand und Aufsichtsrat der Postbank haben gemeinsam am 20. Dezember 2012 die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2012 abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist im Internet auf unserer Homepage www.postbank.de im Wortlaut abrufbar.

D. NAMEN DER ORGANMITGLIEDER

Vorstand

Mitglieder des Vorstands sind:	
Frank Strauß, Bad Nauheim (Vorsitzender seit 1. Juli 2012)	
Stefan Jütte, Bonn (Vorsitzender bis 30. Juni 2012)	bis 30. Juni 2012
Dr. Mario Daberkow, Bonn	bis 31. Dezember 2012
Marc Heß, Bonn	
Horst Küpker, Bad Honnef	bis 31. Dezember 2012
Dr. Michael Meyer, Bonn	bis 31. Dezember 2012
Hans-Peter Schmid, Baldham	
Ralf Stemmer, Königswinter	
Hanns-Peter Storr, Bonn	

Mandate der Vorstandsmitglieder der Postbank zum 31. Dezember 2012 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Frank Strauß Vorsitzender des Vorstands seit 1. Juli 2012	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2013) Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	BHW Holding AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2013) Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied und ab gleichem Datum auch Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 17. April 2012)	PB Firmenkunden AG, Bonn
Vorsitzender des Board of Directors (vom 1. Juli 2012 bis 6. Februar 2013) Mitglied des Board of Directors (bis 30. Juni 2012)	PB Capital Corporation, Wilmington (Delaware, USA)
Vorsitzender des Board of Directors (vom 1. Juli 2012 bis 6. Februar 2013) Mitglied des Board of Directors (bis 30. Juni 2012)	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied und ab gleichem Datum auch Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2012)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	norisbank GmbH, Berlin
Mitglied des Beirats (seit 1. Mai 2012)	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln

Stefan Jütte Mitglied und Vorsitzender des Vorstands bis 30. Juni 2012	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied und ab gleichem Datum auch Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 15. Mai 2012)	IVG Immobilien AG, Bonn
Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate	
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2012)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 17. April 2012)	PB Firmenkunden AG, Bonn
Vorsitzender des Board of Directors (bis 30. Juni 2012)	PB Capital Corporation, Wilmington (Delaware, USA)
Vorsitzender des Board of Directors (bis 30. Juni 2012)	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)

Dr. Mario Daberkow Mitglied des Vorstands bis 31. Dezember 2012	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	Postbank Systems AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats (vom 1. Oktober 2012 bis 31. Dezember 2012) Mitglied des Aufsichtsrats (seit 17. September 2012)	BHW Kreditservice GmbH, Hameln
Vorsitzender des Beirats (bis 31. Dezember 2012)	Postbank Support GmbH, Köln
Mitglied und ab gleichem Datum auch Vorsitzender des Beirats (vom 14. August 2012 bis 31. Dezember 2012)	VÖB-ZVD Processing GmbH, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Beirats (bis 31. Dezember 2012)	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Board of Directors (bis 31. Dezember 2012)	Eurogiro A/S, Taastrup (Dänemark)
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	BHW Holding AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Bereits vor dem 31. Dezember 2012 im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate	
Vorsitzender des Beirats (bis 14. August 2012)	VÖB-ZVD Bank für Zahlungs- verkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn

Marc Heß	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate	
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	BHW Holding AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 28. September 2012)	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Bonn

Horst Küpker	
Mitglied des Vorstands bis 31. Dezember 2012	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Bonn
Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 31. Dezember 2012)	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Board of Directors (bis 31. Dezember 2012)	PB Capital Corporation, Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Board of Directors (bis 31. Dezember 2012)	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Bereits vor dem 31. Dezember 2012 im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate	
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 28. September 2012)	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 16. August 2012)	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg

Dr. Michael Meyer	
Mitglied des Vorstands bis 31. Dezember 2012	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	BHW Holding AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	Postbank Direkt GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 31. Dezember 2012)	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Mitglied und ab gleichem Datum auch stv. Vorsitzender des Beirats (vom 14. August 2012 bis 31. Dezember 2012)	VÖB-ZVD Processing GmbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (vom 28. März 2012 bis 31. Dezember 2012)	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	PB Versicherung AG, Hilden
Mitglied des Verwaltungsrats (bis 31. Dezember 2012)	VISA Deutschland e.V., Frankfurt am Main
Mitglied des Beirats (bis 31. Dezember 2012)	Talanx Deutschland Bancassurance, Hilden
Mitglied des Beirats (bis 31. Dezember 2012)	Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main
Mitglied des Wirtschaftsbeirats (bis 31. Dezember 2012)	HUK-Coburg Versicherungsgruppe, Coburg
Bereits vor dem 31. Dezember 2012 im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate	
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 28. September 2012)	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 16. August 2012)	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Beirats (bis 14. August 2012)	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsdienstleistungen GmbH, Bonn

Hans-Peter Schmid	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Bayerische Börse AG, München
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 2. Januar 2013) Mitglied des Aufsichtsrats (bis 1. Januar 2013)	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Mitglied des Beirats	Talanx Deutschland Bancassurance, Hilden
Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate	
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. August 2012)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln

Ralf Stemmer	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Direkt GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 2. Januar 2013) Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2013)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Pensionsfonds AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktien- gesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats (seit 1. Januar 2013)	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate	
Stv. Vorsitzender des Beirats (bis 31. Dezember 2012)	Postbank Support GmbH, Köln

Hanns-Peter Storr	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2013)	BHW Bausparkasse Aktien- gesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2013)	BHW Holding AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	norisbank GmbH, Berlin

Der Aufsichtsrat der Postbank setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner	
Rainer Neske Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, Bad Soden (Vorsitzender)	
Dr. Hugo Bänziger Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, London (bis 31. Mai 2012)	bis 30. April 2012
Wilfried Boysen Kaufmann, Hamburg	
Prof. Dr. Edgar Ernst Präsident Deutsche Prüfungsstelle für Rechnungslegung DPR e.V., Bonn	
Stefanie Heberling Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Mitglied der Geschäftsleitung Privatkunden Deutschland-RegionsExCo West, Wuppertal	
Dr. Tessen von Heydebreck ehem. Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG und derzeit Vorsitzender des Vorstands Deutsche Bank Stiftung, Berlin	
Dr. Peter Hoch Privatier, München	
Prof. Dr. Ralf Krüger Unternehmensberater, Kronberg	bis 5. Juni 2012
Dr. Christian Ricken Mitglied des Group Executive Committee, Chief Operating Officer PBC, Deutsche Bank AG, Bad Homburg v. d. Höhe	seit 5. Juni 2012
Lawrence A. Rosen Mitglied des Vorstands Deutsche Post AG, Bonn	
Christian Sewing Chief Credit Officer Deutsche Bank Gruppe, Osnabrück	seit 9. Mai 2012
Werner Steinmüller Mitglied Group Executive Committee, Head of Global Transaction Banking Deutsche Bank AG, Dreieich	

2. Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer	
Frank Bsirske Gewerkschaftssekretär, Vorsitzender Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin (Stv. Vorsitzender)	
Wilfried Anhäuser Betriebsratsmitglied Postbank Filialvertrieb AG, Kerpen (bis 11. Dezember 2012)	bis 5. Juni 2012
Marietta Auer Abteilungsleiterin Deutsche Postbank AG, Zentrale, Unterhaching (bis 30. Juni 2012)	bis 5. Juni 2012
Rolf Bauermeister Bundesfachgruppenleiter Postdienste Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Bundesverwaltung, Berlin	
Susanne Bleidt Mitglied des Gesamtbetriebsrats Postbank Filialvertrieb AG, Bell	seit 5. Juni 2012
Annette Harms Stv. Vorsitzende des Betriebsrats Deutsche Postbank AG, Hamburg	bis 5. Juni 2012
Timo Heider Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft und Postbank Finanzberatung AG, Hameln	
Elmar Kallfelz Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats Deutsche Post AG, Wachtberg	bis 5. Juni 2012
Hans-Jürgen Kummert Beamter, Köln	seit 5. Juni 2012
Bernd Rose Vorsitzender Gesamtbetriebsrat Postbank Filialvertrieb AG/Postbank Filial GmbH, Menden (Sauerland)	seit 5. Juni 2012
Eric Stadler Vorsitzender des Betriebsrats Betriebs-Center für Banken AG, Markt Schwaben	
Gerd Tausendfreund Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Nidderau	
Renate Treis Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats Deutsche Postbank AG, Brühl	
Wolfgang Zimny, Bankjurist, Abteilungsleiter Deutsche Postbank AG, Zentrale, Bornheim	seit 5. Juni 2012

Mandate der Aufsichtsratsmitglieder der Postbank zum 31. Dezember 2012 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Rainer Neske		Vorsitzender des Aufsichtsrats	
Funktion		Gesellschaft	
Vorsitzender des Aufsichtsrats		Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Frankfurt am Main	

Dr. Hugo Bänziger		Mitglied des Aufsichtsrats bis 30. April 2012	
Funktion		Gesellschaft	
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. März 2012)		DWS Investment GmbH, Frankfurt am Main	
Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 31. März 2012)		Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg	
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 1. September 2012)		EUREX Clearing AG, Frankfurt am Main	
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 1. September 2012)		EUREX Frankfurt AG, Frankfurt am Main	
Mitglied des Verwaltungsrats (bis 1. September 2012)		EUREX Zürich AG, Zürich	
Mitglied des Board of Directors (bis 31. März 2012)		Deutsche Bank Trust Company Americas, New York	
Mitglied des Board of Directors (bis 31. März 2012)		Deutsche Bank Trust Corporation, New York	

Wilfried Boysen			
Funktion		Gesellschaft	
Vorsitzender des Aufsichtsrats		Hanse Marine-Versicherung AG, Hamburg	
Mitglied des Aufsichtsrats		ASKLEPIOS Kliniken Hamburg GmbH, Hamburg	

Prof. Dr. Edgar Ernst			
Funktion		Gesellschaft	
Mitglied des Aufsichtsrats		Gildemeister AG, Bielefeld	
Mitglied des Aufsichtsrats		Österreichische Post AG, Wien	
Mitglied des Aufsichtsrats		TUI AG, Berlin und Hannover	
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 23. Januar 2012)		Wincor Nixdorf AG, Paderborn	

Dr. Tessen von Heydebreck			
Funktion		Gesellschaft	
Mitglied des Aufsichtsrats		Dusmann Verwaltungen AG, Frankfurt am Main	
Mitglied des Aufsichtsrats		Vattenfall Europe AG, Berlin	

Dr. Peter Hoch			
Funktion		Gesellschaft	
Mitglied des Aufsichtsrats		BHW Holding AG, Hameln	
Mitglied des Aufsichtsrats		BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln	

Prof. Dr. Ralf Krüger		Mitglied des Aufsichtsrats bis 5. Juni 2012	
Funktion		Gesellschaft	
Vorsitzender des Aufsichtsrats		DIAMOS AG, Sulzbach	
Mitglied des Aufsichtsrats		VERIANOS AG, Frankfurt am Main	
Mitglied des Beirats		CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln	

Dr. Christian Ricken		Mitglied des Aufsichtsrats seit 5. Juni 2012	
Funktion		Gesellschaft	
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats		norisbank GmbH, Berlin	
Mitglied des Aufsichtsrats		Deutsche Bank PBC SA, Warschau	
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Oktober 2012)		Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Frankfurt am Main	
Mitglied des Board of Directors		HuaXia Bank Co., Ltd., Beijing	

Christian Sewing		Mitglied des Aufsichtsrats seit 9. Mai 2012	
Funktion		Gesellschaft	
Stv. Vorsitzender des Vorstands		Frankfurter Institut für Risikomanagement und Regulierung (FIRM), Frankfurt am Main	
Mitglied des Aufsichtsrats		BHF-BANK Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main	

Werner Steinmüller			
Funktion		Gesellschaft	
Vorsitzender des Aufsichtsrats		Deutsche Bank Nederland N.V., Amsterdam	
Mitglied des Verwaltungsrats		Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg	
Mitglied des Beirats		True Sale International GmbH, Frankfurt am Main	

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Frank Bsirske		Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	
Funktion	Gesellschaft		
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Lufthansa AG, Köln		
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	RWE AG, Essen		
Mitglied des Aufsichtsrats	IBM Central Holding GmbH, Ehningen		
Mitglied des Verwaltungsrats	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main		

Wilfried Anhäuser		Mitglied des Aufsichtsrats bis 5. Juni 2012	
Funktion	Gesellschaft		
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 11. Dezember 2012)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn		

Rolf Bauermeister	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn

Susanne Bleidt		Mitglied des Aufsichtsrats seit 5. Juni 2012	
Funktion	Gesellschaft		
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn		
Mitglied der Mitgliederversammlung	Erholungswerk Post, Postbank, Telekom e.V., Stuttgart		

Timo Heider	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 14. Februar 2012)	BHW Holding AG, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Pensionskasse der BHW Bausparkasse VVaG, Hameln

Bernd Rose		Mitglied des Aufsichtsrats seit 5. Juni 2012	
Funktion	Gesellschaft		
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	ver.di Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Berlin		
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn		

Gerd Tausendfreund	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 8. Juni 2012)	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main

Renate Treis	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied der Mitgliederversammlung	Erholungswerk Post, Postbank, Telekom e.V., Stuttgart

Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Bonn, den 19. Februar 2013
Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Frank Strauß



Marc Heß



Hans-Peter Schmid



Ralf Stemmer



Hans-Peter Storr

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Postbank AG, Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 20. Februar 2013

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ralf Schmitz
Wirtschaftsprüfer

Christoph Theobald
Wirtschaftsprüfer

IMPRESSUM

Herausgeber

Deutsche Postbank AG
Zentrale

Investor Relations

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920 - 0

Investor Relations

Telefon: 0228 920 - 18003
E-Mail: ir@postbank.de
www.postbank.de/ir

Gestaltung und Satz

EGGERT GROUP, Düsseldorf

Koordination/Redaktion

Postbank
Investor Relations

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die sich auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (insbesondere die Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen), das Geschäft und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG beziehen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Aussagen, die Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, und werden mitunter durch die Verwendung der Begriffe „glauben“, „erwarten“, „vorhersagen“, „planen“, „schätzen“, „bestreben“, „voraussehen“, „annehmen“ und ähnliche Formulierungen kenntlich gemacht. Zukunftsgerichtete Aussagen beruhen auf den gegenwärtigen Plänen, Schätzungen, Prognosen und Erwartungen der Gesellschaft und unterliegen daher Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlich erreichte Entwicklung oder die erzielten Erträge oder Leistungen wesentlich von der Entwicklung, den Erträgen oder den Leistungen abweichen, die in den zukunftsgerichteten Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen werden.

Die Leser dieses Berichts werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie kein unangemessenes Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen setzen sollten, die nur zum Datum dieses Geschäftsberichts Gültigkeit haben. Die Deutsche Postbank AG beabsichtigt nicht und übernimmt keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen zu aktualisieren.

